



Islamistische Organisationen in Nordrhein-Westfalen

Islamistische Organisationen in Nordrhein-Westfalen

Impressum

Herausgeber

Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01
Telefax: 0211/871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de

Redaktion

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

Telefon: 0211/871-2821
Telefax: 0211/871-2980
Kontakt.Verfassungsschutz@im.nrw.de
www.im.nrw.de/verfassungsschutz

Bestellservice

Bestellung.Verfassungsschutz@im.nrw.de
www.im.nrw.de/publikationen

Stand: 6. Auflage, November 2008
Druck: jva druck+medien, 47608 Geldern



Vorwort

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington sieht sich die westliche Welt einer konkreten militanten Bedrohung durch Terroristen ausgesetzt, die sich bei ihrem Handeln auf den Islam berufen. Viele Menschen bei uns haben seitdem den Eindruck gewonnen, dass Islam und Islamismus, ja sogar islamistischer Terrorismus nicht von einander zu trennen seien. So erscheint vielen nicht nur die islamische Welt insgesamt mit über einer Milliarde Menschen als Bedrohung, sondern auch alle Muslime hierzulande. Eine solche pauschale Gleichsetzung von Islam, Islamismus und Terrorismus ist jedoch nicht gerechtfertigt. Diese Broschüre unterscheidet klar zwischen dem demokratisch verbrieften Recht auf freie Religionsausübung und politisierter und verfassungsfeindlicher islamistischer Ideologie.

Es handelt sich beim Islamismus entgegen der öffentlichen Wahrnehmung keineswegs um ein Massenphänomen. Die überwiegende Mehrheit der hier lebenden Muslime praktiziert ihre Religion friedlich und innerhalb der geltenden Gesetze und Regeln. Lediglich ein sehr kleiner Teil von weniger als 1% wird von den Verfassungsschutzbehörden islamistischen Organisationen zugerechnet.

Auch innerhalb des Islamismus gibt es ein weites Spektrum von Zielen und Vorgehensweisen. Daraus resultieren wiederum sehr unterschiedliche Bedrohungen für unsere Gesellschaft. Der weitaus größte Teil der hier dargestellten islamistischen Organisationen agiert gewaltfrei, verfolgt jedoch extremistische und damit verfassungsfeindliche Ziele. Nur ein sehr kleiner Teil der islamistischen Szene wendet Gewalt an. Dennoch geht von solchen Gruppierungen eine ganz besondere Gefahr für die innere Sicherheit aus.

Als Islamisten gelten die Anhänger von Gruppierungen, die den Islam als politisches Ordnungsmodell verstehen und der westlichen Demokratie ablehnend bis feindlich gegenüberstehen. Solche Gruppierungen instrumentalisieren die Religion, um ihre politischen Absichten durchzusetzen. Das islamistische Herrschaftsmodell widerspricht dem Konzept eines säkularen Rechtsstaats. Menschenbild und Staatsverständnis von Islamisten stehen teilweise oder zur Gänze im Widerspruch zu den Grundwerten unserer Verfassung. Es wendet sich gegen die Demokratie und negiert die der deutschen Gesellschaftsordnung zu Grunde liegenden unumstößlichen Rechte auf Menschenwürde und Gleichberechtigung der Geschlechter sowie die Prinzipien einer Trennung von Religion und Staat, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland vertreten werden.

Um antiwestliche islamistische Gruppierungen verstehen zu lernen und ihrem Gedankengut entschieden entgegen treten zu können, wird das breite Spektrum islamistischen Denken und Handelns in der vorliegenden Broschüre dargestellt. Darüber hinaus werden vor allem die in Nordrhein-Westfalen vertretenen islamistischen Gruppierungen beschrieben und bewertet.

Es gilt, gegenüber den Feinden der Freiheit wachsam zu sein, ohne zugleich die friedliebende Mehrheit der muslimischen Gläubigen zu stigmatisieren. Deshalb ist es wichtig, dass der Verfassungsschutz über islamistische Gruppierungen informiert, ohne dabei die verfassungstreue Mehrheit der Muslime in Misskredit zu bringen. Mit dieser Broschüre leistet der Verfassungsschutz durch Information und Aufklärung der Öffentlichkeit einen Beitrag zur Abwehr verfassungsfeindlicher islamistischer Zielsetzungen und kommt seiner Aufgabe als Frühwarninstrument einer wehrhaften Demokratie nach.



Dr. Ingo Wolf MdL
Innenminister des Landes
Nordrhein-Westfalen

Inhaltverzeichnis

Vorbemerkung	6
1 Islamismus – Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke	8
1.1 Sunnitischer Islamismus	10
1.2 Schiitischer Islamismus	11
1.3 Facetten des islamistischen Extremismus	13
2 Politisch-extremistische Bestrebungen islamistischer Organisationen und Netzwerke in Nordrhein-Westfalen	21
2.1 Jihadisten (islamische Glaubenskämpfer, auch: Mujahidin)	21
2.2 Al-Qaida	23
2.3 Al-Tauhid (Einheit Gottes)	32
2.4 Al-Takfir wal-Hijra (Bezeichnung des Unglaubens und Emigration – TwH)	33
2.5 Ansar al-Islam (Unterstützer des Islam)	34
2.6 Tablighi Jama'at (TJ)	35
2.7 Muslimbruderschaft (MB)	38
2.8 Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)	43
2.9 Islamisches Zentrum Aachen (Bilal-Moschee) e.V. (IZA)	45
2.10 Groupes Islamiques Armés (Bewaffnete islamische Gruppen – GIA)	46
2.11 Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM); vormals Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat (Gruppe für Predigt und Kampf – GSPC)	48
2.12 Gama'a Islamiya (Islamische Gemeinschaft – GI)	49
2.13 Al-Jihad al-Islami (Islamischer Jihad – JI)	50
2.14 HAMAS (Harakat al-Muqawama al-Islamiyya)	52
2.15 Hizb Allah (Partei Gottes)	57

2.16	Hizb ut-Tahrir al-Islami (Islamische Befreiungspartei – HuT)	61
2.17	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)	63
2.18	Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)	74
2.19	Sonstige türkische islamistische Organisationen	79
3	Anhang	80
3.1	Entstehung des Islam	80
3.2	Theologische Grundlagen des Islam und die Scharia	80
3.3	Spaltung der islamischen Gemeinde	84
3.4	Islam in Westeuropa	86
3.5	Islam in Deutschland	86
3.5.1	Islamische Dachverbände	88
3.5.2	Organisationsübergreifende islamische Spitzenverbände	89
4	Literaturauswahl	90
5	Abkürzungsverzeichnis	92
6	Stichwortverzeichnis	95

Vorbemerkung

Diese Broschüre verfolgt den Zweck, über politisch-extremistische Bestrebungen aufzuklären, die den Islam als Rechtfertigung benutzen und die mit dem Begriff „Islamismus“ bezeichnet werden.

Abschnitt 1 enthält eine kurze Darstellung von Ideologie und Zielen des Islamismus.

In Abschnitt 2 werden die islamistischen Organisationen in Nordrhein-Westfalen aufgeführt. Das Spektrum reicht von terroristischen Gruppierungen bis hin zu legalistischen Organisationen. Um ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in gleichwertiger Partnerschaft zu ermöglichen, kommt dem Dialog mit den Muslimen immer größere Bedeutung zu. Die Politik, kirchliche Institutionen und andere gesellschaftlich relevante Organisationen sehen sich zunehmend in der Pflicht, sich mit den berechtigten Belangen der Muslime auseinander zu setzen. Dabei ist es wichtig, dass nicht die „falschen“ Ansprechpartner gesucht werden, nur weil sie sich durch straffe Organisation in der Öffentlichkeit am lautesten Gehör zu verschaffen wissen.

Der Anhang enthält zum besseren Verständnis eine kurze Darstellung des Islam und der Situation der Muslime in Deutschland.

Die Beobachtung extremistischer Gruppierungen durch den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen fußt auf dem Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (VSG NRW), dessen § 3 die wesentlichen Voraussetzungen dafür benennt:

- : Die Bestrebungen richten sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland (§ 3 Absatz 1 Nr. 1 VSG NRW). Dies ist bei allen Gruppierungen der Fall, die ein islamistisches Herrschaftsmodell anstreben und sich zugleich in Deutschland auf Dauer einrichten
- : Die Bestrebungen gefährden durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland (§ 3 Absatz 1 Nr. 3 VSG NRW). Diese Voraussetzung liegt bei islamistischen Gruppen vor, die von Deutschland aus Bestrebungen unterstützen, die die politischen Verhältnisse in anderen Staaten mit Gewalt oder Terror verändern wollen.

- : Die Bestrebungen und Tätigkeiten richten sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker (§ 3 Absatz 1 Nr. 4 VSG NRW). Diese Voraussetzungen werden von Gruppierungen erfüllt, die den Hass auf alle vermeintlich "Ungläubigen" predigen oder gezielt Ressentiments gegen Andersgläubige schüren

1 Islamismus – Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke

Der Islamismus ist eine politische Ideologie, die sich einer religiösen Sprache bedient und dabei gleichzeitig den Anspruch erhebt, die einzig wahre Auslegung des Islam darzustellen. Der Islamismus ist ein Gegenentwurf zu westlichen Ordnungs- und Wertvorstellungen. Er bezieht sich auf die maßgebliche heilige Schrift des Islam, den Koran, sowie auf weitere zentrale Werke der muslimischen Tradition und Theologie.

Der moderne Islamismus des 21. Jahrhunderts ist in der Regel sehr rigide in seiner Religionsinterpretation. Die religiösen Quellen sowie das Vorbild des Propheten und der frühen islamischen Gemeinde dürfen entweder überhaupt nicht hinterfragt und einer kritischen Reflektion unterzogen werden, oder wenn doch, dann nur in sehr begrenztem Umfang, immer orientiert an traditionellen Vorbildern vormoderner islamischer Gelehrsamkeit.

Ebenso wie die islamische Kultur jenseits des islamistischen Fanatismus eine große Vielfalt an Erscheinungsformen aufweist, können auch bei den Islamisten, die ihre religiösen Überzeugungen in eine politische Sprache umzusetzen versuchen, große Unterschiede in den Zielen und Methoden ihrer Organisationen festgestellt werden. Ein genauerer Blick offenbart eine Vielzahl von Modellen islamistischen Denkens und Wirkens. Während sich Teile der islamistischen Bewegungen an demokratischen Wahlen beteiligen und sich an die rechtlichen Rahmenbedingungen ihrer Heimatländer halten, wollen andere die herrschende Regierung mit Gewalt beseitigen und an ihre Stelle einen islamischen Gottesstaat setzen.

Wieder andere wollen „den Westen“, allen voran die USA, generell bekämpfen ('al-Qaida'), weil sie glauben, dass dieser die Muslime weltweit unterdrückt.

Der islamische Staat

Das gemeinsame Moment aller islamistischen Gruppierungen ist das Streben nach einem auf der Grundlage der islamischen Rechts- und Lebensordnung, der Scharia, errichteten Staat. Alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens – von Gesellschaft und Politik über Ökonomie und Recht bis zur Kultur – sollen darin durch die Scharia bestimmt werden. So soll nach Vorstellung der Islamisten eine vermeintlich ideale Gesellschaft entstehen, in der es keinerlei Ungerechtigkeiten geben könne. Das Vorbild für diesen islamischen Staat wird – je nach Gruppierung und Ideologie – in der frühen islamischen Gemeinde des 7. Jhd. n. Chr. oder in einer anderen vormodernen Epoche der islamischen Geschichte

gesehen. In jedem Fall wird eine idealisierte und verklärte Vergangenheit zum Ideal eines zukünftigen Staates stilisiert, durch den alle heutigen Probleme gelöst werden sollen. Die Begriffe Religion und Staat werden dabei als eine aufeinander bezogene Einheit verstanden, der Islam als politische Ideologie.

Ein kritischer Blick auf die islamische Geschichte offenbart die Fragwürdigkeit dieses Verständnisses. So bildete sich schon bald nach dem Tod des Propheten Muhammad¹ (632 n. Chr.) eine eindeutige Trennung zwischen weltlicher und geistlicher Macht heraus. Nach den ersten vier „rechtgeleiteten Kalifen“ (632 – 661), die als enge Prophetengefährten noch über große religiöse Autorität verfügten, waren die folgenden Kalifen fast ausschließlich weltliche Herrscher. Jedoch büßten sie im Laufe des 11. Jahrhunderts auch ihre weltliche Macht zunehmend ein und Sultane, die vom Kalifen lediglich noch legitimiert wurden, übernahmen die politische Herrschaft in fast allen Teilen der islamischen Welt. Die Kalifen sanken zu Symbolfiguren einer imaginären Einheit der „umma“ (Gemeinschaft der Gläubigen) herab.

Die religiöse Autorität und das Privileg der Auslegung der heiligen Texte, die nach islamischem Verständnis auch für den Bereich der Rechtsprechung maßgeblich sind, liegen bis heute bei den islamischen Theologen und Rechtsgelehrten.

Die Vorstellungen der Islamisten haben demnach mit der historischen Realität nichts zu tun. Ihnen gilt ein vermeintliches Ideal aus der Vergangenheit als Utopie für die Zukunft. Dass die Umsetzung dieses „Ideals“ zu einer totalitären Theokratie führen würde, liegt auf der Hand. In der Praxis ist dies überall dort zu beobachten, wo die politische Herrschaft aufgrund einer islamistischen Ideologie ausgeübt wird, so z.B. in Iran.

1.1 Sunnitischer Islamismus

Sunnitische und schiitische Islamismen weisen sowohl Parallelen als auch Unterschiede auf. Beide streben die Verwirklichung der Gottesherrschaft auf Erden an, stellen die Umsetzung der Scharia in den Mittelpunkt dieser Bestrebungen und wünschen eine Islamisierung der Gesellschaft auf der Grundlage „wahrer“ islamischer Werte herbei.

¹ Bei der Übertragung von arabischen Namen ins Deutsche folgen wir einer vereinfachten wissenschaftlichen Transkription, die unter anderem berücksichtigt, dass die arabische Schrift nur die Vokale a, u und i kennt. Daher rührt die Schreibweise „Muhammad“ statt der oft anzutreffenden Schreibweise „Mohamed“.

Die einflussreichste und am weitesten verzweigte islamistische Bewegung ist bis heute die 1928 in Ägypten gegründete 'Muslimbruderschaft'. Heute ist die 'Muslimbruderschaft' nach eigenen Angaben in mehr als 70 Staaten weltweit vertreten. Ihre Ideologie, die von ihrem Gründer Hassan al-Banna formuliert und über Sayyid Qutb Anfang der sechziger Jahre bis in die jüngste Gegenwart hinein von Vertretern der Bewegung weiter entwickelt wurde, bildet noch heute einen wichtigen Ausgangspunkt für die religiös-politischen Argumentationsweisen, mit denen Islamisten ihre Taten und Ziele rechtfertigen.

Obwohl türkische islamistische Organisationen durch andere geschichtliche und gesellschaftliche Entwicklungsfaktoren geprägt worden sind als die arabische 'Muslimbruderschaft', stimmen sie in vielen Themenfeldern ideologisch miteinander überein, und auch im schiitischen Islamismus finden sich Muster aus dem sunnitisch-islamistischen Bereich wieder.

Die islamistische Ideologie beruht auf folgenden Grundvorstellungen:

- : Theokratische Staats- und Gesellschaftsdoktrin
Im Idealzustand sind alle Muslime weltweit in einem einzigen Staatsgefüge geeint. Die Souveränität liegt allein bei Gott. Religion und Politik sind untrennbar. Der Islam wird damit zur alleinigen Richtschnur für das politische und gesellschaftliche Leben. Anhand ihrer Islaminterpretation, die als die allein „wahre“ und verbindliche dargestellt wird, entscheiden Islamisten stellvertretend für Gott auf Erden, welche politischen und rechtlichen Normen gottgewollt sind. Damit kann unter Berufung auf Gott jede Opposition als „unislamisch“ gebrandmarkt werden. Islamistischen Staatsvorstellungen liegt ein autoritäres Gesellschaftsverständnis zugrunde.
- : Doktrinäres, rückwärtsgewandtes Islamverständnis
Nach den Vorstellungen der Islamisten kann der Islam nur durch eine konsequente Rückorientierung auf seine Ursprünge seine frühere Macht und Blüte wieder erlangen.
- : Koran als Richtschnur für alle Lebensbereiche
Grundlage des Lebens soll ein auf sich selbst beruhendes umfassendes System sein, in dem sich nicht nur die religiösen, sondern auch die politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Entscheidungen ausschließlich an den Vorgaben des Koran und dem aus ihm abgeleiteten islamischen Recht (Scharia) orientieren. Dabei werden auch Postulate aufgestellt, die nicht auf dem historischen Vorbild des Islam beruhen, zum Beispiel die von Islamisten geforderte strikte Geschlechtertrennung.

Der Islam wurde und wird also auch benutzt, um jahrhundertealte patriarchalische Strukturen zu legitimieren.

Obwohl die Islamisten selbst von einer „Rückkehr zu den Wurzeln des Islam“ sprechen, wäre es ein Trugschluss zu glauben, dass es sich hier, was die Anwendung moderner Technologie anbetrifft, um rein rückwärtsgewandte, anti-modernistische Kräfte handelt. Die gewaltsam agierenden Kräfte unter ihnen stellen zum Teil radikale Neuinterpretationen islamischer Quellen auf, um ihren Kampf zu rechtfertigen. Sie bedienen sich zudem ganz selbstverständlich modernster Technologien und nutzen beispielsweise intensiv das Internet und andere Medien, um ihre Botschaften zu verbreiten.

1.2 Schiitischer Islamismus

Der Islamismus unter Schiiten ist vor allem geprägt durch die „islamische Revolution“ 1979 in Iran und den ersten Revolutionsführer Ayatollah Khomeini. Im Gegensatz zu der traditionellen schiitischen Auffassung besagt Khomeinis Herrschaftskonzept, dass dem höchsten Religionsgelehrten auch die höchste politische und rechtliche Autorität zukomme. Der schiitische Islamismus legt die Herrschaft damit direkt in die Hände der Theologen. Religion und Staat werden nicht getrennt. Auch wenn sich der in Iran herrschende schiitische Islamismus nicht so rigoros zeigt wie etwa seine salafistisch/wahhabitische Spielart, so führt er doch – wie an der Theokratie in Iran zu sehen – zur Missachtung demokratischer Freiheiten, der Menschenrechte und der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Die Herrschaft der Gottesgelehrten im schiitischen Islamismus

Der schiitische Islamismus ist im Wesentlichen auf die Herkunftsländer Iran, Irak und Libanon beschränkt. Nach traditioneller schiitischer Auffassung ist die Kompetenz des weltlichen Herrschers bis zur Rückkehr des letzten und „entrückten“ Imams (des Mahdi) – siehe auch Anhang – deutlich eingeschränkt. Die Geistlichkeit sah sich vor allem für die Einhaltung des islamischen Rechts verantwortlich, während weltliche Herrscher die politischen Geschicke des Staates leiteten.

Eine radikale Wende dieser Trennung zwischen geistlicher Kompetenz und weltlicher Macht vollzog sich, als der spätere Revolutionsführer Ayatollah Khomeini sein Konzept der „Herrschaft der Gottesgelehrten“ entwickelte und nach 1979 in Iran in die Praxis umsetzte. Khomeini forderte – ebenso wie die 'Muslimbruderschaft' – eine Rückbesinnung auf die Ursprünge des Islam, um die politische, wirtschaftliche und kulturelle Schwäche

der islamischen Welt, für die er die Kolonial- und Supermächte verantwortlich machte, zu überwinden.

Politische Macht darf Khomeinis Staatsvorstellung nach allein von den religiösen Rechtsgelehrten ausgeübt werden, da sie als einzige die religiösen Gebote richtig auslegen und anwenden könnten und so den Staat bis zur Rückkehr des Mahdi führen dürften. Alle schiitischen Geistlichen haben demjenigen Gefolgschaft zu leisten, der ein rechtmäßiges Herrschaftssystem errichtet. Khomeini bekleidete innerhalb der schiitischen Geistlichkeit das höchste theologische Amt. Dies sicherte ihm den Respekt und die weitgehende Loyalität anderer geistlicher Würdenträger, die ihm im Rang untergeordnet waren. Dieses von Khomeini entwickelte Konzept stellte eine bedeutende Veränderung der gesellschaftlichen Position der schiitischen Geistlichkeit dar. Zwar hatte diese auch schon früher gelegentlich Stellung zu politischen Themen genommen, jedoch nicht für sich die Verantwortung für die Staatsgewalt eingefordert. Khomeini brach zudem mit einer wichtigen Tradition im schiitischen Islam, nämlich mit der gleichberechtigten Parallelität religiöser Autoritäten. An ihre Stelle setzte er eine klare Hierarchie, an deren Spitze er selbst stand. Von den Sunniten wird das Konzept der „Herrschaft der Gottesgelehrten“ in aller Regel nicht akzeptiert, weil es sich auf die Besonderheiten des schiitischen Klerus stützt und eine entsprechende Übertragung in den sunnitischen Bereich kaum möglich ist.

Export der Islamischen Revolution

Die politischen Zielvorstellungen Khomeinis schließen den Export der „Islamischen Revolution“ in andere islamische Länder ein, verbunden mit dem weltweiten Kampf gegen die vermeintlichen Verursacher der Schwäche der islamischen Welt, die sogenannte „Weltarroganz“ und ihre „Lakaien“, das heißt die USA (der „große Satan“) und die mit ihr verbündeten Länder, insbesondere Israel (der „kleine Satan“). Endziel ist die Ausdehnung der islamistischen Herrschaftsform iranischer Prägung weltweit.

Bald 30 Jahre nach der „Islamischen Revolution“ in Iran (1979) und fast 20 Jahre nach dem Tod Khomeinis (1989) hat die schiitisch-islamistische Ideologie viel von ihrer Ausstrahlungskraft verloren. Das Projekt des Revolutionsexports kann als gescheitert betrachtet werden. Zwar versucht Iran auf unterschiedliche Weise, in der Region seinen Einfluss geltend zu machen, doch ist bislang kein Land dem Teheraner Modell gefolgt. In Iran haben sich seit Ende der 1990er Jahre zudem reformerische Kräfte formiert, die demokratische Freiheitsrechte einfordern und eine Öffnung des Landes anstreben. Bislang haben sich diese Reformkräfte jedoch gegenüber den konservativen Klerikern, die die Errungenschaften der islamischen Revolution verteidigen, nicht durchsetzen können.

Im Libanon und im Irak agieren eigenständige schiitisch-islamistische Kräfte, die zwar Finanzhilfen aus Teheran annehmen, in politischen Fragen jedoch oft den eigenen nationalen Interessen folgen.

1.3 Facetten des islamistischen Extremismus

Seit dem 11. September 2001 beherrscht der islamistische Extremismus die Schlagzeilen und scheint die neue Antithese zu einer freiheitlichen demokratischen Ordnung zu bilden. Die Angst vor weiteren Anschlägen durch Islamisten sitzt tief, denn trotz wichtiger Erfolge im Kampf gegen den Terror wurden weltweit weitere Attentate verübt. In diesem Zusammenhang scheinen aber auch historisch begründete Ressentiments gegen den Islam und die Muslime in unserer Gesellschaft wieder aufzuleben. Dabei wird nicht selten der Islam als Religion und Kultur mit der religiös verbrämten politischen Ideologie des Islamismus gleich gesetzt. Dies äußert sich beispielsweise darin, dass oftmals „Islamist“ und „Muslim“ synonym verwendet wird. Vielen ist der Unterschied zwischen beiden sicherlich nicht immer bewusst. Diese falsche Wahrnehmung ist ganz im Sinne islamistischer Extremisten, die ihre politische Interpretation des Islam mit dem Islam insgesamt gleichsetzen. Eben deren vornehmlich politische Interpretation aber ist es, die pluralistische und demokratische Prinzipien ablehnt und damit der deutschen Verfassungsordnung widerspricht, was auf den Islam an sich nicht zutrifft.

Im Ursprung stellte der Islamismus zunächst eine Reaktion muslimischer Eliten auf die Herausforderung durch den Westen dar. Dies ist in der Presse und Fachliteratur bereits häufiger thematisiert und umfassend dargestellt worden. Im Laufe der letzten hundert Jahre haben sich verschiedene Strömungen des Islamismus herausgebildet und einander zum Teil abgelöst.

Um seiner Funktion als Beobachtungs- und Frühwarninstrument der wehrhaften Demokratie gerecht zu werden, ist es für den Verfassungsschutz in diesem Zusammenhang jedoch nicht nur äußerst wichtig, zwischen Islam und Islamismus genau zu differenzieren, sondern auch die unterschiedlichen Positionen, Strukturen und Vorgehensweisen der verschiedenen islamistisch extremistischen Organisationen und Gruppierungen zu kennen, um präzise Bewertungen und Einschätzungen vornehmen zu können. Daher sollen im Folgenden die verschiedenen islamistischen Gruppierungen anhand ihres Verhältnisses zur Gewalt analysiert werden, unterschieden in vier Kategorien: transnational terroristisch, regional terroristisch, Gewalt befürwortend und legalistisch. Neben der Einstellung zur Gewalt können weitere Kriterien genannt werden, durch die sich diese Organisationen

und Gruppierungen unterscheiden. Zum einen ist dies ihre nationale oder internationale Ausrichtung, zum anderen ist es ihr Bestreben als Massenorganisation oder aber – im Sinne des Avantgardeverständnis – als Kaderorganisation verankert zu sein. Anhand dieser Kriterien wird unter Nennung einiger exemplarischer Beispiele versucht, die Unterschiedlichkeit der Gruppierungen innerhalb des Spektrums des islamistischen Extremismus zu verdeutlichen.

Entwicklung des Islamismus

Im ausgehenden 19. Jahrhundert entwickelten sich die Anfänge des modernen Islamismus. Die intellektuellen Eliten in der islamischen Welt erkannten, dass der Westen offensichtlich auf allen Gebieten – insbesondere im technischen Bereich – viel weiter vorangeschritten war als die eigenen Gesellschaften. Um die technische, wirtschaftliche, militärische und politische Unterlegenheit wettzumachen, wurden Modelle entwickelt, die die islamische Gemeinschaft aus der Rückständigkeit befreien sollten. Die Modellentwürfe der Reformen widersprachen sich dabei zum Teil. Die einen sahen die Rettung darin, sich von den „un-islamischen“ Neuerungen, die sich ihrer Ansicht nach im Laufe der Jahrhunderte in die islamischen Gesellschaften eingeschlichen hatten, zu befreien und die „gute alte Zeit“ wiederzubeleben. Andere wollten Elemente westlicher Errungenschaften, vor allem aus den Bereichen Naturwissenschaft und Technik, übernehmen, um die eigenen Gesellschaften im Sinne des Islam zu reformieren. Eine dritte Gruppe, die sich nach dem Ersten Weltkrieg in der Türkei unter Kemal Atatürk politisch durchgesetzt hat, strebte eine komplette Umgestaltung der Gesellschaft nach europäischem Vorbild an.

Für die Entwicklung des Islamismus spielen vor allem die beiden erstgenannten Modellentwürfe eine Rolle. Besonders hervorzuheben sind für das ausgehende 19. Jahrhundert die islamischen Reformdenker Jamaladdin al-Afghani und sein Schüler Muhammad Abduh, die dem zweiten der oben genannten Modelle zuzuordnen sind. Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer gesellschaftspolitischen Ziele war für beide kein Bestandteil ihrer Überlegungen.

Wachsende Militanz

Die Einstellung zur Gewalt als Mittel der Reform änderte sich ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und insbesondere seit den 70er Jahren. Das Verständnis von islamischer Reform wurde nun zunehmend mit der Auffassung von einem islamischen Aktivismus verknüpft, der auch Militanz mit einschloss. Es kam gerade bei jungen und akademisch gut ausgebildeten Leuten zu einer wachsenden Radikalisierung und gestiegener Akzeptanz

von Gewalt als legitimem Mittel zur Durchsetzung des eigenen Religions- und Politikverständnisses.

Heute werden die Ursachen für die Probleme der islamischen Welt von diesen militanten Gruppierungen auf zwei Ebenen gesucht:

Zum einen habe der Westen die islamische Welt historisch durch den Kolonialismus und in der Gegenwart durch den Einfluss der USA entscheidend geschwächt und bekämpfe den Islam und die Muslime auf allen Ebenen. Organisationen wie der Internationale Währungsfond oder die Vereinten Nationen gelten als Handlanger US-amerikanischer Interessen. Weltweit meint man eine massive Unterdrückung von Muslimen auszumachen: in Ländern wie Bosnien, Tschetschenien oder Kaschmir würden Muslime vom Westen unterdrückt und gequält und ihrer Rechte beraubt. Die Auseinandersetzung zwischen Israel und den Palästinensern besitzt einen besonders hohen Mobilisierungsfaktor für Islamisten. Israel wird besonders intensiv gehasst, da dieser Staat widerrechtlich auf muslimischem Territorium errichtet worden sei.

Zum anderen werden auch die eigenen Gesellschaften von den Islamisten für den Niedergang der islamischen Welt verantwortlich gemacht. Schuld sei die unrichtige oder gar fehlende Orientierung in islamischen Angelegenheiten. Der Islam sei über die Jahrhunderte hinweg verfälscht, die Quellen verschüttet und nicht mehr richtig gedeutet worden. Dies wollen die Islamisten ändern, indem sie sich auf die – ihrer Ansicht nach – „wahren“ Aussagen von Koran und Prophetentradition berufen.

Der Islamismus ist keine homogene Bewegung, sondern weist vielfältige Erscheinungsformen auf. Die einzelnen Bewegungen und Gruppierungen vertreten sehr unterschiedliche Positionen, so in Bezug auf die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele oder die Teilnahme an nationalen Wahlen. Die Hauptströmungen innerhalb des Islamismus sollen im Folgenden vorgestellt werden.

Transnationale terroristische Gruppierungen (Jihadisten)

Nach der Vorstellung einiger muslimischer Rechtsgelehrter darf zwar nur der Kalif als Oberhaupt aller Gläubigen zum Jihad, also dem bewaffneten Kampf, aufrufen. Doch neben dieser Auffassung ist schon seit der islamischen Frühzeit auch ein anderes Jihad-Verständnis verbreitet, demzufolge der einzelne Gläubige grundsätzlich immer zum „heiligen Kampf“ aufgefordert ist. Diesem Verständnis entsprechend können sich auch Einzelpersonen und Gruppen von Muslimen auf das Recht zur Ausübung des Jihad berufen und ohne den

expliziten Aufruf durch eine religiöse Instanz militant tätig werden. Hierfür lassen sich aus der islamischen Geschichte zahlreiche Beispiele anführen.

Heute nehmen auch theologisch nicht oder nur laienhaft ausgebildete Einzelpersonen wie Usama bin Ladin oder sein Stellvertreter Aiman al-Zawahiri für sich das Recht in Anspruch, den Koran und die kanonischen Überlieferungen der Aussprüche und Handlungen des Propheten Muhammad zu deuten und zu eigenen Ergebnissen und Urteilen zu kommen. So hat sich in der innerislamischen Diskussion um die Auslegung der Religion eine „Entprofessionalisierung“ vollzogen. Verstärkt melden sich heute Muslime zu Wort, denen es an formaler religiöser Ausbildung mangelt und die sich einer salafistisch-wahhabitischen Islaminterpretation bedienen. Neben der besonders rigorosen salafistisch-wahhabitischen Ausrichtung, die nicht nur Christen, Juden und Schiiten, sondern auch alle nicht zu dieser rigiden Strömung gehörenden Muslime prinzipiell zu Ungläubigen erklärt, existieren auch andere einflussreiche streng konservative Schulen, die mit ihrer Interpretation des Islam ebenfalls den Boden für einen „heiligen Kampf“ gegen den Westen bereiten.

Nach wie vor die bedeutendste Gruppierung des terroristischen Jihadisten-Netzwerks ist die Organisation 'al-Qaida' (arabisch: „die Basis“), die in Kontakt zu zahlreichen anderen Organisationen in der islamischen Welt und in der Diaspora steht (siehe Kapitel 2.2). Sie hat den islamistischen Terror auf eine zuvor nicht gekannte Weise internationalisiert. Usama bin Ladin hat die Muslime bereits 1998 zum Jihad, zum „heiligen Kampf“, gegen den Westen aufgerufen. Die spektakulärste Gewaltaktion seiner Gruppierung war das Attentat gegen das World Trade Center vom 11. September 2001. Unter Hinweis auf die US-amerikanische Militärpräsenz in Saudi-Arabien und die israelische Besetzung palästinensischer Gebiete veröffentlichte bin Ladin bereits 1998 ein religiöses Rechtsgutachten (Fatwa), in dem er erklärte, dass es die religiöse Pflicht eines jeden Muslims sei, Amerikaner und ihre Verbündeten (gleichgültig ob Soldaten oder Zivilisten) überall auf der Welt zu töten, bis die heiligen Stätten der Muslime von den Ungläubigen befreit seien. Hier wird auf Mekka, Medina und Jerusalem angespielt, wo sich die drei größten Heiligtümer der Muslime befinden. Die Verbindungen zwischen 'al-Qaida' und anderen jihadistischen Gruppierungen und Einzelpersonen sind unterschiedlich in Intensität und Form.

'Al-Qaida' hat sich, nach den Erfolgen des Anti-Terrorkampfes, in seiner Struktur deutlich verändert. Während sich die Führungsriege vermutlich im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet versteckt hält, funktioniert die Organisation mittlerweile als spiritueller Mentor und Auffangbecken für ganz verschiedene jihadistische Organisationen weltweit. Eine direkte Planung und Anweisung der Führung ist dabei nicht notwendig. Die verschiedenen

Teilorganisationen wie 'al-Qaida im islamischen Maghreb' oder der 'al-Qaida im Irak' planen und handeln weitgehend selbständig.

Regionale Gewalt anwendende Gruppierungen

Ein anderer Teil der islamistischen Bewegungen sieht zwar, wie der transnationale Jihadismus, Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung seiner Ziele an, unterscheidet sich von diesem aber in seiner Zielsetzung. Nicht der Westen an sich, sondern bestimmte Regime oder Staaten werden mit Gewalt und Terror bekämpft. Manche dieser regionalen Gruppierungen unterhalten gleichzeitig auch zivile Zweige und betätigen sich im politischen oder karitativen Bereich.

Zu diesen Gruppierungen zählt vor allem die 1928 in Ägypten gegründete Organisation der 'Muslimbrüder', die bis heute wohl die wichtigste und einflussreichste islamistische Organisation ist. Seit den 1970er Jahren haben sich zahlreiche Abspaltungen vollzogen, die zu einer Radikalisierung der islamistischen Szene beigetragen haben (siehe Kapitel 2.7). Auch ideologisch hat hier eine Ausdifferenzierung stattgefunden.

Die Mutterorganisation agiert heute in Ägypten wie auch in einigen anderen Ländern gewaltfrei und versucht durch politische Partizipation ihre Ziele zu erreichen. Seit den 1970er Jahren hat es jedoch zahlreiche militante Abspaltungen gegeben, wie zum Beispiel: 'al-Takfir wal-Hijra' ('Exkommunikation und Auszug aus der Gemeinschaft'), 'Jihad Islami' ('Islamischer Jihad'), 'Gama'a Islamiya' ('Islamische Gruppe') und die palästinensische HAMAS.

Auch die schiitische 'Hizb Allah' im Libanon, die seit den 1980er Jahren gegen die israelische Besetzung des Süd-Libanon kämpfte und auch danach immer wieder militärische Aktionen gegen Israel durchführt, gehört in die Kategorie der regionalen terroristischen Gruppierungen. Sie unterstützt neben dem bewaffneten Kampf mit ihren Hilfseinrichtungen vor allem Angehörige der unteren Schichten. Dabei beschränkt sie sich nicht nur auf den schiitischen Bevölkerungsteil. Sie agiert ebenso als politische Partei im Libanon, ist im Parlament und war zeitweise in der Regierung vertreten. Die Aktionsfelder dieser Gruppierungen sind zurzeit auf ihre Heimatländer begrenzt. Insbesondere die im Heimatland politisch aktiven Gruppierungen stellen hierzulande keine herausragende Bedrohung im Sinne terroristischer Anschläge dar. Für sie ist Nordrhein-Westfalen ein Ruheraum, den man für logistische Aktivitäten zu nutzen versucht. Dagegen kommt es im israelisch-palästinensischen Konflikt, aber auch andernorts in der islamischen Welt, durch regionale Gruppen immer wieder zu Terrorakten. Deshalb ist es geboten, diese Gruppierungen zu beobachten und ihre Unter-

stützungsmöglichkeiten für andernorts ausgeübte Gewalt – beispielsweise in Form von Spendensammlungen – so weit wie möglich zu unterbinden.

Gewalt befürwortende Gruppierungen

Unter Gewalt befürwortenden Gruppierungen versteht man solche, die Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele grundsätzlich bejahen, jedoch selbst nicht militant agieren. Die Grenzen zwischen Gewalt befürwortend und aktiv Gewalt anwendend sind fließend. Festzustellen ist, dass Gewalt befürwortende Organisationen im Laufe ihres Bestehens unter bestimmten Umständen auch den Schritt zur Gewaltausübung vollziehen können. Damit ist nie ganz ausgeschlossen, dass eine zurzeit nicht militant auftretende Organisation, die jedoch Gewalt als legitimes Mittel zur Erreichung der eigenen politischen Interessen ansieht, sich ganz oder in Teilen zu einer terroristischen Organisation entwickelt.

Eine in diese Kategorie einzuordnende Organisation war der seit dem 12. Dezember 2001 verbotene 'Kalifatsstaat' (Hilafet Devleti, siehe Kapitel 2.18), der durch den 1995 verstorbenen Cemaleddin Kaplan gegründet und von dessen Sohn, Metin Kaplan, weitergeführt worden war. Diese Organisation, die eine Wiedererrichtung des Kalifats in Anatolien anstrebt – mit der Option einer späteren Ausdehnung weltweit –, hat ihre Anhängerschaft hauptsächlich unter türkischstämmigen Migranten in Europa. Bis heute hat sich der 'Kalifatsstaat' trotz der Befürwortung von Gewalt in seinen früheren Publikationen nicht durch militante Aktionen zur Durchsetzung seiner politischen Ziele hervorgetan. Interne „Abweichler“ sind dagegen vermutlich in drei Fällen getötet worden.

Eine weitere Gruppierung, die als Gewalt befürwortend, aber nicht aktiv militant einzustufen ist, ist die 'Hizb ut-Tahrir' ('Partei der Befreiung', siehe Kapitel 2.16). Auf den ersten Blick ist die Zielsetzung dieser „Partei“ ähnlich der des 'Kalifatsstaats', nämlich auf die Wiederherstellung eines Kalifats gerichtet. 'Hizb ut-Tahrir' hat dabei aber nicht nur eine Region, sondern die gesamte islamische Welt im Blick. Darüber hinaus unterscheiden sich auch Herkunft, Organisation und Vorgehensweise deutlich vom 'Kalifatsstaat'. So war die im Januar 2003 mit einem Betätigungsverbot belegte 'Hizb ut-Tahrir' nicht als Verein organisiert. Als Kaderpartei, die konspirativ organisiert ist, strebt sie die Errichtung eines 'islamischen Staates' von „oben“ an, das heißt mit Hilfe entscheidender Personen in Verwaltung, Sicherheitsapparat und Militär. Deshalb zielt ihre Tätigkeit hier in Deutschland vor allem auf die Gewinnung von Studierenden aus islamischen Ländern ab. Zu den Schwerpunkten der Tätigkeit von 'Hizb ut-Tahrir' zählen seit dem Ende der Sowjetunion besonders stark auch die mehrheitlich muslimischen Staaten Zentralasiens.

Die kurze Betrachtung dieser beiden Gewalt befürwortenden Gruppierungen zeigt, dass sich auch Gruppierungen, die ein gemeinsames Kriterium aufweisen, in anderen Belangen sehr unterscheiden können und daher letztendlich einen ganz unterschiedlichen Charakter aufweisen. Eine Organisation wie der 'Kalifatsstaat', der ohne ideologischen Überbau nur auf eine Person hin ausgerichtet ist, steht und fällt mit der Stärke oder Schwäche ihrer Führungspersönlichkeit und derer, die sich in ihrem Umfeld befinden. Eine ideologische Kaderorganisation dagegen ist von einem ganz anderen Kaliber. Unter bestimmten Voraussetzungen kann sie sich zu einer ernststen Gefahr für die innere Sicherheit entwickeln.

Legalistische Gruppierungen

Der zahlenmäßig bei weitem größte Teil islamistischer Extremisten ist weder militant, noch befürwortet er die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung der eigenen Ziele. Zumindest nach außen distanzieren sich diese Islamisten von gewalttätigen Aktionen und verurteilen terroristische Anschläge. Bei der Distanzierung von Gewaltaktionen, die von islamistischen Kreisen verübt werden, wird im gleichen Atemzug freilich oft auch die Gewalt, die von staatlichen Sicherheitskräften im Kampf gegen den internationalen Terrorismus angewendet wird, verurteilt. Mit dieser kritischen Haltung gegenüber der Gewalt von beiden Seiten stehen die Islamisten in unserer Gesellschaft keineswegs allein. Die starke Betonung der „Muslime als Opfer“ einer vom „Westen“ ausgehenden Gewalt relativiert jedoch die Terrorakte in gewisser Weise und kann auch als Rechtfertigung für diese verstanden werden. So besteht die Gefahr, dass Einzelne aus dem Umfeld dieser Organisationen sich zunehmend radikalieren und in Gewalt befürwortende oder ausübende Gruppierungen abdriften. Ihr Ziel, die Schaffung eines „islamischen Staates“ oder einer „islamischen Gesellschaft“, verfolgen diese Organisationen jedoch mit legalen Mitteln innerhalb der bestehenden Rechtsordnung. Um die Akzeptanz zunächst möglichst vieler Muslime in Deutschland zu erlangen, nehmen sie sich der Migranten an, bieten Hilfestellungen da, wo konkrete Schwierigkeiten die Menschen belasten, betreiben eine zum Teil von deutschen Stellen anerkannte Jugendarbeit und haben ein breit gefächertes Bildungsangebot im Repertoire. Gleichzeitig suchen sie den Kontakt zu und das Gespräch mit den Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften, Verbänden und Parteien und beteuern, fest auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu stehen.

Warum beobachtet der Verfassungsschutz dennoch solche legalistischen islamistischen Organisationen, etwa die 'Islamische Gemeinschaft Milli Görüs' (IGMG), die weder Gewalt befürwortet noch gut heißt und schon gar nicht anwendet? Nicht der Terror oder das Befürworten von Gewalt ist – wie oben dargelegt – das Kriterium für die Feststellung von islamistischem Extremismus, sondern das Bestreben nach der Errichtung einer vorgeblich

„islamischen Ordnung“, die nicht die freiheitlichen und demokratischen Prinzipien der in Deutschland geltenden Verfassungsordnung teilt. Eben dies ist auch bei den legalistisch agierenden Islamisten der Fall. Wenn tatsächliche Anhaltspunkte darauf hinweisen, dass eine Organisation einer als islamistisch zu bezeichnenden Ideologie verbunden ist, sind die Verfassungsschutzbehörden von Gesetzes wegen angehalten, tätig zu werden.

Fazit

Die Kategorisierung anhand des Maßes der Gewaltbereitschaft ist, wie durch die angeführten Beispiele deutlich wird, nur eine von verschiedenen Möglichkeiten, islamistische Gruppierungen differenzierend einzuordnen. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA wurden auch hierzulande in öffentlichen Äußerungen häufig alle Mitglieder der bekannten islamistischen Organisationen in einen Topf geworfen. Es konnte der Eindruck entstehen, dass alle Islamisten, ja gar Muslime allgemein, potenzielle Attentäter wären. Dieses Bild zurechtzurücken und eine klarere Einschätzung der Bedrohungslage zu geben, ist auch eine der Aufgaben des Verfassungsschutzes.

Bei der Beschreibung der möglichen Gefährdung deutscher Interessen durch islamistische Extremisten muss stets beachtet werden, dass nicht einmal 1% der in Nordrhein-Westfalen lebenden Muslime den vom Verfassungsschutz beobachteten islamistischen Organisationen und Gruppierungen zugerechnet werden. Der ganz überwiegende Teil von diesen wiederum gehört der legalistisch vorgehenden IGMG an, die die bei weitem mitgliederstärkste islamistische Organisation ist. Ihre ideologischen Ziele stellen zwar langfristig durchaus eine Bedrohung der Verfassungsordnung dar, doch kann die IGMG keinesfalls mit terroristischen Gruppen wie 'al-Qaida' gleichgesetzt werden. Seit einiger Zeit ist zudem zu beobachten, dass es innerhalb der Organisation eine Strömung gibt, die vorsichtig dafür eintritt, sich von überkommenen ideologisch-islamistischen Vorstellungen zu lösen.

Derjenige Personenkreis, der Verbindungen ins Netzwerk des transnationalen Terrorismus aufweist, ist nur relativ klein und besteht zumeist aus Einzeltätern und kleinen Zellen. Ausgeführte Anschläge und Anschlagversuche der jüngsten Zeit, für die islamistische Gewalttäter verantwortlich zeichnen, lassen diesen Personenkreis jedoch besonders gefährlich erscheinen und prägen das Bild, welches sich die deutsche Gesellschaft von Islamisten und zum Teil auch von muslimischen Mitbürgern macht.

2 Politisch-extremistische Bestrebungen islamistischer Organisationen und Netzwerke in Nordrhein-Westfalen

Von den mehr als eine Million Muslimen in Nordrhein-Westfalen gehören weniger als 10.000 islamistischen Organisationen an; deren Ausstrahlungs- und Einwirkungsbereich ist allerdings höher (geschätzter Multiplikationsfaktor anhand der Familiengröße: fünf). Die Bestrebungen islamistischer Organisationen sind vorrangig darauf ausgerichtet, in den muslimischen Heimatländern die Anwendung des islamischen Gesetzes (Scharia) durchzusetzen und einen Gottesstaat zu errichten.

Einige Organisationen versuchen gleichzeitig, für die auf Dauer in Deutschland lebenden Muslime eine „Parallelgesellschaft“ aufzubauen, in der das geschlossene islamistische Weltbild sie vor den „dekadenten und unmoralischen westlichen Einflüssen“ schützen soll. Fernziel der meisten dieser Gruppen ist eine weltweite Islamisierung.

2.1 Jihadisten (islamische Glaubenskämpfer, auch: Mujahidin)

Hinter der Bezeichnung Jihadisten verbirgt sich keine zentral und straff gesteuerte Organisation, es handelt sich vielmehr um unterschiedlich strukturierte, teilweise nur lose Verbindungen von Personen mit ähnlichen Grundüberzeugungen, die sich durch ihre Gewaltorientierung auszeichnen und auch als terroristische Netzwerke bezeichnet werden. Sie betrachten sich als Kämpfer für den Islam, ihr Name leitet sich vom Begriff des Jihad („heiliger Kampf“ der Muslime) ab, den sie einseitig als Aufruf zum gewaltsamen Widerstand gegen alle „Feinde des Islam“ deuten. Die weitaus wichtigere Bedeutung des Begriffes Jihad in der islamischen Theologie, nämlich das friedliche Ringen jedes Einzelnen um ein richtiges und gottgefälliges Leben, wird bei den Jihadisten komplett ausgeblendet.

Die Jihadisten agieren höchst konspirativ. Kleine Gruppen sammeln sich um einzelne Führungspersonlichkeiten, die wiederum über vielfältige Kontakte zu lokalen und internationalen Jihadisten verfügen. Dadurch entstehen effiziente Netzwerke, die bei Bedarf jederzeit aktiviert werden können. Ein gemeinsames Profil, an dem Jihadisten durch die Sicherheitsbehörden zu erkennen wären, konnte trotz intensiver Untersuchungen in dieser Richtung nicht festgestellt werden.

Jihadisten können aber auch Einzelpersonen sein, die sich ohne Weisung von außen zu Terroranschlägen bereit finden, diese selbstständig planen und mit Gleichgesinnten oder auch alleine durchführen. Das Phänomen der sogenannten „home-grown-Terroristen“, meist junger Männer mit Migrationshintergrund, die infolge eines Radikalisierungsprozesses zu islamistischen Terroristen werden, ist erstmals im Zusammenhang mit den Anschlägen von London im Jahre 2005 in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit getreten.

Die Jihadisten sind von einem unversöhnlichen Hass auf Israel, die USA und deren westliche Verbündeten beseelt. „Der Westen“ wird pauschal für Unterdrückung, Korruption, Unterentwicklung und den „sittliche Niedergang“ der islamischen Welt verantwortlich gemacht. Sie handeln im regionalen Kontext, verfolgen aber gleichzeitig globale Ziele und kommen daher weltweit zum Einsatz. Zielobjekte und Propagandamittel ihres Kampfes sind weltweit verbreitet. So sind die Anschläge des 11. September 2001 sowohl ein Angriff auf die USA gewesen, als auch eine Aufforderung an die saudische Führung, ihren proamerikanischen Kurs zu korrigieren und die amerikanischen Truppen des Landes zu verweisen.

Zum Netzwerk der Jihadisten in Deutschland gehören Kleingruppen und Einzelpersonen aus verschiedenen Organisationen wie 'al-Qaida', GIA, GSPC, 'Jihad Islami', 'Ansar al-Islam' und 'al-Takfir wal-Hijra' sowie sogenannte „non-aligned Mujahidin“, die keiner bestimmten Organisation zuzurechnen sind. Auch die pakistanische Organisation 'Tablighi Jama'at' („Gemeinschaft der Verkündigung“), die eine strenggläubige islamische Erweckungslehre vertritt, steht im Verdacht, aufgrund ihrer internationalen Strukturen den Aktivitäten des Terrornetzwerks von 'al-Qaida' Hilfestellung zu leisten.

Während die aktiven Kämpfer ihre Ziele an Schauplätzen wie Tschetschenien oder dem Irak verfolgen, unterhalten Unterstützernetzwerke weltweit eine ausgedehnte Infrastruktur, unter anderem zur Versorgung mit gefälschten Papieren, zur Ausstattung mit Mobiltelefonen und zur Sammlung von Spenden. Daneben versuchen sie, junge Muslime für Ausbildung und Kampfeinsätze zu gewinnen. Eine wichtige Zielgruppe der Anwerbungsversuche sind Studenten. Sie werden in Einzelgesprächen oder im kleinen Kreis mit islamistischem Gedankengut vertraut gemacht, welches auch die Rechtfertigung von Terroranschlägen gegen „Ungläubige“ beinhaltet. Die Ermordung der „Ungläubigen“ als Akt der Selbstverteidigung lässt in ihren Augen auch Selbstmordattentate zum „heiligen Akt“ werden. Zahlreiche Anschläge gegen westliche Einrichtungen oder Interessen in der islamischen Welt, auch nach dem 11. September 2001, gehen auf ihr Konto, so zum Beispiel im Oktober 2002 auf Bali, im Mai 2003 in Marokko, im Mai und im November 2003 in Saudi Arabien oder im November 2003 in der Türkei. Im März 2004 verübten Angehörige einer spanischen Jihadisten-Zelle verheerende Anschläge auf drei Vorortzüge in Madrid, bei denen fast 200

Menschen ums Leben kamen. Im Juli 2005 verübte eine britische Terrorzelle vier Anschläge auf den Londoner Personennahverkehr, bei denen 52 Menschen getötet wurden. Kurz darauf missglückten in der britischen Hauptstadt vier weitere Bombenanschläge. Beide Male stammten die Täter überwiegend aus der 2. und 3. Generation muslimischer Zuwanderer, so dass hier erstmals von einem „home-grown-Terrorismus“, einem terroristischen „Eigen gewächs“, gesprochen wird. Im Jahr 2006 ist Deutschland nur knapp einem Terroranschlag entgangen. Zwei junge Libanesen hatten am 31. Juli 2006 in Regionalzügen in Nordrhein-Westfalen in Trolleys versteckte Bomben deponiert, die jedoch nicht detonierten. Anfang September 2007 wurden im Sauerland drei Personen unter dem Verdacht verhaftet, im Auftrag der ausländischen Terrororganisation 'Islamische Jihad Union' (IJU), Anschläge in Deutschland geplant zu haben. Dies zeigt: auch in Deutschland ist die Gefahr durch sogenannten islamistischen „home-grown-Terrorismus“ akut.

Die anglo-amerikanische Militärintervention im Irak wissen die Jihadisten seit dem Frühjahr 2003 propagandistisch geschickt auszunutzen. Der gewaltsame Widerstand gegen die Besatzungstruppen wird als religiöser Kampf gegen die Ungläubigen verbrämt, obwohl bewusst in Kauf genommen wird, dass die muslimische Bevölkerung im Irak selbst den höchsten Blutzoll dabei leistet. Die Konfliktlinien verlaufen jedoch längst nicht mehr nur zwischen Jihadisten und Besatzungstruppen. Der Irak ist auch zum Austragungsort blutiger Kämpfe zwischen sunnitischen und schiitischen Terroristen geworden, die das Land immer tiefer ins Chaos zu stürzen drohen.

2.2 Al-Qaida

Usama bin Ladin, Gründer der terroristischen Organisation 'al-Qaida', wurde erstmals während der Invasion der Sowjetarmee in Afghanistan (1979 – 1989) bekannt. Damals hatten sich zahlreiche Araber unterschiedlicher Nationalität den afghanischen 'Mujahidin' angeschlossen. Sie wurden in Camps in Afghanistan und Pakistan religiös und militärisch ausgebildet. Usama bin Ladin hat nicht nur einige dieser Camps finanziert, sondern auch selbst an Kämpfen teilgenommen. Seitdem wird er von den 'Mujahidin' als herausragender Führer verehrt. Nach dem Ende des Afghanistan-Krieges hielt sich Usama bin Ladin zunächst in seinem Heimatland Saudi-Arabien auf, bis ihm wegen seiner kompromisslosen Aufrufe zur Gewalt gegen die westliche Welt (Saudi-Arabien ist seit dem 2. Golf-Krieg um Kuwait mit den USA verbündet) 1994 die Staatsbürgerschaft entzogen wurde.

Er ging zunächst in den damals islamistisch regierten Sudan und wurde auch dort wieder mit Ausbildungscamps für arabische Jihadisten in Verbindung gebracht. 1996 kehrte er

nach Afghanistan zurück und bildete unter dem Schutz der Taliban in eigenen Camps Jihadisten aus, die gleichsam wie eine islamistische Fremdenlegion überall dort für den Sieg des Islam kämpften, wo sie sich gebraucht fühlen (unter anderem in Bosnien, Tschetschenien, Kaschmir).

„Islamische Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler“

Unter der Führung von 'al-Qaida' hat sich ein internationaler Zusammenschluss gebildet, die 'Islamische Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler', der neben 'al-Qaida' islamistische Organisationen aus Ägypten, Pakistan, Bangladesch und inzwischen auch Usbekistan angehören. Hieraus wird deutlich, dass das Netzwerk um Usama bin Ladin nicht mehr nur arabischstämmige Personen umfasst. Usama bin Ladin wird neben den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 auch für Terroranschläge auf Militäreinrichtungen der USA in Saudi-Arabien (1995), auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania (1998) und auf das US-Kriegsschiff Cole im Hafen von Aden/Jemen (2000) verantwortlich gemacht.

Wie bei anderen Islamisten lässt sich auch bei Usama bin Ladin nachweisen, dass der Palästinakonflikt zu den zentralen Themen seines Denkens zählt und dass er diesen Konflikt in einen Zusammenhang mit der US-amerikanischen Außenpolitik stellt. In einem Interview vom November 2001 erklärte bin Ladin:

„Amerika und seine Verbündeten massakrieren uns (Muslime) in Palästina, Tschetschenien, Kaschmir und im Irak. Die Muslime haben das Recht, Amerika als Vergeltung dafür anzugreifen. [...] Das amerikanische Volk sollte sich daran erinnern, dass es Steuern an die Regierung zahlt, dass es den Präsidenten wählt, dass seine Regierung Waffen herstellt und an Israel liefert, und Israel nutzt diese Waffen, um Palästinenser niederzumetzeln. [...] Ganz Amerika (ist dafür verantwortlich), denn es wählt den Kongress. [...] Ich rufe das amerikanische Volk auf, seine Regierung dazu zu zwingen, die anti-muslimische Politik aufzugeben.“

(Interview von Hamid Mir für die Tageszeitung 'The Asian Age', 8.11.2001)

Mit bin Ladin lose verbunden sind eine Vielzahl von kleinen islamistischen Zellen und Gruppierungen unterschiedlicher Provenienz, die mit seinen Auffassungen übereinstimmen und für weitere spektakuläre Terrorattacken bereit stehen könnten. Viele der heute bekannten Kämpfer kennen sich bereits aus ihrer gemeinsamen Zeit in den Ausbildungslagern im Afghanistan der Taliban-Ära. Von dort heimkehrende Gotteskrieger radikalisierten die bestehenden islamistischen Gruppierungen in ihren Heimatländern in einem bisher nicht ge-

kannten Ausmaß. Aber auch einzelne, unorganisierte Extremisten, sogenannte 'non-aligned Mujahidin', stellen ein Bedrohungspotenzial dar. Eine gemeinsame Weltanschauung der 'Jihadisten', die bei Rekrutierung, Ausbildung sowie Planung und Durchführung von Guerillaaktionen aktiv sind, verbindet 'al-Qaida' mit anderen Organisationen. Bin Ladin selbst fungiert dabei als geistiger Mentor, der die Kämpfer weltweit inspiriert und anspricht.

Auch in Nordrhein-Westfalen gelten Einzelpersonen als Unterstützer des terroristischen Netzwerks, darunter auch Personen, die nachweislich in Afghanistan ausgebildet worden sind. Nach den Erkenntnissen aus den Anschlägen vom 11. September 2001 muss davon ausgegangen werden, dass Deutschland und auch Nordrhein-Westfalen als Ruhe-, Rückzugs- und Vorbereitungsraum und zur Logistikbeschaffung genutzt wurde und wird. Zugleich ist Deutschland aber auch selbst ein Gefahrenraum, in dem Anschläge erwartet werden können. Als Motiv für Islamisten, Anschläge auch hier zu begehen, lassen sich die Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft, das militärische Engagement in Afghanistan, vor der libanesischen Küste und vor dem Horn von Afrika aufführen. Einzelne, in der islamischen Welt von interessierten Kreisen hochgespielte Ereignisse wie der Streit um die Veröffentlichung der Muhammad-Karikaturen Anfang 2006, können dabei als Auslöser wirken. Mehrere vereitelte Anschläge und vor allem die misslungenen Anschläge auf Regionalzüge in Nordrhein-Westfalen zeigen dies deutlich.

Strukturveränderung bei islamistischen Terrornetzwerken

Im Bereich des internationalen islamistischen Terrorismus (Jihadismus) ist bereits seit einigen Jahren zu beobachten, dass festgefügte globale Netzwerkstrukturen, die einst in den Trainingslagern der 'al-Qaida' in Afghanistan entstanden sind, immer stärker schwinden. Stattdessen hat sich weltweit eine Vielzahl kleiner, lokaler und autonomer Terrorzellen gebildet. Diese Zellen stehen nicht mehr zwangsläufig mit 'al-Qaida' in Kontakt oder gehorchen ihren Befehlen. Vielmehr handeln sie zunehmend in Eigenregie. Dennoch haben sie die Ideologie 'al-Qaidas' verinnerlicht und agieren in diesem Sinne.

'Al-Qaida' hat durch die „Dezentralisierung des Terrors“ seine Funktion als Koordinatorin von Anschlägen eingebüßt. Sie ist heute vielmehr ein ideologisches Band für eine Vielzahl von Terrorzellen weltweit. Usama bin Ladin selbst ist in terroristischen Kreise heute in erster Linie Symbolfigur und Vorbild. Vor allem bei Jugendlichen, die sich zur jihadistischen Ideologie hingezogen fühlen, wird er wie ein Pop-Idol verehrt.

Das weltweite Terrornetzwerk hat sich auf die weitgehende Zerschlagung seiner früheren Führungs- und Kommunikationsstruktur eingestellt. Es bleibt de facto handlungsfähig, da die Ziele immer noch durch Führer wie Usama bin Ladin und seinen Stellvertreter Aiman

al-Zawahiri über die Medien verbreitet werden. Wann, wo, gegen wen und wie es dann zu einem Anschlag kommt, ist regionalen Terrorzellen überlassen. Diese können sich durch Radikalisierung junger Muslime völlig unvorhersehbar und auch aus verschiedensten Milieus bilden.

Nutzung moderner Medien

Das Mittel, mit dem der transnationale islamistische Terrorismus seine Vorstellungen und Ziele hauptsächlich propagiert, ist das Internet, das heute das Fernsehen als wichtigstes Nachrichtenmedium abzulösen scheint. In der Befürwortung und dem Gebrauch moderner Kommunikationsmittel und Technik unterscheiden sich islamistische Terroristen nicht von anderen Islamisten. Akteure des internationalen Terrorismus zeigen sogar ein ausgeprägtes Medienbewusstsein. Man denke etwa an die zahlreichen Video- und Tonbandbotschaften Usama bin Ladins und Aiman al-Zawahiris, die regelmäßig von arabischen Fernsehsendern wie 'al-Jazeera' oder 'al-Arabiya' ausgestrahlt werden und die Aufmerksamkeit eines Millionenpublikums finden. Doch nicht nur islamistische Propaganda wird auf diese Weise weltweit bekannt gemacht. Auch Selbstmordanschläge, von Terrorgruppen zur Dokumentation ihrer Schlagfähigkeit auf Video festgehalten, werden Fernsehanstalten zugespielt. Das Medium Fernsehen sowie seine Zuschauer werden auf diese Weise gezielt manipuliert. Die Popularität 'al-Qaidas' und verwandter Gruppen hängt heute in hohem Maße vom Mythos ihrer Kampfbereitschaft und Unbesiegbarkeit ab. Deshalb sind das Fernsehen und das Internet, wo Videos leicht eingestellt und verbreitet werden können, für Jihadisten die wichtigsten Kommunikationsmedien.

Die Rolle des Internets

Das Internet ermöglicht eine schnelle, grenzüberschreitende und sichere Kommunikation und eröffnet damit fast unbegrenzte Möglichkeiten, Nachrichten und Meinungen auszutauschen und damit auch Propaganda in Wort und Bild zu verbreiten. In Deutschland bedienen sich Islamisten jeder Couleur des Netzes, ob sie nun für Gewalt oder für gewaltfreies Handeln eintreten. Viele islamistische Organisationen verfügen über eigene, teils mehrsprachige Homepages, auf denen sie ihre Ideologie verbreiten und Mitglieder werben. Daneben gibt es eine Vielzahl einschlägiger Internetforen und „Chatrooms“, in denen islamistisches Gedankengut ausgetauscht wird.

Vor allem im Bereich des Jihadismus ist das Internet von besonderer Bedeutung. In das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit rückte dies mit Beginn des Irak-Krieges im Jahre 2004. Als eine irakische Terrorgruppe im Mai 2004 das erste Video von der Ermordung einer westlichen Geisel ins weltweite Datennetz einstellte, folgten auf unterschiedlichen Websites

bald eine Reihe weiterer Videos von Exekutionen durch weitere irakische Gruppierungen. Die Welle der Hinrichtungsvideos zwischen 2004 und 2005 beweist, dass das Internet auch zu einer Eskalation der Gewalt beitragen kann. Es wird von islamistischen Terroristen gezielt genutzt, um Angst und Schrecken zu verbreiten und Nachahmer zu motivieren.

Akteure des internationalen islamistischen Terrorismus nutzen das Internet aber auch zum Informationsaustausch und zur verdeckten Kommunikation. Insbesondere für terroristische Netzwerke, die häufig über Landesgrenzen hinweg unerkannt Kontakte halten und Informationen austauschen müssen, ist das Internet unentbehrlich geworden.

Innerhalb jihadistischer Kreise hat das Internet in den vergangenen Jahren aber vor allem als Propagandainstrument einen Bedeutungszuwachs erfahren. Akteure des internationalen islamistischen Terrorismus haben die Breitenwirkung dieses Mediums erkannt und in den letzten Jahren eine regelrechte Propaganda-Offensive gestartet. Auf einer Vielzahl von Internetseiten rufen Usama bin Ladin, Aiman al-Zawahiri und Gleichgesinnte seither zum Jihad gegen „Ungläubige“ auf. Mit ihren regelmäßigen Verlautbarungen versuchen sie, nicht nur die Adressaten ihrer Hasstiraden zu verunsichern, sondern auch ihre Anhängerschaft dazu zu ermutigen, selbst im Sinne des globalen gewaltsamen Jihad tätig zu werden.

Cyber-Jihad und self-made-Terroristen

Das Internet hilft den Führungsfiguren des internationalen Terrorismus aber nicht nur dabei, ihre Anhänger zu mobilisieren, sondern auch, sie ideologisch auf dem „richtigen“ Kurs zu halten. Dazu werden in Audio- oder Videobotschaften häufig auch mehr oder weniger verschlüsselt Zielvorgaben gemacht, etwa wenn „feindliche“ Personengruppen (Juden, „Ungläubige“ etc.) oder Staaten (USA, Großbritannien etc.) im Zusammenhang mit der vermeintlichen Pflicht zum gewaltsamen Jihad genannt werden. Der einst in Krisenregionen wie Afghanistan und Tschetschenien geführte Kampf gegen die „Ungläubigen“ wird heute zunehmend virtuell geführt. Der Begriff des „Cyber-Jihad“ oder „elektronischen Jihad“ ist eine mögliche Umschreibung für dieses Phänomens. Insbesondere für ‚al-Qaida‘ ist diese Form der Kampfführung „überlebenswichtig“. Nach der Zerschlagung der früheren afghanischen Ausbildungscamps veröffentlichte die Organisation ihre Lehrbücher im Internet und vollzog damit die Wandlung von einer klandestinen Kader-Organisation zu einem interaktiven Terror-Netzwerk. Aus tausenden, weltweit verstreuten Sympathisanten sollen mit Hilfe des Internets self-made-Terroristen gemacht werden.

Selbsternannte Terroristen können sich heute im Internet aus einem überschäumenden Angebot an Informationen zur Sprengstoffkunde und Waffenhandhabung bedienen. Im world

wide web finden sie außerdem Handbücher über konspirative Verhaltensweisen ebenso wie Tipps zur Durchführung von Entführungen und zur Schleusung von Kämpfern.

Die Anzahl jihadistischer Seiten im Internet hat sich in den vergangenen Jahren vervielfacht und ist kaum mehr zu überschauen. So gibt es auf der einen Seite Terrororganisationen, die das Internet vor allem zur Selbstdarstellung sowie zur Verbreitung jihadistischen Gedankenguts nutzen und zu diesem Zweck sogar online-Magazine produzieren (zum Beispiel: 'Hassad al-Mujahidin', 'Mu'askar al-Battar' und weitere). Auf der anderen Seite wird jihadistische Propaganda aber auch und vor allem von Gruppen und Einzelpersonen ins Netz gestellt, die keiner bestimmten Organisation angehören. Sie verbreiten Audio- oder Videobotschaften, Morddrohungen gegenüber „den Ungläubigen“, Anschlagsvideos und Bekennerschreiben im Schneeball-System, so dass sie kurz nach ihrem ersten Erscheinen im Netz bereits auf einer Vielzahl von Webseiten abrufbar sind.

Mit Hilfe des Internets können islamistische Terroristen bei ihren Anhängern den Eindruck weltweiter Handlungsfähigkeit erwecken, während sie gleichzeitig in den westlichen Gesellschaften, ihrem erklärten Gegner, ein diffuses Gefühl der Bedrohung und Hilflosigkeit entstehen lassen. Diese Art der Propaganda dient vor allem der Manipulation des Gegners, er soll verunsichert und eingeschüchtert werden. Dazu gehört auch, seine Wahrnehmung in Bezug auf die Gefährlichkeit und Anzahl lokal und global agierender Gruppen und Netzwerke zu beeinflussen. So stellen etwa irakische Terrorgruppen wie die 'Ansar al-Islam' regelmäßig Anschlagsvideos sowie Auflistungen von Anschlägen ein, zu denen sie sich bekennen. Und beinahe täglich tauchen neue vermeintliche Terrorgruppen im Netz auf, kündigen Attentate an oder bezichtigen sich selbst der „erfolgreichen“ Durchführung von Anschlägen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass eine Vielzahl der im Internet in Erscheinung getretenen jihadistischen Gruppierungen reine Erfindungen sind. Ein Beispiel für eine bisher ausschließlich im virtuellen Netz erschienene Gruppe sind die 'Abu Hafs al-Masri-Brigaden'. Diese haben sich in der Vergangenheit zwar verschiedentlich zu Terroranschlägen bekannt (unter anderem zu den Londoner-Anschlägen vom 7. Juli 2005), den Beweis für ihre Existenz jedoch nie angetreten. Ähnlich verhält es sich mit der 'Global Islamic Media Front' (GIMF), deren deutscher Ableger sich im Internet als 'Globale Islamische Medienfront' bezeichnet. Was im Jahre 2005 als Zusammenschluss jihadistischer Gruppen und Einzelpersonen zu einem weltumspannenden Mediennetzwerk angekündigt wurde, ist vor allem ein virtuelles Konstrukt. Entscheidend aber ist seine propagandistische Wirkung. So verbreitete die GIMF in einem Forum beispielsweise den Aufruf zum „elektronischen Jihad“. Mitglieder des Forums werden dazu aufgefordert, die Ideologie des Jihad erst in verschiedenen Internet-Foren verbreiten, bevor sie im richtigen Leben selbst zum „Mujahid“ werden.

Neue Gefahr der „Selbstradikalisierung“

Für die Werbung und Rekrutierung potenzieller Terroristen bietet das Internet Organisationen und Mittelsmännern eine ideale Plattform. Doch die Bereitschaft, Anschläge durchzuführen, muss nicht zwangsläufig im Zusammenhang mit einer gezielten Rekrutierung stehen. Sie kann ebenso der intensiven Beschäftigung mit jihadistischem Gedankengut entwachsen und insofern das Ergebnis einer Selbst-Radikalisierung sein. Die Rolle des Internets bei der Fanatisierung von Einzelpersonen ist nicht von der Hand zu weisen. Virtuelle Trainingslager, in denen eine Kampfausbildung durchlaufen werden kann, online-Anleitungen zum Bombenbau sowie eine Vielzahl von jihadistischen Propagandaseiten und Chatrooms bieten das technische und ideologische Rüstzeug für jene, die eigeninitiativ handeln wollen. Der „self-made-Terrorist“, der sich durch die Nutzung des Internets radikalisiert, sich technisches Wissen für einen Terroranschlag aneignet und die Tat selbstständig ausführt, ist spätestens seit den fehlgeschlagenen „Kofferbomben-Attentaten“ in Nordrhein-Westfalen zu einer realen Gefahr geworden. Am 31. Juli 2006 deponierten zwei junge Libanesen in Regionalzügen im Kölner Hauptbahnhof in Trolleys versteckte Bomben, die nur aufgrund von Konstruktionsfehlern nicht zur Explosion kamen. Bei der Radikalisierung der Täter und den Tatvorbereitungen hatte, wie später bekannt wurde, das Internet eine wichtige Rolle gespielt. So sollen die beiden jungen Männer dort Informationen zum gewaltsamen Jihad gesucht und die Bomben nach einer Anleitung aus dem Internet zusammengebaut haben. Auch die Fatwa, die ihre Tat religiös legitimieren sollte, wurde auch dem Internet bezogen. Begründet haben sie ihre Tat mit der Veröffentlichung der sogenannten „Muhammad-Karikaturen“.

Die interaktiven Dienste des Internets können bei Personen, die für islamistische Überzeugung anfällig sind, radikalierend wirken. Wer in seinem privaten Umfeld mit seinen islamistischen Positionen auf Ablehnung stößt, im Internet-Chat aber weltweit live mit Gleichgesinnten kommunizieren kann, gewinnt schnell den Eindruck, nicht isoliert zu sein sondern vielmehr Teil einer weltumspannenden Gemeinschaft mit gleichen Grundüberzeugungen anzugehören. Auf diese Weise kann eine extremistische Haltung gewonnen oder verfestigt werden.

Besonderer Beliebtheit erfreuen sich jihadistische Internetdiskussionsforen. Der Benutzer kann dort eigene Kommentare oder Links zu anderen Websites einstellen. Propagandavideos, die auf solchen Foren veröffentlicht werden, geraten so besonders schnell in Umlauf.

Ständige Professionalisierung

Viele der jihadistischen Foren sind Passwort-geschützt. Häufig muss der Nutzer aber auch zusätzliche Sicherheits- und Zugangstests durchlaufen, um Zugang zu den exklusiveren Informations- und Kommunikationsbereichen zu erhalten. Das Sicherheitsbedürfnis der Betreiber islamistischer bzw. jihadistischer Internetforen ist in jüngster Zeit deutlich gewachsen. Dies hängt nicht nur mit der Beobachtung durch die Sicherheitsbehörden zusammen, sondern auch mit den fast unkontrollierbaren Zugriffs- und Manipulationsmöglichkeiten, die das World Wide Web bietet. Und genau darin liegen auch für den internationalen islamistischen Terrorismus Gefahren, denn Nachrichten, Meldungen und Stellungnahmen können manipuliert oder gefälscht werden und damit dem Interesse jihadistischer Gruppen zuwiderlaufen. In vielen islamistischen Internetforen wurden deshalb Authentizitätskontrollen eingeführt beziehungsweise ausgebaut. Beispielsweise wurde in dem zutrittsbeschränkten Islamistenforum 'al-Hesbah' eine spezielle Rubrik eingerichtet, in der „authentische“ Terror-Meldungen ausschließlich von den Administratoren des Forums eingestellt werden können.

Daneben nutzen Terroristen die breite Palette der anonymen Kommunikationsmöglichkeiten. Sie verschlüsseln und kryptographieren ihre Botschaften im Internet. In Bild- und Musikdateien werden Informationen untergebracht, die ohne die entsprechenden Hinweise und das technische know-how nur schwer heraus zu filtern sind. Die Professionalisierung des Netzwerkes macht sich auch in der Qualität seiner Propaganda bemerkbar. Die den Medien zugespielten oder ins Netz eingestellten Video- und Audiobänder haben sich im Laufe der letzten Jahre technisch deutlich verbessert. Internetspezialisten des Terrornetzwerkes sind heute in der Lage, zu bestimmten Ereignissen zeitnah aufwendige Reportagen herzustellen, die den Produkten großer Fernsehanstalten ähneln.

Gefahr durch home-grown-Netzwerke

Seit 2001 haben sich die Profile islamistischer Terroristen deutlich verändert. Längst stellen nicht mehr nur aus dem Ausland eingereiste Attentäter eine Bedrohung der Sicherheit europäischer Staaten dar. Mit den Anschlägen von Madrid im März 2004 und London im Juli 2005 ist deutlich geworden, dass sich der islamistische Terrorismus verselbstständigt hat. Die Attentäter von Madrid waren Nordafrikaner, die lange in Spanien gelebt hatten und zum Teil einen kriminellen Hintergrund hatten. Bei den Attentätern von London handelte es sich um Briten mit pakistanischer und jamaikanischer Migrationshintergrund, die in zweiter und dritter Generation scheinbar gut integriert in England lebten. Auch der Islamist, der 2004 den niederländischen Filmemacher Theo van Gogh ermordete, war in den Niederlanden aufgewachsen. Bei den drei Anfang September 2007 im Sauerland unter Terrorverdacht

festgenommenen Personen handelte es sich um zwei deutsche Personen, die zum Islam konvertiert waren, und einen Deutschen türkischer Herkunft. Diese Beispiele stehen stellvertretend für eine neue Generation islamistisch motivierter Attentäter, sogenannte home-grown-Terroristen. Der Begriff bezeichnet Zuwanderer der zweiten oder dritten Generation, die in westlichen Gesellschaften aufgewachsen sind und ohne Weisung von außen einzeln oder im Rahmen einer Gruppe Terroranschläge durchführen. So soll sich insbesondere die Gruppe der gescheiterten Londoner Attentäter vom 21. Juli 2005 nach den Ereignissen des 7. Juli kurzerhand zu Selbstmordattentaten verabredet haben, um „auf die Situation im Irak aufmerksam zu machen“. Die jungen Männer, die im Sommer 2006 Anschläge in deutschen Nahverkehrszügen ausüben wollten, fallen aus der Gruppe der home-grown-Terroristen heraus, denn sie lebten erst seit kurzem in der Bundesrepublik. Gleichwohl müssen auch sie in Deutschland einen Radikalisierungsschub erfahren haben.

Religiös getarnter (Selbst)hass

Die Wandlung von äußerlich integriert erscheinenden jungen Männern zu islamistischen Gewalttätern wirft viele Fragen auf. Etwa danach, welchen Einflüssen sie ausgesetzt waren und wie sich ihre Wandlung zu islamistischen Fanatikern von ihrer Umwelt unbemerkt vollziehen konnte. Über die Motive von home-grown-Terroristen kann in Ermangelung empirischer Untersuchungen nur spekuliert werden. Nach den Anschlägen von London und Madrid war eine häufig zu hörende Erklärung, dass die Attentäter zwar in der britischen bzw. spanischen Gesellschaft gelebt hätten, sich jedoch diskriminiert gefühlt und/oder die Werte dieser Gesellschaften zutiefst ablehnt hätten. In dieser Situation habe möglicherweise auch die politische Lage in der islamischen Welt bzw. in den Herkunftsländern dazu beigetragen, ihre Landsleute oder eben „die Muslime“ allgemein rächen zu wollen.

Die Beschäftigung mit dem home-grown-Terrorismus steckt noch in den Kinderschuhen, ebenso wie auch das Phänomen der Selbstmordattentäter noch nicht abschließend erforscht worden ist. Es gibt eine Reihe unterschiedlicher Erklärungsansätze, die den Werteverfall, die Verelendung, mangelnde Zukunftsperspektiven, geringe Bildung, den Nahost-Konflikt oder andere bewaffnete Konflikte in den Vordergrund stellen. Eine andere Theorie hebt auf die besonderen psychologischen Merkmale islamistischer Attentäter ab. Die Grundannahme ist, dass es sich bei Selbstmordattentätern um Personen mit gravierenden Persönlichkeitsstörungen handelt. Demnach spielt vor allem ein Gefühl der Minderwertigkeit und der Selbstablehnung eine Rolle, das sich zu Hass und Rachegefühlen gegenüber einem bestimmten Feindbild steigern kann. Kommt ein Mangel an Einfühlungsvermögen (Empathie) hinzu, so setzt dies die Hemmschwelle für Gewalttaten deutlich herab. Die islamistische Ideologie wirkt dabei als Verstärker und Rechtfertigung

zugleich. Sie wird als attraktiv wahrgenommen, denn sie überdeckt den Selbsthass, spielt das moralische Gewissen aus und beseitigt die Hemmung zum Töten.

Finanzierung

Die Finanzierung der Jihadisten-Netzwerke speist sich aus unterschiedlichen Quellen. Möglich sind Spenden von Organisationen und Einzelpersonen, Gewinne aus legalen wirtschaftlichen Aktivitäten wie die Einnahmen aus Groß- und Einzelhandelsgeschäften oder dem PKW-Handel, sowie Profite, die aus illegalen Aktivitäten erzielt werden wie Schmuggel, Waffen- und Drogenhandel oder Passfälschung. Zum Teil werden die Jihadisten-Netzwerke auch durch islamische Nichtregierungsorganisationen (NRO) unterstützt, wobei es sich aber meist nicht um eine gezielte Hilfestellung der Gesamtorganisation handelt, sondern um individuelle Aktionen einzelner Mitglieder oder Vertreter solcher NROs. So hat die saudische Regierung im Juni 2004 die Stiftung 'al-Haramain' aufgelöst, die mehrfach in Verdacht geraten war, an der Finanzierung islamistischen Terrors beteiligt gewesen zu sein.

Für finanzielle Transaktionen werden zum einen offizielle Bankkonten genutzt, zum anderen bedient man sich der Hawala-Methode. Dabei übergibt der Einzahler unter Nennung des Auszahlungsortes eine bestimmte Geldsumme an eine Vertrauensperson, die ihm wiederum ein Kennwort oder eine Nummer nennt. Diese Kennung gibt der Einzahler an denjenigen weiter, der den Betrag dann an der angegebenen Stelle ebenfalls von einer vertrauenswürdigen Person aus dem Hawala-System ausgezahlt bekommt. Damit ist es möglich, Geldsummen in unbegrenzter Höhe zu bewegen, ohne dass sie über Konten von offiziell arbeitenden Banken wandern. Dieses System funktioniert über Kontinente hinweg. Keineswegs alle Transaktionen des Hawala-Systems betreffen illegale Aktivitäten; vielmehr ermöglicht diese Art der Finanzabwicklung eine schnelle und unbürokratische Überweisung von Geldern in solche Regionen, in denen ein Bankensystem nicht oder nur rudimentär existiert. Zudem erspart man sich hohe Bankgebühren, die für Auslandsüberweisungen fällig werden. Aufgrund der informellen Struktur dieser Art der Geldgeschäfte eignet sich das Hawala-System jedoch vorzüglich zur effektiven Verschleierung von Geldströmen.

2.3 Al-Tauhid (Einheit Gottes)

Bei 'al-Tauhid' handelt es sich weniger um eine Gemeinschaft oder Organisation als vielmehr um eine ideologisch-religiös ausgerichtete Bewegung Gleichgesinnter. Auf der Grundlage eines aggressiv-militanten Fundamentalismus soll der weltweite Jihad aller Glaubensbrüder gefördert und unterstützt werden. 'Al-Tauhid' richtet seine Aktivitäten vorrangig gegen israelische Ziele und Interessen. Die Anhänger sind in ein internationales, konspirativ agierendes

Netz eingebunden, das die logistische und finanzielle Unterstützung sicherstellt. Der Sitz der Bewegung in Europa ist in Großbritannien. Als religiöse Führungspersönlichkeit gilt der dort lebende Prediger Abu Qatada, der zur Zeit der Drucklegung dieser Broschüre in Großbritannien unter Hausarrest steht.

Im April 2002 wurde in Nordrhein-Westfalen eine Zelle der 'al-Tauhid'-Bewegung ausgehoben, die Anschläge in Düsseldorf und Berlin geplant hat. In einem ersten Verfahren ist einer der Angeklagten wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung sowie Passfälschung zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Der Prozess gegen vier weitere Beschuldigte endete im Oktober 2005 mit einer Verurteilung zu fünf bis acht Jahren Freiheitsstrafe. Nach den im Prozess bekannt gewordenen Einzelheiten lag die operative Leitung der 'al-Tauhid'-Zelle bei dem Jordanier Abu Musab al-Zarqawi, der bis zu seiner Tötung 2006 im Irak Chef von 'al-Qaida im Zweistromland' war und als Hauptverantwortlicher für zahlreiche Anschläge galt. Mit der Person al-Zarqawis bestand eine direkte Verbindung zwischen 'al-Tauhid' und dem Netzwerk um Usama bin Ladin.

2.4 Al-Takfir wal-Hijra (Bezeichnung des Unglaubens und Emigration – TwH)

Auch 'al-Takfir wal-Hijra' stellt weniger eine festgefügte Organisation als vielmehr eine geistig-ideologische Bewegung dar. Sie geht auf das Gedankengut des Ägypters Shukri Mustafa zurück, der der Auffassung war, dass die ägyptische Gesellschaft zur Gänze dem „Unglauben“ verfallen sei. Zunächst strebte er eine friedliche Transformation hin zu einer „wahren islamischen“ Gemeinschaft an, mit dem Ziel, zu einem späteren Zeitpunkt das „gottlose Staatsgebilde“, also Regierung samt Verfassung, zu stürzen. Im Verlaufe seiner Aktivitäten geriet er jedoch mehr und mehr in gewaltsame Konflikte sowohl mit dem ägyptischen Staat wie auch mit Abtrünnigen aus den eigenen Reihen. Nach der Entführung und Ermordung eines ägyptischen Ministers im Jahre 1977 wurde Mustafa festgenommen und im folgenden Jahr hingerichtet. Die bis dahin streng hierarchisch strukturierte 'al-Takfir wal-Hijra' bestand zwar fortan nicht mehr offiziell als Organisation, Mustafas Idee von der vollständigen Entfremdung muslimischer Gesellschaften lebte jedoch fort. Sympathisanten der TwH bauten in den Folgejahren Kontakte nach Pakistan, in die Golfstaaten, in die Türkei, nach Syrien, Jordanien, Libyen, Sudan, Libanon und in die Maghrebstaaten, insbesondere Algerien, auf. Die Ideologie der TwH prägte eine Reihe militant-islamistischer Gruppierungen und Organisationen, wie die algerische GIA, die ägyptische 'al-Gama'a al-Islamiya' und den ebenfalls ägyptischen 'al-Jihad al-Islami'.

Heute sind die Strukturen von 'al-Takfir wal-Hijra' durchsetzt mit Verbindungen zum all-gemeinkriminellen Milieu. Ideologisch legitimiert wird mittlerweile jegliche Straftat, wenn sie nur gegen „Ungläubige“ gerichtet ist. In Nordrhein-Westfalen sind dem Umfeld der 'al-Takfir wal-Hijra' nur wenige Einzelpersonen zuzurechnen, die sich zunehmend von der ideologischen Grundlage zu entfernen scheinen.

2.5 Ansar al-Islam (Unterstützer des Islam)

Bei 'Ansar al-Islam' handelt es sich um eine kurdisch-irakische Organisation, die zunächst vor allem gegen die sehr viel einflussreicheren säkularen kurdischen Parteien im Nordirak kämpfte. 'Ansar al-Islam' entstand im September 2001 als Nachfolgeorganisation von 'Jund al-Islam' ('Armee des Islam'). Im Dezember 2001 übernahm der im norwegischen Exil lebende Mullah Krekar ihre Leitung. Krekar hatte sich in den 1990er Jahren in Afghanistan aufgehalten. Mittlerweile ist er von Abdullah al-Shafi als Anführer abgelöst worden. Dem Jordanier Abu Musab al-Zarqawi (vergleiche auch 'al-Tauhid'), der im Irak gleichzeitig auch als Anführer der 'Jama'at al-Tauhid wal-Jihad' ('Gruppe der Einheit Gottes und des Jihad') in Erscheinung getreten ist, wurden ebenfalls enge Bindungen zur 'Ansar al-Islam' nachgesagt. Al-Zarqawi wurde die Verantwortung für eine Vielzahl von blutigen Terroranschlägen gegen die Koalitionskräfte sowie gegen die irakische Bevölkerung zugeschrieben. Im Jahr 2004 hat sich die 'Ansar al-Sunna' ('Unterstützer der Lehren der Prophetentradition') von 'Ansar al-Islam' abgespalten, ohne dass tiefer gehende ideologische Unterschiede erkennbar geworden wären.

'Ansar al-Islam' verfügt im Nordirak vermutlich über 500 – 700 Kämpfer und vertritt dort einen radikalen und puristischen Islam mit dem Ziel, im kurdischen Siedlungsgebiet einen islamischen Staat nach dem Vorbild der Taliban in Afghanistan zu errichten. In Irakisch-Kurdistan versucht die Organisation, ihren Forderungen mit brutalen Gewaltaktionen gegen Andersdenkende Nachdruck zu verleihen. Wenngleich der Irak ihr hauptsächliches Operationsfeld ist, sind Anhänger der Organisation auch im Ausland aktiv und leisten von dort aus Schleuser- und Unterstützertätigkeiten. Zwischen 'Ansar al-Islam' und dem Netzwerk um Usama bin Ladin sollen enge Beziehungen bestehen, die zum Teil noch aus Zeiten gemeinsamer Kampferfahrung in Afghanistan stammen.

In Deutschland verfügt 'Ansar al-Islam' nicht über festgefügte Strukturen, wohl aber über eine Anhängerschaft von etwa 100 Personen, die die Organisation in finanzieller und logistischer Hinsicht unterstützen und mit ihren Zielen sympathisieren. Die Mehrzahl von ihnen lebt in Süddeutschland. In Nordrhein-Westfalen werden 'Ansar al-Islam' nur Einzelpersonen zugerechnet.

Ein Mitglied der 'Ansar al-Islam', der irakische Kurde Lokman Amin Mohammed, genannt Lokman, wurde am 12. Januar 2006 im ersten deutschen Prozess wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland vom Oberlandesgericht München zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren verurteilt. Lokman habe, so das Urteil des Gerichts, die 'Ansar al-Islam' u. a. durch das Sammeln von Geldern sowie die Beschaffung von technischem Gerät unterstützt. Darüber hinaus habe er mehrere Personen für den Jihad im Irak rekrutiert.

Drei weitere Mitglieder der 'Ansar al-Islam' wurden vom Oberlandesgericht Stuttgart wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung und der Planung eines Anschlags auf den früheren irakischen Ministerpräsidenten Ijad Allawi während dessen Berlin-Besuch im Dezember 2004 zu Haftstrafen von siebeneinhalb, acht und zehn Jahren verurteilt.

2.6 Tablighi Jama'at (TJ)

Die Gründung der 'Tablighi Jama'at' (TJ) in Indien im Jahr 1927 durch Maulawi Muhammad Ilyas, einen Anhänger der sogenannten Deoband-Schule, ist vor dem Hintergrund der britischen Kolonialherrschaft auf dem indischen Subkontinent als Abgrenzungsstrategie der Muslime gegenüber aggressiven hinduistischen Bewegungen zu bewerten, die die Muslime als "abtrünnige Hindus" zwangsbekehren wollten. Seit den 1960er Jahren ist die TJ auch in Deutschland aktiv. Sie ist eine streng konservative sunnitische Bewegung, deren Mitglieder großen Wert auf die wortgetreue Ausübung islamischer Vorschriften und die Befolgung der islamischen Riten legen. Die Missionierungsarbeit der TJ richtet sich vor allem an "verirrte Muslime", die vom „rechten Weg“ des Islam, abgekommen seien. Eine gezielte Bekehrung Andersgläubiger ist nicht das Ziel ihrer Missionierungsarbeit.

Struktur und Methoden

Das geistige Zentrum der 'Tablighi Jama'at' befindet sich in Lahore/Raiwind, Pakistan. Die organisatorische TJ-Zentrale ist in Nezamuddin (Delhi/Indien) angesiedelt; ein weiteres „Gründerzentrum“ befindet sich in Tongi, Bangladesch. In Großbritannien (Dewsbury, Leeds) verfügt die TJ über ein europäisches Zentrum, wo die TJ-Europa-Shura („Rat“), der auch ein deutsches TJ-Mitglied angehören soll, ansässig ist. Allerdings hat dieses Zentrum keinen vergleichbaren Stellenwert wie Raiwind, Nezamuddin oder Tongi. Von Großbritannien aus werden überwiegend die europäischen Treffen der TJ organisiert, so dass zwar ein zentraler Charakter besteht, jedoch ohne jegliche Weisungsbefugnis. Die größte Anhängerschaft in Europa dürfte sich in Großbritannien mit seiner nennenswerten

pakistanischstämmigen Minderheit finden. In Frankreich operierte die TJ bereits zeitlich vor den heute aktiven Islamistengruppen, so dass dort vielleicht sogar von einer Vorbereitung für islamistisches Gedankengut durch die religiöse Erneuerungsbestrebung der TJ gesprochen werden kann. Als deutsches Zentrum gilt Friedrichsdorf (Hessen).

Die TJ beharrt auf einer wortgetreuen Auslegung muslimischer Traditionen und Gebote. Durch ein beispielgebendes frommes Leben und die selbstlose Missionsarbeit der Mitglieder soll der Islam weltweit verbreitet werden. Auch wenn die Bewegung an sich als friedfertig und frei von einer politischen Zielsetzung gilt, steht sie aufgrund von tatsächlichen Anhaltspunkten im Verdacht, durch ihre netzwerkartigen Strukturen den internationalen Terrorismus mittelbar zu fördern und durch die strengreligiöse Anleitung ihrer Anhänger den geistigen Nährboden für die Rekrutierung von Jihad-Kämpfern zu bereiten.

Die TJ unterteilt ihre Missionsreisen in verschiedene, zeitlich definierte Abschnitte. Die monatliche Durchführung der 3-Tages-Mission („Jama'a“) ist eine Pflicht für jedes Mitglied. Hierbei handelt es sich zumeist um Wochenendreisen in benachbarte Städte. Neben der 3-Tages-Jama'a gibt es noch die 40-tägige Jama'a, die überwiegend in Missionsgruppen absolviert wird. In Gruppen von drei bis fünf Personen reisen die Anhänger der TJ durch ein vorher bestimmtes Gebiet und versuchen, in Moscheen insbesondere sozial benachteiligte Jugendliche in persönlichen Gesprächen für religiöse Schulungslehrgänge in Pakistan anzuwerben. Die 4-monatige Jama'a ist die aufwändigste Missionsreise und kann die Anhänger auch ins Ausland führen. Jedes Mitglied sollte in seinem Leben zumindest eine 40-tägige Reise in eines der Gründerzentren der TJ nach Pakistan, Indien oder Bangladesch absolviert haben.

Die verantwortlichen Mitglieder in den einzelnen Städtegruppen erhalten ihre Zielvorgaben direkt von den führenden TJ-Funktionären aus Pakistan/Indien. Hochrangige Funktionäre aus Pakistan/Indien besuchen auch in regelmäßigen Abständen die einzelnen Deutschlandgruppen, um die Arbeit zu kontrollieren und eventuelle Streitigkeiten zwischen den jeweiligen Gruppen zu schlichten. Im Rahmen der Deutschlandtreffen reisen diese Führungsmitglieder meist donnerstags an und besprechen in kleinem Rahmen Details in Bezug auf die Missionierungsarbeit und Zielvorgaben. Die Ergebnisse werden dann den TJ-Anhängern auf dem offiziellen Teil dieser Treffen, ab Freitag, mitgeteilt. Was darüber hinaus noch in dem Führungskreis besprochen und organisiert wird, ist nicht bekannt.

Internationales Netzwerk und terroristische Verbindungen

Durch die weltweiten Missionsreisen hat die 'Tablighi Jama'at' ein großes Netzwerk an Kontakten aufbauen können, das auch für terroristische Zwecke nutzbar gemacht und

missbraucht werden kann. In Einzelfällen wurde bekannt, dass in den sogenannten Madrassen (religiöse Ausbildungszentren) der TJ in Pakistan gezielt nach Rekruten für die Arabischen Mujahidin in Afghanistan gesucht worden ist. Die Bewegung bietet sich damit als eine Art Sprungbrett für radikal islamistisch orientierte Personen an.

Auch im Rahmen des 'al-Tauhid'-Prozesses beim Oberlandesgericht Düsseldorf (Urteilsverkündung am 26. Oktober 2005) wurden aufgrund einer Zeugenaussage unmittelbare Kontakte von TJ-Anhängern zu 'al-Qaida' und Usama bin Ladin deutlich. Mehreren Personen, die im Rahmen des Prozesses als Zeugen geladen waren, wurden Aufenthalte in einem Ausbildungslager der 'al-Qaida' sowie Tätigkeiten in der Leibwache des Usama bin Ladin nachgewiesen.

Einzelpersonen wie der „amerikanische Taliban“ John Walker Lindh oder der als „Schuhbomber“ bekannt gewordene Brit Richard Reid sollen über die TJ den Weg zu Organisationen wie der 'al-Qaida' und somit zum internationalen Terrorismus gefunden haben. Allerdings kann nicht abschließend beurteilt werden, ob die TJ tatsächlich zur Radikalisierung dieser Personen aktiv beigetragen hat, oder ob lediglich ihre Strukturen ausgenutzt worden sind. Zutreffend ist, dass sich durch intensive Schulungen mit einem fundamentalistischen Islamverständnis indoktrinierte TJ-Anhänger eher für die von terroristischen Netzwerken verbreiteten Parolen und ihre Jihad-Ideologie gewinnen lassen.

Tablighi Jama'at in Nordrhein-Westfalen

Die Organisation verfügt über wenige eigene Moscheen und weicht daher oft auf türkische, selten arabische Moscheen aus. Die bekanntesten eigenen TJ-Moscheen in Nordrhein-Westfalen sind jedoch gut strukturiert und verfügen über einen festen Anhängerkreis.

Die einzelnen Moscheen in Nordrhein-Westfalen pflegen engen Kontakt untereinander. Diese Verbindungen ergeben sich zumeist über die jeweiligen Führungspersönlichkeiten. Vor allem in Köln, Düsseldorf und Bochum sind offensichtlich maßgebliche Führungspersönlichkeiten der TJ-NRW vertreten.

Unter den Anhängern der TJ finden sich auch Konvertiten. Diese neigen dazu, sich besonders zu engagieren, weil sie sich vermutlich als „wahre Gläubige“ beweisen wollen. Damit sind sie für die Missionsbemühungen der TJ ein besonders attraktives Ziel.

2.7 Muslimbruderschaft (MB)

Die 1928 von Hasan al-Banna gegründete 'Gemeinschaft der Muslimbrüder Ägyptens' ('Jama'at al-Ikhwān al-Muslimīn fi Misr') ist die älteste und zugleich bedeutendste Bewegung des politischen Islam. Die 'Muslimbruderschaft' (MB) ist eine hierarchisch strukturierte Organisation. Sie besteht aus einer beratenden Versammlung (Shura), einer Generalversammlung und einem Exekutivrat. Daneben gibt es Komitees für Mission, Bildung, Jugend usw. An der Spitze steht ein gewählter Repräsentant der MB, der sie nach außen vertritt. Neben den formellen Strukturen bestehen zahlreiche informelle, die in ungezählten Unter- und Zweigorganisationen einen Überblick für jeden Außenstehenden sehr schwierig machen. Hinzu kommt, dass nur einige Repräsentanten sich öffentlich zur MB bekennen, die meisten mutmaßlichen Mitglieder ihre Zugehörigkeit aber offiziell von sich weisen.

Das Zentrum und die Führung der Gesamtorganisation liegt nach wie vor bei der ägyptischen 'Muslimbruderschaft', auch wenn die MB nach eigenen Angaben heute in mehr als 70 Ländern verbreitet ist. Die regionalen Organisationen der MB sind über internationale Organisationen weitgehend vernetzt. Dazu gehören internationale Dachorganisationen ebenso wie Stiftungen, Hilfsorganisationen und Think-Tanks. An der Finanzierung dieser vielfältigen Aktivitäten sollen vor allem Geldgeber von der Arabischen Halbinsel einen erheblichen Anteil haben.

Ziel der 'Muslimbruderschaft' ist die Islamisierung der Gesellschaft(en), vornehmlich auf dem Weg von Reform und Erziehung. Allerdings bildete sich bereits in den 1940er Jahren ein Geheimapparat heraus, dessen Aufgabe militärische Aktionen im Sinne der Bruderschaft waren. Beim Sturz der Monarchie in Ägypten 1952 arbeitete die MB zunächst mit den putschenden 'Freien Offizieren' zusammen. Doch schon bald begann das neue Regime unter Gamal Abd al-Nasser damit, die Bruderschaft zu verfolgen und ihre Mitglieder zu inhaftieren. Mit der Hinrichtung von Sayyid Qutb 1966 verlor die Bruderschaft einen ihrer wichtigsten Ideologen, der durch seinen gewaltsamen Tod einen Märtyrerstatus innerhalb der Bewegung erlangte. Qutbs Schriften stellen einen entscheidenden Schritt auf dem Weg hin zum gewalttätigen Islamismus dar. Qutb entwarf das Bild einer Gesellschaft in einem Zustand der „Unwissenheit“ (arab. jahiliya), die sich gänzlich von den Lehren des Islam entfernt habe. Seine Ideen haben bis heute großen Einfluss auf zahlreiche Anhänger der islamistischen Bewegungen. Sie können einerseits als radikale Kritik an den herrschenden Verhältnissen in der arabischen Welt gedeutet werden. Andererseits können sie aber auch als Aufforderung verstanden werden, solche Verhältnisse gewaltsam zu verändern.

Die Entstehungszeit der MB ist geprägt von der Abkehr der Mehrheit der islamischen Theologen von den Reformansätzen des Mohammad Abduh und seines Schülers Abd al-Raziq, die gegen Ende des 19. Jh. eine islamisch theoretische Grundlage für die Trennung von Religion (din) und Staat (daula) legten. Zugleich schritt unter der sich ihrem Ende zuneigenden Kolonialherrschaft die Verwestlichung und Säkularisierung der arabisch-islamischen Gesellschaft stark voran. In den Unabhängigkeitsbewegungen der arabischen Welt Mitte des 20. Jahrhunderts spielte die MB daher nur eine untergeordnete Rolle. Angeführt wurde der Antikolonialismus vielmehr von nationalistischen säkularen Gruppen. Nach Erlangung der Unabhängigkeit versuchte die MB sich erneut ins politische Geschehen einzumischen, wurde aber vor allem in Ägypten, ihrem Ursprungsland, unter Nasser stark verfolgt. In dieser Zeit entstanden auch die Werke von Sayyid Qutb.

Die Situation der MB-Organisationen stellt sich in den einzelnen Staaten der islamischen Welt heute sehr unterschiedlich dar. Während die MB beispielsweise in Jordanien als politische Partei organisiert und im Parlament vertreten ist, ist sie in Ägypten weiterhin verboten und wird politisch verfolgt. Darüber hinaus ist sie in vielen Ländern als zivilgesellschaftliche Organisation eine beachtliche Größe, die trotz Verbot nicht ignoriert werden kann.

Ideologie

Die Ideologie der MB wurde bereits in Kapitel 1.1 dargestellt, da sie auf die meisten Gruppierungen des sunnitischen Islamismus ausgestrahlt hat. Im Kern forderte ihr Gründer Hasan al-Banna (1906 – 1949) eine Rückbesinnung auf die Religion, die das „wahre Wesen“ des Islam wieder zum Leben erwecken würde, und die Herrschaft der Religion in allen Bereichen der Politik. Das „wahre Wesen“ des Islam glaubte er in der Zeit der ersten islamischen Gemeinde zu Lebzeiten des Propheten Muhammad entdeckt zu haben. Die Frühzeit des Islam, in ahistorischer Weise zum „goldenen Zeitalter“ verklärt, wurde idealisiert und sollte fortan auch für die modernen Muslime richtungweisend sein. Die Spaltungen, die die islamische Gemeinschaft seither erlebt habe, sowie der Niedergang ihrer Macht und die Erfahrungen des Kolonialismus und Imperialismus, die sie habe erleiden müssen, seien nur durch eine Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln und Glaubensfundamente zu überwinden.

Grundlage einer solchen islamisch-politischen Ordnung ist das auf Koran und Prophetentradition (Sunna) basierende islamische Recht (Scharia), das auch als ein politisches und gesellschaftliches Ordnungsprinzip begriffen wird. Die Scharia wird deshalb auch von einigen islamistischen Denkern als „islamisches Grundgesetz“ bezeichnet. Als ein für alle Zeiten und Orte gültiges System aufgefasst, wird die Scharia einer kritischen Hinterfragbarkeit entzogen.

Nach dem Verständnis der MB ist der Islam eine untrennbare Einheit von Politik und Religion. Er repräsentiert ein umfassendes System, das sich auf jeden Lebensbereich bezieht und Lösungen für alle politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme anbietet. Kurz gefasst beschreibt es der Slogan der MB so: „Der Islam ist die Lösung!“

Viele Themen und Aussagen, die ursprünglich von Mitgliedern der MB formuliert worden sind, finden sich heute in anderen islamistischen Bewegungen wieder. Das zentrale Element ihrer islamistischen Weltsicht stellt die Forderung nach dem „islamischen Staat“ als Erfüllung göttlichen Willens auf Erden dar. Darüber hinaus vertrat der bedeutende Ideologe Sayyid Qutb (1906 – 1966) die These, dass die existierenden Gesellschaften in der islamischen Welt und ihre Herrscher sich im Zustand des „Unglaubens“ befänden. Die Gesellschaft müsse deshalb nicht nur zum Islam zurückgeführt, sondern auch die als „ungläubig“ geltenden Herrscher bekämpft werden. Das „für ungläubig Erklären“ (takfir) von Herrschern und Gesellschaft sowie der Gedanke des Kampfes zur Durchsetzung des Islam (Jihad) wurden auf diese Weise von Qutb in die Vorstellungswelt des Islamismus eingebracht. Daraus entwickelten sich verschiedene Strömungen. Eine davon zog die Schlussfolgerung, dass der „wahre Gläubige“ sich aus der gesamten „unislamischen“ Gesellschaft zurückziehen müsse (hijra), um diese dann zu bekämpfen (‘al-Takfir wal-Hijra’). Andere stellten den – als militanten Kampf, nicht als „inneres Ringen“ verstandenen – Jihad gegen Herrscher und Regierungen in den Vordergrund und sahen darin eine religiöse Pflicht. Diesem Gedanken fiel der ägyptische Präsident Sadat 1981 zum Opfer.

Der „unislamischen“ Herrschaft wird dabei das Konzept der „Gottesherrschaft“ („Hakimiyyat Allah“) in einem „islamischen Staat“ entgegengesetzt. Dieses maßgeblich von dem indischen Gelehrten Sayyid Abu A’la al-Maududi (1903 – 1979) entwickelte Konzept stellt nicht die Gesellschaft, sondern Staat und Herrschaft in den Mittelpunkt der Überlegungen. Gehorsam sei der Mensch allein Gott, nicht anderen Menschen schuldig. Von Menschen gemachte Ordnungen, wie die westlichen Demokratien, seien darüber hinaus mit Mängeln behaftet. Sie führen zur Herrschaft des Menschen über den Menschen und zu all den in der Welt sichtbaren Problemen. Nur die Herrschaft Gottes, bei der die Menschen lediglich als „Statthalter“ fungieren und sich bei ihrem Handeln streng an der auf Koran und Sunna basierenden Scharia orientieren, sei ohne Mangel. Ein eigenständiges politisches Handeln und die Entwicklung von Ordnungsmodellen durch den Menschen werden deshalb strikt abgelehnt. Daraus ergibt sich zwangsläufig eine Zurückweisung von Demokratie und Volkssouveränität. Sowohl in Kreisen der MB als auch bei anderen islamistischen Bewegungen haben al-Maududis Ideen so oder in ähnlicher Form Eingang gefunden. Manche zeitgenössische Islamisten rückten hiervon jedoch wieder ab und gestehen dem Menschen zu, nach eigenen Vorstellungen politische Ordnungen gestalten zu können.

Ziele und Methoden

Ziel der MB ist die Errichtung eines „islamischen“ Staates, das heißt eines Staates, in dem die Scharia, die islamische Rechts- und Lebensordnung, uneingeschränkt gilt und islamische Institutionen die Politik und das öffentliche Leben bestimmen. Unter „islamisch“ versteht die MB dabei eine Gesellschaft, die von westlichen Einflüssen frei ist, „sich durch ein traditionelles, konservatives Islamverständnis auszeichnet und am Koran und an den Überlieferungen des Propheten orientiert. Um dieses Ziel zu erreichen, soll zunächst an der gesellschaftlichen Basis ein „wahres“ islamisches Bewusstsein geschaffen werden. Hierfür soll zunächst dem einzelnen Muslim das „wahre“ Glaubensverständnis nahe gebracht werden. So entstünden immer mehr islamische Familien im Sinne der MB, die dann wiederum eine „wahrhaft islamische“ Gesellschaft hervorbrächten. Schließlich würde die Gesellschaft den „islamischen Staat“ schaffen. Diese Staaten könnten sich dann zusammenschließen und einen Kalifen ernennen.

Auch wenn nicht alle Vordenker der MB starr an genau dieser Abfolge der Schritte festhalten, spiegelt sie doch die Vorstellungen der Hauptströmung in der MB wider. Diese von der gesellschaftlichen Basis ausgehende Strategie führt dazu, dass von Seiten der MB der Bildungs- und Erziehungsarbeit ein besonders hoher Stellenwert eingeräumt wird. Daneben ist die MB aus dem gleichen Grund im karitativen und sozialen Bereich sehr aktiv.

So wie der Umgang der jeweiligen Regierungen mit der MB stark variiert, sind auch deren konkrete Methoden bei der Verfolgung des Zieles von Land zu Land unterschiedlich. Die nationalen beziehungsweise regionalen Zweige der MB agieren weitgehend selbstständig, ohne eine zentrale Führung. Ihre Methoden reichen von aktiver und konstruktiver Teilnahme an der Politik des Landes bis hin zur fundamentalen Opposition als verbotene und unterdrückte Gruppierung und dem Einsatz von Gewalt und Terror.

Ein Kennzeichen der MB ist dabei ihre Aufspaltung in Unter- und Zweigorganisationen. Die Aufgliederung in kleinere Einheiten ermöglicht es, sich den jeweils herrschenden politischen Rahmenbedingungen anpassen zu können. Die gebildeten Zirkel sollen dabei nie zu schnell wachsen, damit sie sich nicht von der MB abkoppeln. Für alle Mitglieder, auch in den Unterorganisationen gilt die absolute Loyalitätspflicht gegenüber den Leitern der nächst höheren Hierarchiestufe. Das eigentliche Ziel dieser Verzweigung ist es, auf möglichst allen gesellschaftlichen Feldern eine „islamische Alternative“ anzubieten und neben den säkularen staatlichen entsprechende Parallelstrukturen zu errichten. Langfristig sollen diese sich durchsetzen und die Gesellschaft islamisieren. Die Methoden der MB variieren je nach den konkreten politischen Umständen innerhalb derer sie agiert. Auch

wenn die internationale MB legalistisch vorgeht, wird die Anwendung von Gewalt keineswegs grundsätzlich abgelehnt.

Viele militante Gruppierungen, die in den letzten dreißig Jahren entstanden sind, hatten ihre geistige Heimat zunächst in den Reihen der MB. Dies trifft auf die in den 1970er Jahren entstandenen ägyptischen MB-Ableger 'al-Jihad al-Islami' ('Islamischer Jihad'), 'al-Gama'a al-Islamiya' ('Islamische Gemeinschaft' – GI) und 'al-Takfir wal-Hijra' ('Bezeichnung des Unglaubens und Emigration' – TwH) zu; ebenso auf die algerische 'Front Islamique du Salut' (FIS) und die palästinensische HAMAS, die beide seit den späten 1980er Jahren aktiv sind. Manche davon (GI, FIS) haben den militanten Kampf zumindest in ihren Hauptströmungen mittlerweile wieder aufgegeben und versuchen ihre Ziele auf legalistischem Wege zu verfolgen. Das heutige Verhältnis der MB-Mutterorganisation zur Gewalt ist zwiespältig. Während Anschläge wie die des 11. September 2001 verurteilt werden, weil dort Unschuldige getötet worden seien, gelten Selbstmordanschläge und andere Formen des bewaffneten Kampfes im Palästina-Konflikt als legitim. Die Auseinandersetzung um Palästina wird als Verteidigungsfall der islamischen Gemeinschaft dargestellt, der den gewaltsamen Jihad rechtfertigt. Für die MB sind die palästinensischen Selbstmordattentäter Märtyrer, die für die Sache des Glaubens in den Tod gegangen sind.

Der politische Kampf der MB richtet sich zentral gegen die eigenen Regierungen, in denen sie vorrangig Despoten und Handlanger ausländischer Interessen sieht. Sich selbst dagegen betrachtet sie als Widerstandskraft gegen Kolonialismus und Zionismus. Sehr pauschal wird westlicher Lebensstil und die zugrunde liegende politische Ordnung als Ursprung allen Übels und als verabscheuenswert verurteilt.

MB in Deutschland

Strukturen der MB sind in Deutschland vor allem bei der 'Islamischen Gemeinschaft in Deutschland' (IGD) und dem 'Islamischen Zentrum Aachen' (IZA) anzutreffen. Zu diesen gehören wiederum verschiedene Unterorganisationen. Die IGD, die ihr wichtigstes Zentrum in München hat, steht der ägyptischen MB nah, das IZA mit der „Bilal-Moschee“ wird dem syrischen Zweig zugerechnet. Sowohl die IGD als auch das IZA sind Mitglieder im 'Zentralrat der Muslime in Deutschland' (ZMD). Verbindungen zum anderen islamischen Spitzenverband in Deutschland, dem 'Islamrat', bestehen bei der IGD ebenfalls. Die Anhängerschaft dieser beiden Organisationen samt ihren Unterorganisationen beträgt bundesweit circa 1.300, in Nordrhein-Westfalen etwa 320 Personen. Von diesen auch in der Öffentlichkeit bekannteren Organisationen abgesehen, gibt es etliche Vereine und Gruppen, die bei näherer Betrachtung eine deutliche Nähe zu den Überzeugungen der MB erkennen lassen.

Die MB-nahen Organisationen führen zu einer Veranstaltung mit Event-Charakter durch, bei denen über Spaß und Lebensfreude unterschwellig eine politische Botschaft transportiert wird. Zum anderen wird um Solidarität mit den muslimischen Geschwistern geworben, die dann auch in Form von Spenden eingefordert wird. Ein nicht unwesentlicher Teil der Aktivitäten bezieht sich auf islamische Bildung und Fortbildung. Politische Inhalte werden dabei meist geschickt mit religiösen Themen vermischt und getarnt.

Bei gleichzeitiger Übereinstimmung mit den ideologischen Grundlinien ist für die Akteure der MB in Deutschland wie in Europa allerdings festzustellen, dass die inhaltlichen Diskussionen von anderen Schwerpunkten bestimmt werden. Hier ist insbesondere die Debatte um die Vereinbarkeit des Islam mit einem westlichen Verständnis von Menschenrechten und Demokratie auf offizieller Ebene bedeutsam.

Gleichzeitig jedoch zirkulieren in MB-nahen Organisationen in Deutschland und Europa weiterhin extremistische Positionen, wie sie sich zum Beispiel in den Rechtsgutachten des 'Europäischen Fatwa-Rates' ('European Council for Fatwa and Research' – ECFR) niederschlagen. Die mit der MB verbundenen Organisationen versuchen, durch die Einrichtung und Nutzung europäischer Institutionen wie des ECFR und der FIOE (siehe unten) eine religiöse wie kulturelle Hegemonie über die Muslime in Europa und damit die Deutungskompetenz in Fragen, die den Islam und die Muslime in Europa betreffen, zu erlangen.

Darüber hinaus sind in Deutschland Anhänger von regionalen MB-Organisationen aktiv, die keine offiziellen Vereinsstrukturen aufweisen. Sie sind hier auch nur mit einer kleinen Anhängerschaft vertreten und unterstützen die jeweilige Heimatorganisation durch Propaganda und Spenden, zum Teil auch logistisch. Es handelt sich dabei um die palästinensische HAMAS, die algerischen Gruppen FIS, GIA und GSPC, die tunesische 'al-Nahda' (Wiedergeburt) und die ägyptischen Gruppen GI und JI (siehe Kapitel 2.7 bis 2.15).

2.8 Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)

In Deutschland kann die 'Islamische Gemeinschaft in Deutschland' (IGD) als Hauptrepräsentantin der MB angesehen werden. Mehrere sogenannte Islamische Zentren dienen ihr als Treffpunkte und Orte für ihre Aktivitäten. Neben dem Hauptsitz, dem 'Islamischen Zentrum München' (IZM), bestehen Zentren in Münster und Köln, sowie anderen Städten in Deutschland. Kooperationen finden in Nordrhein-Westfalen mit Zentren in Wuppertal, Bonn, Gelsenkirchen, Siegen, Solingen, Düsseldorf, Iserlohn und Bielefeld statt. 1960 gründete der im Exil lebende ägyptische Muslimbruder Dr. Said Ramadan in München die 'Moscheebau-Kommission e.V.'. Zwei Jahre später wurde diese in 'Islamische Gemein-

schaft in Süddeutschland e.V.' (IGSD) umbenannt. Ihr Hauptsitz wurde das 1973 in München fertig gestellte IZM, das von 1984 – 87 von dem heutigen Führer der ägyptischen MB, Muhammad Mahdi Akif, geleitet wurde. 1982 änderte die IGSD ihren Namen in 'Islamische Gemeinschaft in Deutschland' um.

Die IGD, deren Präsident in einem Filmbeitrag der ARD vom obersten Führer der MB in Ägypten als „Chef der 'Muslimbrüder' in Deutschland“ bezeichnet worden sein soll, ist personell und strukturell mit anderen islamistischen Organisationen in Europa eng verbunden und Gründungsmitglied der 'Föderation islamischer Organisationen in Europa' (FIOE), die als Dachorganisation der MB in Europa gilt. Eine zentrale Organisation der FIOE ist auch der ECFR. Vorsitzender dieses Rates ist der von der MB als Vordenker anerkannte islamische Gelehrte Dr. Yusuf al-Qaradawi. Mit seinen Fatwas ist der Rat für die angeschlossenen Organisationen wie FIOE aber auch für die europäische 'Milli Görüs' eine entscheidende Instanz. Die konservative Haltung des Rates führt jedoch dazu, dass seine Fatwa-Regelungen in manchen Rechtsbereichen in einem klaren Gegensatz zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen. Dies gilt insbesondere für ein dort herausgegebenes Gutachten, das den „Abfall vom Glauben“ (Apostasie) als ein mit dem Tode zu bestrafendes Verbrechen darstellt. Darüber hinaus hat Yusuf al-Qaradawi auch Anschläge gegen Zivilisten in Israel und in den besetzten Gebieten sowie gegen Amerikaner im Irak religiös gerechtfertigt.

Bei Kontakten zu anderen Organisationen sind insbesondere die Beziehungen zur türkischen 'Milli-Görüs-Bewegung' auffällig. Eine Zusammenarbeit zwischen der islamistischen 'Milli Görüs' und der IGD findet dabei vor allem im Bereich von wirtschaftlichen Aktivitäten, nicht zuletzt beim Immobilienerwerb, statt. Ihr Einfluss reicht jedoch auch in islamische Organisationen hinein, die nicht von vorne herein als islamistisch angesehen werden können.

Im Umfeld des IZM betrieb die IGD bzw. eine ihr nahestehende Organisation eine islamische Schule sowie einen Kindergarten. Die rückwirkende Aberkennung der Gemeinnützigkeit durch die Regierung von Oberbayern 1999 führte im weiteren Verfahren zum Auslaufen der Betriebserlaubnis für die Schule im Juli 2005. Auch in Münster wird vom Islamischen Zentrum ein Kindergarten unterhalten.

Die IGD besitzt mit ihren islamischen Zentren Zweigstellen, die ihr als direkte Mitglieder angehören. Außer diesen Zweigstellen sind auch eigenständige Vereine der IGD zugehörig. Darüber hinaus kann auch die 'Muslim Studentenvereinigung in Deutschland e.V.' (MSV) als Nebenorganisation der IGD angesehen werden. So begünstigt die MSV im Auflösungsfall

die IGD, immer wieder waren die Vorsitzenden der MSV zugleich Mitglieder oder sogar Vorsitzende der IGD, und schließlich befindet sich der Sitz der MSV in der Frankfurter Zweigstelle der IGD. Engste Beziehungen bestanden auch zum 'Islamischen Zentrum Köln e.V.' (IZK), bis dieses sich 1998 auflöste. Über das IZK wurden wiederum enge Kontakte zur türkisch-islamistischen 'Milli-Görüs'-Bewegung unterhalten.

Die diversen Verbindungen und Verzweigungen der IGD sind sehr komplex und für einen Außenstehenden nicht leicht zu durchschauen. Die Zugehörigkeit zur MB wird offiziell von Vertretern der IGD bestritten, gilt aber innerhalb islamischer Kreise mit engen Kontakten zur IGD als offenes Geheimnis.

Deshalb verwundert es nicht, dass die ideologische Nähe der IGD zu den Ansichten der MB in ihren Veröffentlichungen immer wieder offensichtlich wird. Ganz im Sinne der MB-Ideologie heißt es beispielsweise auf der Homepage des IZM, dem Hauptsitz der IGD zum Thema Geschlechterbeziehungen:

„Im Islam geht es darum, unter Berücksichtigung der Verschiedenheit der Geschlechter Gerechtigkeit zwischen beiden herzustellen. Daher hat Gott Mann und Frau bestimmte Rechte und Pflichten zugewiesen, die ihrer jeweiligen Natur gerecht werden. Wenn sie sich jedoch von ihrer Natur entfernen, kommt dies einer Gleichmachung nahe.“

2.9 Islamisches Zentrum Aachen (Bilal-Moschee) e.V. (IZA)

Das IZA wurde in den 1960er Jahren auf Initiative des exilierten Führers der syrischen MB, Prof. Issam el-Attar, in Aachen gegründet, einem Hochschulstandort, an dem viele Technik-Studenten aus islamischen Ländern ihr Studium absolvierten. Im Jahre 1981 spaltete el-Attar das IZA von der IGD ab. Seine Anhängerschaft nannte er 'Islamische Avantgarden'. Frühere Unterorganisationen haben heute ihre Tätigkeit eingestellt.

Nach außen gibt sich das IZA stets moderat und dialogbereit. Zugleich pflegt es jedoch enge Kontakte zu islamistischen Kreisen und bietet ihnen ein Forum. Aktivitäten und Publikationen des IZA werden in andere Foren ausgelagert und die Verbindung verschleiert. Eine glaubwürdige Distanzierung des IZA von der MB ist daher bislang nicht festzustellen.

2.10 Groupes Islamiques Armés (Bewaffnete islamische Gruppen – GIA)

Der nationale algerische Zweig der 'Muslimbruderschaft' gründete 1988 die 'Islamische Heilsfront' (FIS), die nach der Liberalisierung des algerischen Einparteiensystems im Frühjahr 1989 als erste islamische politische Partei zugelassen wurde. Der Ideologie der FIS zufolge sollen Staat und Gesellschaft strikt an der Scharia ausgerichtet sein. Als sich bei den Wahlen Ende 1991 ein Sieg der FIS abzeichnete, wurden die Wahlen vom algerischen Regime annulliert und das Militär ergriff die Macht. Die FIS wurde Anfang 1992 verboten. In der Folge kam es in Algerien zu jahrelangen bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Von der FIS, deren herausragende Vertreter auch in Nordrhein-Westfalen Zuflucht fanden, spalteten sich neben ihrem militärischen Arm, der 'Armée Islamique du Salut' (AIS, bestand 1993–2000) mehrere gewalttätige Zweige ab. Die FIS-Mitglieder und ihre Sympathisanten verhalten sich in Nordrhein-Westfalen seit geraumer Zeit weitgehend inaktiv.

Die 'Bewaffneten islamischen Gruppen' (GIA) entstanden als militante Abspaltung der FIS. Unter ihrem Namen firmieren sie, seit sie sich 1994 von der FIS losgesagt haben. Sie agieren seitdem autonom. Die GIA werden von den besonders strenggläubigen Salafisten dominiert. Sie streben die Errichtung eines weltweiten „Gottesstaates“ mit terroristischen Mitteln an, wobei als Nahziel das algerische Regime beseitigt werden soll. Dabei schreckten die GIA nicht vor Massakern an der Zivilbevölkerung zurück. Anders als die FIS haben die GIA den Terror auch über die Grenzen Algeriens hinaus getragen. Zielscheibe von Anschlägen war Mitte der 1990er Jahre zuvorderst Frankreich, das von Anhängern der GIA als Hauptunterstützerland des ihnen verhassten algerischen Regimes angesehen wurde. In Frankreich rächten sich die GIA im Jahre 1995 nach der gescheiterten Entführung einer Air France Maschine auf der Strecke Algier nach Marseille mit einer Anschlagsserie (unter anderem auf die Metro in Paris), die insgesamt acht Todesopfer und etwa 150 Verletzte forderte.

Im Mai 1995 bedrohten die GIA in einer Erklärung, die in der Zeitung 'al-Sharq al-Ausat' veröffentlicht wurde, FIS-Funktionäre im Ausland für den Fall, dass sie sich nicht binnen eines Monats den GIA anschließen würden. Unter anderem wurden die in Nordrhein-Westfalen lebenden Söhne eines der FIS-Mitbegründer und Rabah Kebir, Leiter der 'Exekutivinstanz der FIS im Ausland', namentlich genannt. Im Juli desselben Jahres wurde Abdelbaki Sahraoui, ein Mitbegründer der FIS, der sich stets gegen Gewalt ausgesprochen hatte, in Paris erschossen.

Rechtfertigung für Massaker in Algerien

In den Jahren ihres terroristischen Wirkens haben die GIA in Algerien neben Anschlagsserien auf Transportsysteme, Kommunikationszentren und die Infrastruktur des Landes unzählige Racheakte gegen Zivilpersonen verübt und zum Teil ganze Dörfer ausgelöscht. In dem bereits seit zwölf Jahren andauernden Bürgerkrieg zwischen der algerischen Regierung und den Kräften des militanten Islamismus sind mehr als hunderttausend Menschen ums Leben gekommen.

Hinter der Vorgehensweise der Gruppe steht eine äußerst radikale Ideologie, die jedes Mittel im Kampf gegen denjenigen erlaubt, der sich ihrer Vision von der Befreiung Algeriens von „unislamischen Einflüssen“ entgegenstellt. Wahllose Gewalt, auch gegen Zivilpersonen, wird als „gerechter Kampf gegen die Ungläubigen“ gerechtfertigt. In dem in mehreren europäischen Hauptstädten zirkulierenden Mitteilungsblatt 'al-Jama'a' rechtfertigte ein GIA-Funktionär im August 1997 ausdrücklich Morde an Unschuldigen, Frauen und Kindern und damit wahllose Gewalt gegen alle „Ungläubigen“ und „Abtrünnigen“. Die fanatischen Eiferer begründen ihre Mordtaten damit, dass ihnen der Koran den Kampf gegen alle Ungläubigen vorschreibe. Wer gläubig oder ungläubig sei, bestimmen sie selbst.

Aktuelle Lage der GIA

Die GIA sind heute ein loser Zusammenschluss von Einzelgruppen, die weitgehend unabhängig voneinander agieren. Die örtlichen Führer der GIA haben sich verselbstständigt und verfolgen als regionale „warlords“ jeweils eigene Interessen. Ein politisches Konzept ist nicht mehr erkennbar. Damit haben die GIA auch ihren anfänglichen Rückhalt in Teilen der Bevölkerung längst verloren. Mitglieder der GIA sind mit islamistischen Gruppen im gesamten Nahen und Mittleren Osten sowie in Zentral- und Südost-Asien vernetzt und unterhalten auch Kontakte zum Terrornetzwerk Usama bin Ladins. Viele ehemalige GIA-Anhänger sollen heute ausschließlich innerhalb dieses Netzwerkes operieren.

In Nordrhein-Westfalen sind bisher nur wenige GIA-Anhänger bekannt geworden, von ihnen gehen keine nennenswerten extremistischen Aktivitäten aus. Dennoch sind einige von ihnen in europaweit agierende Netzwerke eingebunden, die die logistische Unterstützung der in Algerien gewalttätig operierenden Gruppen gewährleisten. Ebenso wenig sollte ihre Gewaltbereitschaft unterschätzt werden.

2.11 Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM); vormals Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat (Gruppe für Predigt und Kampf – GSPC)

Die 'Gruppe für Predigt und Kampf' (GSPC) gilt als die schlagkräftigste und aktivste algerische Terrorgruppe. Sie spaltete sich 1997 unter der Führung von Hasan Hattab von der GIA ab. Die GSPC besteht aus unzähligen Klein- und Kleinstgruppen. Im Gegensatz zur FIS lehnt die GSPC ebenso wie die GIA eine Aussöhnung mit der algerischen Regierung strikt ab.

Hasan Hattab wurde im Herbst 2003 von Nabil Sahraoui, einem ehemaligen GIA-Kämpfer, von der Spitze der GSPC verdrängt. Sahraoui, der seinerseits im Juni 2004 bei Kämpfen mit der algerischen Armee getötet wurde, soll das Operationsgebiet der GSPC über die Landesgrenzen Algeriens hinaus ausgedehnt haben und insbesondere für die Finanzierung von Trainingslagern in Libyen und im Tschad verantwortlich gewesen sein. Nach Sahraouis Tod hat der nationale „Emir“ Abd al-Malik Dardouk (alias Abd al-Wadud) die Führung der GSPC übernommen.

Weltweite Vernetzung

Kleingruppen und Einzelmitglieder der GSPC sind seit Jahren mit dem weltweiten islamistischen Terrornetzwerk verknüpft. Ein Beispiel für Verbindungen der Gruppe zum internationalen Terrornetzwerk sind die Aktivitäten der sogenannten 'Meliani-Gruppe', die einen Anschlag auf den Straßburger Weihnachtsmarkt im Dezember 2000 plante. In Frankfurt/Main wurden vier Personen festgenommen, die dieser Gruppe angehört haben. Die 'Meliani-Gruppe' wird dem Bereich der sogenannten „non-aligned Mujahidin“ zugeordnet, die sich in der Regel um eine Führungspersönlichkeit sammeln, die über vielfältige Kontakte in das Netzwerk der international agierenden Jihadisten eingebunden ist. Die 'Meliani-Gruppe' stimmte ideologisch weitgehend mit der GSPC überein und unterhielt Kontakte zu Islamisten in Frankreich, Großbritannien und Italien.

Im Zusammenhang mit der Festnahme von Mitgliedern der 'Varese-Gruppe' in Italien im April 2001 wurden in Frankfurt und München zwei weitere Mitglieder dieser Gruppe festgenommen. In Zusammenarbeit mit der spanischen und der französischen Polizei konnte am 22. Juni 2001 in Spanien auch Meliani selbst festgenommen werden. Bei der Durchsichtung der Wohnungen der Festgenommenen wurden unter anderem Waffen, 20 Kilo Kaliumpermanganat zur Sprengstoffherstellung und eine Videokassette mit Aufnahmen über Straßburg zur Weihnachtszeit gefunden. Im Prozess vor dem OLG Frankfurt/Main

wurden vier Mitglieder der 'Meliani-Gruppe' im März 2003 wegen des geplanten Anschlages zu hohen Haftstrafen verurteilt. Im selben Jahr machte die GSPC in Deutschland Schlagzeilen durch die Entführung von 32 Sahara-Touristen, für deren Freilassung ein Lösegeld erpresst wurde.

Im September 2006 verkündete der Stellvertreter Usama bin Ladins, Aiman al-Zawahiri, in einem Video, dass die GSPC sich offiziell der 'al-Qaida' angeschlossen habe. Damit ist die GSPC in der 'al-Qaida im Islamischen Maghreb' (AQIM) aufgegangen und setzt ihre terroristischen Aktionen mit prinzipiell gleichgebliebener islamistischer Stoßrichtung fort. Die algerischen Sicherheitsbehörden haben in den letzten Jahren jedoch einige Erfolge gegen die GSPC/AQIM erzielen können, wodurch deren Schlagkraft im Vergleich zu den 1990er Jahren nachgelassen hat.

Bedeutung der GSPC/AQIM für Europa und Nordrhein-Westfalen

Die Gewaltaktionen der GSPC/AQIM werden von Europa aus durch illegale Aktivitäten wie Schleusungen, Materialtransfers und die Beschaffung gefälschter Papiere unterstützt. Ziel ist es, den Mitgliedern der Gruppe Reisebewegungen zu ermöglichen oder ihnen einen gesicherten Aufenthaltsstatus in Europa zu verschaffen.

In Nordrhein-Westfalen verfügt die GSPC/AQIM über keine ausgeprägten Strukturen. Bisher sind lediglich Einzelmitglieder bekannt geworden. Der überwiegende Teil der GSPC-Anhänger ist aber in europaweit agierende Netzwerke zur finanziellen und logistischen Unterstützung der in Algerien sowie im Ausland operierenden Gesinnungsgenossen eingebunden.

2.12 Gama'a Islamiya (Islamische Gemeinschaft – GI)

Die 'Islamische Gemeinschaft' (GI) ist als Abspaltung aus der ägyptischen 'Muslimbruderschaft' hervorgegangen und stellt eine Dachorganisation dar, in der zahlreiche Gruppierungen in einer eher dezentralen Struktur vereint sind. Die GI ist verantwortlich für eine Reihe von Anschlügen in Ägypten in den 1990er Jahren. Zuletzt bekannte sich zu dem spektakulären Anschlag im November 1997 in Luxor, bei dem 58 westliche Touristen getötet wurden.

Die Gruppe bildete sich in den 1970er Jahren, nachdem der ägyptische Präsident Anwar al-Sadat die Abkehr vom Modell des arabischen Sozialismus seines Vorgängers Nasser vollzogen und das Land weit für westliche Einflüsse und Wirtschaftsmodelle geöffnet hatte. Die GI entwickelte sich zunächst an den Universitäten und rekrutierte sich aus den Reihen

unzufriedener Studenten und hatte auch in den folgenden Jahren in der Studentenschaft ihre stärkste Gefolgschaft. Daneben fand sie ihre Anhängerschaft in den Armenvierteln Kairo und in Oberägypten, also in wirtschaftlich unterentwickelten Regionen.

Ideologie der GI

Ideologisch orientiert sich auch die GI an den wesentlichen Leitideen islamistischer Bewegungen, also der Errichtung eines islamischen Staates auf der Grundlage des islamischen Rechts und der Anwendung islamischer Regeln in allen Lebensbereichen. Die staatliche Kontrolle der religiösen Sphäre, wie sie in Ägypten und anderen islamisch geprägten Ländern durch eigens eingerichtete Behörden und Ministerien stattfindet, lehnt die GI dagegen völlig ab.

Kampf gegen die Regierung

Nachdem Präsident Sadat 1977 nach Jerusalem gereist war, manifestierte sich innerhalb der radikalen islamistischen Szene Widerstand gegen diese Aussöhnungspolitik. Das Regime änderte daher seine Duldungs- beziehungsweise Förderungsstrategie und begann mit der Umsetzung repressiver Maßnahmen gegenüber islamistischen Gruppierungen, darunter auch die GI. Nach der Ermordung Sadats 1981 wurde die GI verboten, was zu einem Abtauchen der Mitglieder in den Untergrund führte. Mit blutigen Anschlägen auf ausländische Touristen wollten die Attentäter das ägyptische Regime an einer besonders empfindlichen Stelle, dem Tourismus, treffen. Daneben wurden aber auch Staatsvertreter, Intellektuelle und koptische Christen Opfer der Gewalt. Aufgrund des massiven Drucks seitens der Sicherheitskräfte ist die Struktur der Organisation mittlerweile zerschlagen. Nach entsprechenden Erklärungen führender inhaftierter Mitglieder hat sich die GI vom bewaffneten Kampf losgesagt. Ob es sich hier um eine taktische Erwägung oder einen echten ideologischen Wandel handelt, kann derzeit nicht abschließend beurteilt werden.

2.13 Al-Jihad al-Islami (Islamischer Jihad – JI)

Der 'Islamische Jihad' (JI) ist aus der GI hervor gegangen. Kopf der 1979 gegründeten Organisation war Abdassalam Farag, der die These aufstellte, der gewaltsame Jihad sei „die sechste Säule des Islam“ und damit die Pflicht eines jeden Muslim. Khalid Islambuli, ein Mitglied des JI, ermordete 1981 den ägyptischen Präsidenten Sadat. Die Organisation wurde daraufhin verboten, Islambuli und Farag 1982 hingerichtet. Zu den einflussreichen Mitgliedern des JI zählte auch Aiman al-Zawahiri, der spätere „Chefideologe“ von 'al-Qai-

da' und Mitbegründer der 1998 gegründeten 'Islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler'.

Jl unterstand nicht der Leitung einer einzelnen charismatischen Person, sondern einem Führungskollektiv. Dazu zählte auch Umar Abdarrahan, der als Drahtzieher des ersten Anschlags auf das World Trade Center 1993 gefasst und verurteilt wurde und in den USA eine lebenslange Haftstrafe verbüßt. Von der ägyptischen Regierung wurde Abdarrahan zudem beschuldigt, ebenfalls Mitglied der GI zu sein, was auf die enge personelle und ideologische Nähe zwischen den beiden Gruppierungen hindeutet. Wie die GI hat der Jl eine eher lose und dezentrale Struktur mit verschiedensten Untergruppierungen, die sich dem ideologischen Trend des Jl verbunden sehen. Auch die Anhängerschaft des Jl setzt sich im Wesentlichen ähnlich wie bei der GI aus Studenten und Angehörigen der unteren Mittelschicht zusammen, von denen viele über eine Ausbildung im technischen oder naturwissenschaftlichen Bereich verfügten.

Ziel der Organisation ist die Errichtung eines islamischen Staates als Gemeinschaft aller Muslime unter der Führung eines Kalifen sowie die Bekämpfung der „Ungläubigen“. Ihr Hass gilt nicht nur Europa und den USA, nach islamistischer Auffassung Inbegriff aller Verderbtheit, sondern auch den religiösen Minderheiten im eigenen Land, die als Agenten ihrer westlichen „Glaubensbrüder“ betrachtet werden. 1998 fanden in Kairo Prozesse gegen zahlreiche Mitglieder der Organisation statt, die zu langen Haftstrafen beziehungsweise zum Tode verurteilt wurden. Dadurch gelang es, den islamistischen Terror des Jl zu stoppen. Eine Abkehr vom bewaffneten Kampf, wie sie die GI vollzogen hat, ist zwar in den Reihen des Jl diskutiert worden, es ist aber bislang noch zu keiner Einigung gekommen. Diese dürfte auch solange nicht zustande kommen, wie Personen wie Aiman al-Zawahiri, die Gewaltanwendung grundsätzlich befürworten, Einfluss auf die Linie des Jl haben. Al-Zawahiri war bis 2000 Vorsitzender des Rates (Shura) des 'al-Jihad al-Islami' und gilt heute als Stellvertreter Usama bin Ladins.

GI und Jl in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen

Sowohl die 'Gama'a Islamiya' als auch 'al-Jihad al-Islami' treten in Nordrhein-Westfalen nur durch Einzelmitglieder in Erscheinung. Bei einem Teil von ihnen bestehen jedoch Beziehungen zu den Jihadisten, also Netzwerken, die mit 'al-Qaida' in Verbindung stehen.

2.14 HAMAS (Harakat al-Muqawama al-Islamiyya)

Die HAMAS ist der nationale palästinensische Zweig der MB. Sie ist heute eine der einflussreichsten und stärksten Organisationen unter den Palästinensern, die sich den kompromisslosen Kampf gegen Israel zur „Befreiung“ des gesamten historischen Palästina zum Ziel gesetzt hat.

Historischer Hintergrund

Seit der Gründung Israels 1948 engagierten sich Anhänger der MB im Kampf für die Rückgewinnung ganz Palästinas und die Etablierung einer „islamischen“ Herrschaft ebendort. Nach der Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens durch Israel 1967 begann der palästinensische Zweig der MB in den besetzten Gebieten eine soziale Infrastruktur aufzubauen. Am bewaffneten Kampf beteiligte er sich zunächst nicht, dieser wurde von säkularen, linksnationalen Gruppen wie der 'Fatah' oder der 'Volksfront für die Befreiung Palästinas' (PFLP) geführt. Als Gegengewicht zu diesen Gruppen bildete die MB 1973 die 'Islamische Gemeinschaft' ('al-Jam'iyya al-Islamiya'), die fünf Jahre später offiziell in Israel als 'al-Mujamma al-Islami' ('Islamisches Zentrum') registriert wurde. 'Al-Mujamma al-Islami', aus dem auch die Universität von Gaza hervorging, entwickelte sich im Laufe der Zeit von einer einfachen Wohlfahrtseinrichtung zu einer einflussreichen gesellschaftlichen Institution.

Als im Dezember 1987 die erste Intifada ausbrach, begann die MB sich auch am Widerstand gegen die Besatzungsmacht zu beteiligen und nannte sich in HAMAS um. Da sie sich organisatorisch auf 'al-Mujamma al-Islami' stützen konnte, gelang es ihr recht schnell, sich als politische Kraft neben der 'Palästinensischen Befreiungsorganisation' (PLO), dem von Yasir Arafat angeführten Sammelbecken der säkular-nationalen Palästinensergruppen, zu etablieren. Die HAMAS wurde straff organisiert, in einen politischen Arm, der für die Propaganda, Außenbeziehungen und Finanzen zuständig ist, und einen militärischen Arm, der den Widerstand organisiert und terroristische Anschläge durchführt sowie einen Sicherheitsapparat, der gegen Kollaborateure und Informanten der israelischen Sicherheitsorgane vorgeht. Insbesondere in der zweiten Intifada seit September 2000 verübte die HAMAS zahlreiche Terroranschläge gegen israelische Ziele und rückte so in den Fokus der israelischen Sicherheitsmaßnahmen in den besetzten Gebieten.

Mentor der HAMAS wie ihrer Vorgängerorganisationen war Scheich Yasin, der wiederholt in israelischen Gefängnissen einsaß und schließlich am 22. März 2004 durch das israelische Militär – wie viele andere HAMAS-Führer auch – gezielt getötet wurde.

Die HAMAS ist heute trotz der Tötung etlicher führender Repräsentanten innerhalb der palästinensischen Gebiete eine der stärksten politischen Kräfte. Mit über 40% der Stimmen gewann sie mit der Partei 'Wechsel und Reform' die Wahlen zum Parlament der Palästinenser am 25. Januar 2006 und stellte die Regierung der palästinensischen Autonomiebehörde. Nicht lange danach kam es zu fast bürgerkriegsähnlichen Zusammenstößen zwischen Anhängern der HAMAS und Anhängern der bei den Wahlen unterlegenen Fatah-Bewegung. Da die HAMAS an ihrer strikten Ablehnung Israels festhielt, wurde die finanzielle Unterstützung der Autonomiebehörde durch die USA und europäische Staaten vorerst eingestellt. Dies hatte in den Autonomiegebieten gravierende Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung und der Bezahlung der Bediensteten zur Folge. Im Juni 2007 kam es im Gaza-Streifen zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen der HAMAS und der 'Fatah'. Die HAMAS konnte sich durchsetzen und beherrscht seitdem dieses Gebiet. Israel schloss daraufhin die meisten Grenzübergänge nach Gaza und blockiert den Großteil aller Warenlieferungen dorthin. Auch der Übergang nach Ägypten wurde geschlossen. Das HAMAS-Territorium ist seitdem fast vollständig isoliert.

Die Fähigkeit der HAMAS Terroranschläge zu verüben, schien durch den starken israelischen Druck zeitweise zurückgegangen zu sein. Im August und September 2005 räumte Israel alle jüdischen Siedlungen im Gaza-Streifen und zog sein Militär von dort ab. Die Entführung eines israelischen Soldaten im Juni 2006 in Gaza und der Beschuss mit selbstgebaute Qassam-Raketen aus dem nördlichen Gaza-Streifen, ließen die israelischen Verteidigungskräfte aber wieder vehement gegen HAMAS-Aktivisten und -Politiker vorgehen. Bei gezielten Militärschlägen wurden dabei auch Zivilisten getötet oder verletzt.

Ein wichtiger Teil der politischen Führung der HAMAS befindet sich seit den 1990er Jahren in wechselnden arabischen Exilländern. Zurzeit residiert sie in der syrischen Hauptstadt Damaskus. Weitere Führungszirkel befinden sich im Gaza-Streifen.

Ideologie und Ziele

Die HAMAS begreift sich laut ihrer 1988 veröffentlichten Charta als palästinensischer Zweig der MB. Dementsprechend hat sie dort ihre ideologische Basis. Aus den palästinensisch-nationalen Interessen ergibt sich das mit anderen Palästinenserorganisationen gemeinsame Ziel der Befreiung Palästinas. Während die PLO und deren stärkste Fraktion, die 'Fatah', jedoch zu territorialen Kompromissen gegenüber Israel bereit ist, verschließt sich die HAMAS diesen gänzlich. So wurde das Scheitern der Verhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde im Juli 2000 über die Teilung Palästinas und die Umsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung von HAMAS-Anhängern stürmisch bejubelt. Auch die Vorstellungen hinsichtlich des politischen Systems eines angestrebten

palästinensischen Staates sind unterschiedlich. Die bis Ende der 1980er Jahre vom Ostblock unterstützte PLO unter der Führung von Yasir Arafat war eher links orientiert. Auch heute noch ist die PLO säkular, während die HAMAS als palästinensischer Zweig der MB einen „islamischen“ Staat anstrebt, in dem Politik und Gesellschaft auf der Scharia basieren sollen. Die HAMAS erkennt den Anspruch der PLO auf alleinige Vertretung des palästinensischen Volkes nicht an, und versucht selbst politische Mehrheiten zu erringen. Dennoch verschließt sich die HAMAS nicht völlig dem Dialog und versucht auf lokaler Ebene, teilweise auch in Kooperation mit der PLO, ihre Politikfähigkeit zu beweisen.

Methoden

Methodisch ist das Vorgehen der HAMAS gekennzeichnet durch eine breit angelegte, von Korruption – im Vergleich mit der PLO – anscheinend freiere und gut organisierte soziale und karitative Tätigkeit innerhalb der palästinensischen Gesellschaft durch die sie die Sympathien vieler Palästinenser gewinnt einerseits, und den bedingungslosen Kampf gegen Israel mit propagandistischen Mitteln – die häufig blanken Antisemitismus erkennen lassen – wie auch terroristische Anschläge andererseits.

Die HAMAS betreibt ähnlich den MB-Organisationen in anderen arabischen Ländern ein Netz von sozialen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und Wohlfahrtsvereinigungen zur Unterstützung Bedürftiger. Dazu gehört insbesondere die Unterstützung der Hinterbliebenen von sogenannten Märtyrern, die bei Angriffen oder Anschlägen gegen israelische Einrichtungen ums Leben gekommen sind. Als Märtyrer werden jedoch nicht nur militante Aktivisten, die zu Tode kommen, bezeichnet, sondern im Allgemeinen auch Personen, die durch Aktionen der israelischen Sicherheitskräfte als Unbeteiligte ihr Leben verlieren. Auch diese und ihre Hinterbliebenen werden unterstützt.

Neben dem ausgedehnten sozialen Netz verfügt die HAMAS über einen inneren Sicherheitsapparat und einen militärischen Arm, der Terroranschläge und Überfälle gegen Israel ausführt. Der Sicherheitsapparat dient vor allem dazu, der Infiltration und Ausspähung durch die israelischen Geheimdienste entgegenzuwirken. Dabei geht man gegen tatsächliche oder mutmaßliche Abweichler und Kollaborateure brutal vor. Der militärische Arm, die 'Izz al-Din al-Qassam-Brigaden', zeichnet verantwortlich für eine Vielzahl von Überfällen und Terroranschlägen gegen israelisches Militär und Zivilisten. Selbstmordattentate sind – aufgrund der eigenen militärischen Unterlegenheit – nach den Verlautbarungen der HAMAS eines der probatesten Mittel in ihrem Kampf. Dass für diese Attentäter religiöse Motive und die Erwartung einer Belohnung im Paradies – die vielfach kolportierten 72 Jungfrauen – ausschlaggebend sind, muss, nachdem auch Frauen und nicht religiöse Personen solche Anschläge durchgeführt haben, zumindest relativiert werden. Dennoch ist festzuhalten,

dass maßgebliche islamische Religionsgelehrte alle militärischen Aktionen gegen Israel – einschließlich der Selbstmordattentate, die sich gegen Zivilisten richten – als legitimes Mittel rechtfertigen, da es sich aus ihrer Sicht um einen Befreiungskampf handelt, in dem Muslime ihr Gebiet verteidigen. Zugleich wird die gesamte israelische Bevölkerung als militärischer Gegner betrachtet. Dieselben Gelehrten verurteilen dagegen Anschläge von Islamisten in den USA oder Europa als terroristisch. Dieser Einteilung folgt bis jetzt auch die HAMAS bei ihren militanten Aktionen und beschränkt sich auf Anschläge in Israel und den besetzten Gebieten. Hier unterscheiden sich die HAMAS und die der MB nahe stehenden islamischen Gelehrten grundlegend von transnational agierenden Jihadisten aus dem 'al-Qaida'- Netzwerk.

Internationale Verbindungen

Als palästinensischer Zweig der 'Muslimbruderschaft' ist die HAMAS eingebunden in das weltweite Netzwerk von Organisationen, die die MB repräsentieren oder ihr nahe stehen. Neben Organisationen, die vor allem propagandistisch oder auch logistisch im Sinne der HAMAS tätig sind, gibt es solche, die überwiegend Spendensammlungen und Finanztransaktionen zugunsten der HAMAS durchführen. Hierzu gehörte in Deutschland der in Aachen ansässige Verein 'al-Aqsa e.V.'.

Trotz religiös konfessioneller Unterschiede besteht eine gewisse Zusammenarbeit zwischen der sunnitisch geprägten HAMAS und der schiitischen 'Hizb Allah' (siehe Kapitel 2.15) im (Süd-) Libanon, die aus dem gemeinsamen Feindbild Israel resultiert. Gleiches gilt auch für die Beziehungen der HAMAS zur Islamischen Republik Iran, die die 'Hizb Allah' seit ihrer Entstehung ganz wesentlich unterstützt hat und einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Makropolitik dieser Organisation ausübt. Unter anderem manifestiert sich die Verbundenheit mit den Palästinensern und ihrem Jihad in dem von Ayatollah Khomeini eingeführten „Qods-Tag“ („Jerusalem-Tag“), der am letzten Freitag im Fastenmonat Ramadan begangen wird.

HAMAS in Deutschland

Im Jahre 1982 wurde der 'Islamische Bund Palästina' (IBP) von in Deutschland lebenden palästinensischen Anhängern der MB gegründet. Seit 1987 verstand sich der IBP als Vertreter der HAMAS in Deutschland, wie unter anderem aus einem Beitrag im IBP-Organ 'Nida al-Aqsa' ('Ruf der al-Aqsa-Moschee') in Jerusalem von 1988 hervorgeht. Die HAMAS zählt ungefähr 300 Anhänger in Deutschland, davon 70 in Nordrhein-Westfalen. Seine politischen Vorstellungen konnte der IBP zunächst im IZA (siehe Kapitel 2.9) und anderen

der MB nahestehenden Islamischen Zentren verbreiten. Seit geraumer Zeit tritt die IBP jedoch nicht mehr in Erscheinung.

Etwa zeitgleich zum IBP wurde in Aachen der Verein 'al-Aqsa e.V.' gegründet. Dieser Verein wurde am 31. Juli 2002 durch das Bundesministerium des Innern mit der Begründung verboten, dass durch seine Spendensammlungen auch die Terroranschläge der HAMAS finanziert werden. Die personellen Verflechtungen zwischen dem IBP und 'al-Aqsa e.V.' waren eng, der Vorsitzende des Vereins war zugleich Funktionär des IBP. Seit spätestens 2003 benutzen HAMAS-Anhänger in Deutschland nicht mehr die Bezeichnung IBP, der ohnehin nicht als Verein registriert war.

'Al-Aqsa e.V.' bezeichnete sich selbst als humanitäre Hilfsorganisation für Palästina, die nur für zivile Projekte und Einrichtungen Spenden sammelt und weiterleitet. Am 16. Juli 2003 wurde dem Verein gegen das Verbot vorläufiger Rechtsschutz durch das Bundesverwaltungsgericht unter der Auflage gewährt, genauen Nachweis über die Verwendung seiner Gelder zu führen. Mit Urteil vom 3. Dezember 2004 hat das Bundesverwaltungsgericht das Verbot durch das Bundesministerium des Inneren bestätigt. Das Gericht stellte fest, dass die HAMAS, für die der 'al-Aqsa e.V.' Spenden sammelte, eine Organisation sei, bei der soziale Aktivitäten nicht von dem militärischen Bereich getrennt betrachtet werden könnten. Als Nachfolge-Organisation von 'al-Aqsa e.V.' wurde auch die 'Yatim Kinderhilfe e.V.' in Essen verboten. Bei der 'Islamischen Wohlfahrtsorganisation e.V.' (IWO) mit Sitz in Bochum fanden Durchsuchungsaktionen wegen des Verdacht der Unterstützung der HAMAS statt.

Die von HAMAS-Anhängern in Deutschland ausgehende Gefahr von Terroranschlägen wird als eher gering eingeschätzt. Wiederholt wurden von maßgeblichen HAMAS-Führern Gewaltaktionen außerhalb Israels und der besetzten Gebiete abgelehnt. Eine Übernahme der Terrorstrategie von 'al-Qaida' durch die HAMAS zeichnet sich nicht ab, auch wenn 'al-Qaida' möglicherweise versucht, in Palästina Terrorzellen aufzubauen.

Ausblick

Der Palästinakonflikt hat für die islamische Welt insgesamt – und insbesondere für die arabischstämmigen Muslime – einen hohen Stellenwert. Hier erweist sich in aller Deutlichkeit die wirtschaftliche, politische und militärische Unterlegenheit gegenüber dem „Westen“, die zu fast völliger Ohnmacht führte. Im Bewusstsein vieler Palästinenser sind die Selbstmordanschläge, die den übermächtigen Gegner Israel in Angst und Schrecken versetzen, das letzte und einzige Mittel, die Ohnmacht zu überwinden und die kollektive Selbstachtung wiederzuerlangen. Religiöse Motive wie die Verheißungen des Paradieses

oder materielle, wie die finanzielle Absicherung der Hinterbliebenen, ja selbst ideelle wie der Gewinn von Ruhm und Ansehen in der eigenen Gemeinschaft (zumindest posthum), müssen vermutlich als sekundäre Motive zurückstehen hinter dem Versuch der Wiederherstellung des kollektiven Selbstwertgefühls und der Überwindung der als permanente Demütigung empfundenen Besatzung und ihrer Repressionen. Natürlich kann kein Zweifel daran bestehen, dass dieser Versuch nicht nur verbrecherisch, sondern im Endeffekt auch höchst untauglich ist. Er führt zu entsprechenden Reaktionen der Gegenseite, die sich mit allen Mitteln vor dem Terror zu schützen versucht, so dass sich die Spirale von Hass und Gewalt immer höher schraubt. Zurzeit erscheint eine friedliche Lösung dieses Konflikts noch weit entfernt. Ob sich die Haltung der HAMAS irgendwann in eine kompromissbereitere oder aber weltweit jihadistische Richtung, ähnlich der von Usama bin Ladin, entwickeln wird, lässt sich heute nicht absehen. Nicht auszuschließen ist ferner, dass der HAMAS im islamistisch-salafistischen Lager eine Opposition erwächst, die ihr Erfolglosigkeit im Kampf gegen Israel vorwirft. Erste Ansätze einer solchen Entwicklung sind im Gaza-Streifen bereits zu beobachten.

2.15 Hizb Allah (Partei Gottes)

Während alle anderen in Deutschland vertretenen nennenswerten islamistischen Gruppierungen zur sunnitischen Glaubensrichtung gehören, handelt es sich bei der 'Hizb Allah' um eine schiitische Organisation. Sie entstand 1982 nach dem Einmarsch israelischer Truppen im Libanon aus der schiitischen Gruppierung 'Amal' und entwickelte sich dank massiver iranischer Unterstützung rasch zu einer militanten Sammlungsbewegung libanesischer Schiiten mit Schwerpunkten im Bekaa-Tal, Südlibanon und in den südlichen Vororten von Beirut. Die 'Hizb Allah' strebte zunächst jahrelang die Errichtung eines islamischen Gottesstaates nach iranischem Vorbild im Libanon an. Inzwischen ist diese Forderung jedoch zugunsten einer pragmatischeren Haltung in den Hintergrund getreten. Eingebunden in die politischen und gesellschaftlichen Strukturen strebt sie heute vor allem danach, ihre Möglichkeiten der politischen Einflussnahme zu festigen und zu verstärken. Der Kampf gegen Israel und die muslimische Souveränität über Jerusalem gehören aber weiterhin zu ihren über die nationalen Interessen hinausgehenden Zielen. Politischer Führer der 'Hizb Allah' ist Generalsekretär Hasan Nasrallah.

Ideologie

Die islamische Republik Iran hat für die 'Hizb Allah' als ideologisches Vorbild lange Zeit eine herausragende Rolle gespielt. Die wichtigen schiitischen Geistlichen des Libanon haben sich zeitweise in der irakischen Stadt Najaf aufgehalten, wo auch Ayatollah Khomeini in den

1960er Jahren im Exil lebte. Aufgrund der besonderen religiösen Bedeutung der schiitischen Pilgerorte und Lehrinstitutionen im Irak gab es traditionell enge Verflechtungen zwischen den schiitischen Theologen und Denkern, aber auch den islamistischen Aktivisten aus Iran, dem Irak und dem Libanon. Unter ihnen waren auch die späteren politischen und geistlichen Führer der 'Hizb Allah'. Die dort entwickelten Ideen und Visionen waren richtungweisend für die schiitischen religiösen wie politischen Bewegungen in der ganzen Region.

Der Iran finanzierte zudem einen Großteil der militärischen und zivilen Aufgaben der 'Hizb Allah'. Vom iranischen Staatsmodell, wie es unter Ayatollah Khomeini geprägt wurde und wie die Partei es zunächst auch für den Libanon propagierte, hat sich die 'Hizb Allah' mittlerweile gelöst. Sie hat sich stattdessen pragmatisch an die politischen Bedingungen des multikonfessionellen Staates angepasst und für die politische Arbeit die Spielregeln des libanesischen Staates übernommen.

Trotz der Unterschiede zwischen schiitischem und sunnitischem Islam finden sich in der Ideologie der 'Hizb Allah' zahlreiche Elemente wieder, die bereits aus dem sunnitischen Islamismus bekannt sind.

Terrorwelle

Bereits ein Jahr nach ihrer Gründung machte die 'Hizb Allah' mit einer damals beispiellosen Terrorwelle auf sich aufmerksam, unter anderem mit Sprengstoffanschlägen auf die US-Botschaft und auf die französischen und amerikanischen Hauptquartiere der multinationalen Friedenstruppe in Beirut sowie auf das israelische Hauptquartier in Tyrus/Libanon, bei denen mehr als 400 Menschen getötet wurden. Es folgten Flugzeugentführungen und Geiselnahmen von Ausländern im Libanon. Nach dem Ende des 15-jährigen Bürgerkrieges im Libanon im Jahre 1990 wurde die 'Hizb Allah' unter dem Druck der Schutzmacht Syrien als einzige Miliz nicht entwaffnet. Syrien versucht, über die 'Hizb Allah' Druck auf Israel auszuüben. Von den Anschlägen des 11. September hat sich die 'Hizb Allah' ausdrücklich distanziert. Dagegen verurteilt sie die US-amerikanische Invasion im Irak.

Die Entführung zweier israelischer Soldaten am 12. Juli 2006 durch 'Hizb Allah'-Milizen führte zu einer mehrwöchigen Bombardierung des Libanon durch die israelische Luftwaffe und einem zeitweiligen Einmarsch israelischer Bodentruppen in den Süden des Landes. Erst die Stationierung einer internationalen Truppe mit einem Mandat der Vereinten Nationen ermöglichte ein Ende der Kampfhandlungen und den Abzug der israelischen Armee.

Mehrere tausend Kämpfer im Libanon

Die 'Hizb Allah' verfügte im Libanon zeitweise über mehrere tausend Kämpfer, die sich als 'al-Muqawama al-Islamiyya' ('Islamischer Widerstand') bezeichnen. Ihr Ziel war seit 1982 die Vertreibung der israelischen Armee aus der von Israel einseitig erklärten „Sicherheitszone“ im Südlibanon. Der Rückzug der israelischen Armee aus dem Südlibanon im Mai 2000 wurde von der 'Hizb Allah' als Sieg ihres militärischen Widerstands gefeiert. Um einen letzten noch unter israelischer Kontrolle verbliebenen Landstreifen ('Sheba-Farmen') kämpft die Miliz aber noch immer. Trotz der unverminderten Konfrontation kommt es immer wieder durch deutsche Vermittlung – wie Anfang 2004 und im Juli 2008 – zum Austausch von Gefangenen zwischen der 'Hizb Allah' und Israel.

Als politische wie militärische Kraft hat sich die 'Hizb Allah' im Libanon etabliert. Dies wurde u.a. deutlich, als die libanesische Regierung eine Untersuchung des mutmaßlichen Telekomnetzwerks der 'Hizb Allah' sowie die Absetzung des Sicherheitschefs des Beirut Flughafens, dem enge Kontakte zur 'Hizb Allah' nachgesagt wurden, beschloss. Daraufhin kam es Anfang Mai 2008 zu bürgerkriegsähnlichen Kämpfen zwischen der schiitischen 'Hizb Allah' und ihren – teilweise christlichen – Verbündeten auf der einen sowie antisyrischen sunnitischen Milizen auf der anderen Seite.

Seit 1992 ist die 'Hizb Allah' kontinuierlich im nationalen Parlament vertreten und hat ein soziales Netzwerk von Schulen, Krankenhäusern und zur Unterstützung bedürftiger Familien aufgebaut, das ihre Akzeptanz nicht nur in der schiitischen Bevölkerungsgruppe gestärkt hat.

Finanzierung

Aufgrund der ideologischen Nähe zu Iran war es in den Jahren des Bürgerkrieges (1975 – 1990) vor allem die finanzielle Unterstützung aus Teheran, die den Erfolg der 'Hizb Allah' ermöglichte. Nicht zuletzt aufgrund dieser massiven Finanzhilfe gelang es der Partei, nicht nur ihre schlagkräftige Miliz aufzubauen, sondern auch ihr weit verzweigtes karitatives Netz, das dem unterprivilegierten und verarmten schiitischen Teil der libanesischen Gesellschaft wichtige Unterstützung leisten konnte. Landflüchtige aus dem besetzten Süden des Landes strömten in die Vororte von Beirut und ließen sich dort nieder. Sie bildeten ein wichtiges Rekrutierungspotenzial für die Partei. Nach dem Tod Khomeinis 1989 wurden die Unterstützungsleistungen zwar zurückgefahren, bilden aber immer noch einen wichtigen Teil der Finanzquellen der Partei. Daneben leistet Syrien als „Schutzmacht“ wichtige Hilfe.

Eine weitere wirtschaftliche Quelle stellte der Drogenanbau in der von der 'Hizb Allah' kontrollierten Bekaa-Ebene dar. Der Anbau von Drogen dort ist auch nach dem Ende des

Bürgerkrieges nicht vollständig eingestellt worden. Außerdem betreibt die 'Hizb Allah' legale Wirtschaftsunternehmen, aus denen sie Gewinne für ihre Arbeit abschöpfen kann und finanziert sich zudem auch aus Spendensammlungen und Geldtransfers von im Ausland lebenden Schiiten.

Die Hizb Allah in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen

In Deutschland hat die 'Hizb Allah' etwa 900 Anhänger, davon 350 in Nordrhein-Westfalen. Sie hat bislang keine gewaltsamen Aktionen in Deutschland durchgeführt sondern nutzt die Bundesrepublik vielmehr als Ruhe- und Rückzugsraum. Öffentlich tritt sie wenig in Erscheinung. Bereits 1988 wurde die 'Fatime Versammlung e.V.' in Münster in das dortige Vereinsregister eingetragen. Sie ist der Trägerverein des 'Imam Mahdi Zentrums' in Münster, das von schiitischen Libanesen und Irakern unterhalten wird. Das 'Imam Mahdi Zentrum' in Münster steht in enger Verbindung zu dem iranisch gesteuerten 'Islamischen Zentrum Hamburg' und stellt eine zentrale Anlaufstelle für 'Hizb Allah'-Anhänger in Deutschland dar. Da sich im 'Imam Mahdi Zentrum Münster' auch Anhänger der konkurrierenden, ebenfalls schiitischen, libanesischen 'AMAL-Bewegung' und Anhänger der irakischen 'DAWA-Partei' sowie des 'Obersten Rates für die Revolution im Irak' treffen, kommt es immer wieder zu Interessenkollisionen, gelegentlich auch zu tätlichen Auseinandersetzungen.

In jüngster Zeit haben sich die Aktivitäten der 'Hizb Allah' teilweise vom 'Imam Mahdi Zentrum' in Münster auf verschiedene andere Orte in Nordrhein-Westfalen verlagert. Bereits seit 1991 versucht die 'Hizb Allah'-Führung in Beirut, eine effiziente Organisationsstruktur unter ihren Anhängern in Deutschland aufzubauen, bislang jedoch ohne durchschlagenden Erfolg. Aus dem Libanon anreisende Funktionäre überbringen Anweisungen und informieren über die aktuelle politische Linie. In jüngster Zeit ist ein rückläufiger Trend bei den Besucherzahlen der Vereine und Einrichtungen der 'Hizb Allah' in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen. Dies hat auch einen Rückgang des Spendenaufkommens zur Folge, was die Möglichkeiten der Organisation weiter beschneiden dürfte. Abgesehen von den militärischen Gefechten an der israelischen Grenze versucht die 'Hizb Allah' seit einigen Jahren, sich von ihrem terroristischen Image zu befreien. Die in Deutschland lebenden Anhänger sind von der 'Hizb-Allah'-Führung wie auch vom früheren iranischen Staatspräsidenten Rafsandshani aufgefordert worden, in Deutschland keine Gewalt anzuwenden.

2.16 Hizb ut-Tahrir al-Islami (Islamische Befreiungspartei – HuT)

Die 'Islamische Befreiungspartei' (HuT) wurde 1952 in Ost-Jerusalem von dem muslimischen Rechtsgelehrten Scheikh Taqiaddin al-Nabhani, einem ehemaligen Mitglied der ägyptischen und der palästinensischen 'Muslimbruderschaft', gegründet. Die Partei ist in allen arabischen Ländern verboten, weil sie die bestehenden Herrschaftsordnungen in der Region vollständig ablehnt und alle arabischen Herrscher und Regenten als „Heuchler“ und „vom Glauben Abgefallene“ (Apostaten) ansieht. Starken Zulauf hat die Organisation derzeit in Zentralasien, vor allem in Usbekistan. Ein großer Teil der Ideologie der HuT fußt auf al-Nabhanis bereits in den 1950er Jahren verfassten Schriften, die von der HuT bis heute verteilt werden. Nach dem Tod al-Nabhanis im Jahr 1977 trat Abdalqadir Zallum seine Nachfolge an. Derzeitiger Führer ist seit 2003 der im Libanon lebende Atta Abu al-Rashta. Primäres Ziel der Partei ist die Errichtung eines islamischen Staates, dem ein Kalif voran steht und der alle Muslime vereint. Parteigründer al-Nabhani lehnte alle geistigen und politischen Werte des Westens strikt ab, während er Anleihen aus Naturwissenschaft und Technik für zulässig hielt. Obwohl al-Nabhani demokratische Ideen vollständig ablehnte, entschied er sich ausdrücklich für die Gründung einer politischen Partei und grenzte diese scharf von den karitativen Bestrebungen anderer islamistischer Gruppierungen, wie der 'Muslimbrüder', ab. Konsequenterweise stellte er sich gegen das Programm der 'Muslimbrüder', die die Gesellschaft durch eine allmähliche Islamisierung letztlich zu einem „islamischen Staat“ führen wollen. Im Gegensatz zu anderen islamistischen Gruppierungen kann es die Durchsetzung der „wahren islamischen Ordnung“ mit all ihren Rechten und Pflichten für die HuT erst nach der Errichtung des Kalifatsstaates geben.

Der Weg dorthin ist – zumindest in der Ideologie des Parteigründers bis in die 80er Jahre hinein – von friedlichen Mitteln bestimmt. Obwohl der Begriff des Jihad in der Rhetorik der Partei einen wichtigen Platz einnimmt, sah al-Nabhani die Voraussetzungen für einen umfassenden Jihad vor der Wiedereinführung des Kalifats als nicht gegeben an. Juden und Christen gelten der HuT als Ungläubige, deren Lebensform abzulehnen ist und mit denen möglichst kein Kontakt gehalten werden sollte. Diese beiden Religionen seien nämlich, so die HuT, untereinander ein Bündnis eingegangen, um den Islam zu zerstören. Das Schicksal der islamischen und insbesondere der arabischen Welt lässt sich in der Sichtweise der HuT aus andauernden Verschwörungen der USA und Großbritanniens erklären. Der besondere Hass der HuT gilt dem Staat Israel und allen Juden. So heißt es in einem Flugblatt der HuT:

„Ihr Armeen in den islamischen Ländern: Ist es nicht an der Zeit, euch nach dem Paradies zu sehnen? Ist es nicht Zeit für euch, nach der Ehre im Diesseits und im Jenseits zu streben? ... Ihr sollt das hässliche Judengebilde vernichten und den Ruhm des Islam und die Geschichte der großen Führer wiederaufleben lassen. Tut ihr dies, werden eure Taten sowohl im Diesseits als auch im Jenseits in leuchtenden Buchstaben verzeichnet werden.“

(Flugblatt der HuT: „Und tötet sie, wo immer ihr auf sie stoßt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben“. 31. März 2002)

Organisationsstruktur

Die HuT ist heute weltweit aktiv und international vernetzt. Der Aufbau ist hierarchisch, pyramidal und zentralistisch. An der Spitze steht der „Amir“ als Anführer. Die Anhänger arbeiten abseits der öffentlichen Wahrnehmung und verhalten sich streng konspirativ. Neue Mitglieder werden bevorzugt innerhalb der gesellschaftlichen Elite geworben, was sich aus der Kaderstruktur herleitet, sowie aus der Auffassung, dass die Partei eine Vorreiterrolle für den Aufbau des islamischen Staates spielt. Von den Parteimitgliedern wird strikter Gehorsam erwartet. Positionen und Meinungen, die von der Führung der Partei vertreten werden, sind auch für alle Parteimitglieder verbindlich. Obwohl die HuT durchaus vergleichbar radikale Forderungen nach einem „islamischen System“ und einem „islamischen Staat“ aufstellt, wie dies andere Gruppierungen tun, ist ihr Zulauf in der arabischen Welt und darüber hinaus relativ gering geblieben. Sie repräsentiert mit ihrem starren Apparat eher den Typus einer sektiererischen Kaderpartei. Nach al-Nabhanis Überzeugung sollte die Partei gewaltfrei agieren und ihr Ziel der Errichtung des Kalifatsstaates nicht mit gewaltsamen Mitteln durchsetzen. Mit dieser Haltung stößt die Partei heute in militant-islamistischen Kreisen auf Unverständnis. Dort wird die Ausrufung des Jihad in seiner gewaltsamen Ausprägung nicht auf eine ferne Zukunft verschoben, sondern, wie zum Beispiel im Falle Usama bin Ladins, bereits jetzt praktiziert.

Die HuT in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen

Das Bundesministerium des Inneren hat am 15. Januar 2003 ein Betätigungsverbot gegen die HuT verfügt. Grundlage war die antijüdische, antiisraelische und antiwestliche Agitation der HuT, die die Grundwerte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verletzt und gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet ist. Die Organisation hatte beim Bundesverwaltungsgericht erreicht, dass ihr ein Klageanspruch gegen das Verbot zustand. Am 8. August 2005 hat das Bundesverwaltungsgericht die Verbotsgründe bestätigt. Gegen diesen Entscheid wurde seitens der HuT eine mündliche Verhandlung vor dem Bundes-

verwaltungsgericht beantragt. In dieser bestätigte das Gericht am 25. Januar 2006 seine zuvor gefällte Entscheidung.

Nach dem Betätigungsverbot in Deutschland versucht die HuT vor allem über das Internet weiter Einfluss zu nehmen. Auf einer für den deutschsprachigen Raum konzipierten Homepage vermittelt sie ihre einseitige Sichtweise zu Muslime betreffenden Ereignissen und bietet ihre Propagandaerzeugnisse an.

In Nordrhein-Westfalen werden der HuT derzeit etwa 70 Personen zugerechnet, darunter befindet sich der für die europäischen Länder zuständige Führungsfunktionär der Organisation.

2.17 Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)

Die 'Islamische Gemeinschaft Milli Görüs' (IGMG) ist die mitgliederstärkste islamistische Organisation in Deutschland. Die Anzahl ihrer Anhänger wird unterschiedlich hoch veranschlagt. Die IGMG selbst gibt an, über 500 Moscheen in verschiedenen Ländern Europas (hauptsächlich Deutschland, aber auch in den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Österreich und Dänemark) zu unterhalten. Ihre Anhängerschaft beziffert sie auf 87.000 Mitglieder und 230.000 Angehörige der Gemeinden. Nach den Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden beträgt die Zahl der aktiven Mitglieder hingegen in Deutschland um 27.000 Personen, davon etwa 7.200 in Nordrhein-Westfalen. Es müssen jedoch weitere Personen aus dem näheren und fernerem Umkreis hinzugerechnet werden, die unter dem Einfluss der IGMG stehen, so dass die Anhängerschaft der IGMG auch nach Einschätzung des Verfassungsschutzes letztlich erheblich höher als die Zahl der aktiven Mitglieder anzusetzen ist.

Hintergrund

Die 'Milli-Görüs'-Bewegung, der die IGMG zugerechnet wird, wurde Ende der 1960er Jahre in der Türkei von Prof. Necmettin Erbakan initiiert, der 1970 die 'Milli Nizam Partei' gründete. Bereits nach einem Jahr wurde die Partei gerichtlich verboten mit der Begründung, sie habe die Restauration einer theokratischen Ordnung in der Türkei angestrebt. Ein Jahr darauf gründete Erbakan die 'Milli Selamet Partei' ('Partei des Nationalen Heils' – MSP), mit der er ins türkische Parlament einzog und 1974 Juniorpartner einer kurzlebigen Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Ecevit wurde. Es folgten weitere Beteiligungen an Koalitionen und die Etablierung der Partei als Vertreterin islamistischer Tendenzen in der türkischen Politik. In diese Zeit fällt die Veröffentlichung des Buches „Milli Görüs“

(„Nationale Sicht“), in dem Erbakan seine Weltsicht darlegt, ohne jedoch eine eindeutige politische Theorie zu entwerfen.

Name und Slogan

Der Begriff „Milli Görüs“ ist seit Mitte der 1970er Jahre zum einen der Name der Bewegung, zum anderen bezeichnet er die Art und Weise, in der laut Erbakan die Welt zu betrachten ist, nämlich aus einer nationalen (milli), aber vor allem islamistischen Sichtweise heraus. Der Namesbestandteil „milli“ wird abgeleitet von dem Ausdruck „millet-i Ibrahim“, der Religionsgemeinschaft Abrahams, das heißt derer, die an einen einzigen Gott glauben. Dies ist die Gemeinschaft der monotheistischen abrahamitischen Religionen (Judentum, Christentum, Islam). Aus islamischer Sicht sind dabei der letzte Prophet, Muhammad, und die ihm zuteil gewordene Offenbarung, niedergelegt im Koran, abschließend und letztgültig. Obwohl „millet“ und „milli“ heute im Türkischen „Nation“ und „national“ bedeuten, wäre im Zusammenhang mit der ‘Milli Görüs’ eine Übersetzung als „Religionsgemeinschaft“ und „religiös“ (in der Tradition Abrahams) angebrachter. Die „religiöse Perspektive“ („Milli Görüs“), die Necmettin Erbakan seit seinem Eintritt in die türkische Politik einnahm, setzte immer die Beachtung und Umsetzung des Islam in Gesellschaft und Politik als Bedingung für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen in der Türkei voraus. Wie in Zeiten des Osmanischen Reiches sollen Staat und Gesellschaft sich wieder am Islam orientieren. Hierdurch würden nahezu alle bestehenden Probleme des Landes gelöst und die Türkei wieder zu einer Großmacht aufsteigen. In einem dritten Schritt sollte dann die ganze Menschheit mit diesem Modell „beglückt“ werden. Verkürzt ist dies in dem Milli-Görüs-Slogan: „1. Islam; 2. eine neue Groß-Türkei; 3. eine neue Welt“ zusammengefasst, der immer aufs Neue von Anhängern der ‘Milli Görüs’ und im Sprachrohr der Bewegung, der ‘Milli Gazete’, intoniert wird. 1991 veröffentlichte Necmettin Erbakan eine teilweise ausformulierte, zum Teil nur in Skizzen und Tabellen dargebotene Darstellung der ideologischen Grundlagen und Ziele der ‘Milli-Görüs’-Bewegung, aus der die oben beschriebene Zielrichtung deutlich wird. Diese Schrift trägt den Namen „Adil Düzen“ („Gerechte Ordnung“). „Gerechte Ordnung“ ist zugleich Slogan und Programm, mit denen Erbakan Anfang und Mitte der 1990er Jahre in der Türkei die bestehenden „ungerechten“ Verhältnisse kritisierte und eine vermeintliche „islamische“ Lösung anbot. „Milli Görüs“, die religiöse Perspektive, wird hierbei als das Mittel verstanden, das bei entsprechender Umsetzung zu dem Ziel „Adil Düzen“, also einer gerechten Ordnung, führen soll.

Um die Ideologie und Ziele von ‘Milli Görüs’ zu verstehen, ist es deshalb erforderlich, sich zumindest die grundlegenden Thesen aus „Adil Düzen“ zu vergegenwärtigen.

Ideologie und Ziele nach „Adil Düzen“

Die „Gerechte Ordnung“ besteht aus einem allgemeinen Teil und vier weiteren Ordnungsbereichen: Religion und Moral, Wissenschaft, Politik und Recht sowie Wirtschaft. Lediglich der Bereich Wirtschaft ist auf nicht ganz 30 Seiten (in der deutschen Fassung) ausgearbeitet. Die anderen Bereiche sind in Stichworten, Tabellen und Skizzen dargestellt. Die hervorstechendste Aussage in „Adil Düzen“ ist, dass seit den Zeiten des Propheten Abraham zwei politische Ordnungsvorstellungen miteinander im Kampf um die Vorherrschaft lägen. In der einen, die mit dem aus dem Koran entlehnten Begriff „batil“ (nichtig, falsch) bezeichnet wird, werden die Gesetze und Regeln des Zusammenlebens von den Menschen gemacht. Die Folgen seien Unrecht und Unterdrückung. Der Mächtigere setze sich durch, weil diese Zivilisation auf Stärke und Gewalt gegründet sei. In ihr unterdrücke der Starke den Schwachen und beute ihn aus. Zu den Zivilisationen, die auf dieser Ordnungsvorstellung beruhen, zählten nach dem Geschichtsbild der „Gerechten Ordnung“ die alte ägyptische, die griechische, die römische und die heute vorherrschende „westliche“ Zivilisation. Die Charakteristika, die diesen Zivilisationen zugeschrieben werden, sind das Königtum, die Demokratie, der Imperialismus und die Bürokratie.

Dem gegenüber stehen die religiösen Ordnungen, die auf göttlicher Offenbarung beruhen und mit dem Begriff „hak“ (Wahrheit, Recht, Gerechtigkeit) umschrieben werden. Es sind dies die Offenbarungen an die jüdischen Propheten sowie Jesus und Muhammad. Nach der Blütezeit des Islam habe sich jedoch die „westliche, bürokratische Ordnung“ durchsetzen können. Diese westliche Ordnung zu überwinden, die mit Imperialismus und einem ausbeuterischen Kapitalismus gleichgesetzt wird, ist das politische Ziel der 'Milli-Görüs'-Bewegung. Dabei kann – angesichts der Verwendung von Fachbegriffen aus dem islamischen Recht – über den islamischen, auf der Scharia beruhenden Charakter der angestrebten Ordnung kein Zweifel bestehen.

Im Bereich der Wirtschaft soll ein Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus gegangen werden. Ausschließlich der Staat soll das Produktionskapital zur Verfügung stellen, dafür wird er am Gewinn beteiligt. Voraussetzung für die Mittelvergabe ist neben der fachlichen die moralische Eignung. Kriterien, nach der die moralische Eignung zu bemessen wäre, und Aussagen dazu, wer darüber zu entscheiden hätte, werden von Erbakan nicht dargelegt. „Adil Düzen“ sieht weder ein Mehrparteiensystem, noch das Recht auf Opposition, noch eine wie auch immer geartete Kontrolle der Macht vor. Zur Demokratie schreibt Erbakan an anderer Stelle:

„Schließlich weiß jeder, die Demokratie in Amerika ist eine Diktatur der Lobbys, die sich den Anschein einer Präsidialdemokratie gibt; die Mehrheit der Demokratien in Europa sind

Herrschaften der Freimaurerbürokratien, die Pseudo-Demokratien in den unterentwickelten Ländern sind entweder 'ausbeuterische Hegemonien des Kapitals' oder 'Retter- und Gründer-Monarchien'.“

Die „echte Demokratie“ befindet sich dagegen in der „Zivilisation“ von 'Milli Görüs'. Diese jedoch basiert auf dem Begriff „hak“ (Wahrheit, Gott, Recht, Islam, Gerechtigkeit). Hak wiederum wird nicht vom Volke in freier Willensbildung gesetzt, sondern lässt sich nur aus den Quellen der Religion, also dem Koran und der Prophetenüberlieferung, ableiten. Hier wäre nicht Volk der Souverän und Gesetzgeber, wie im Grundgesetz vorgesehen, sondern Gott, der durch seine Offenbarung, den Koran, die Grundlage für alle weiteren Regelungen und Gesetze vorgibt. Dadurch würde eine „gerechte Ordnung“ entstehen, durch deren Anwendung und Befolgung nach Ansicht von 'Milli Görüs' eine gerecht regierte Gesellschaft geschaffen würde. Letztendlich zielt Erbakans Ideologie damit auf die Beseitigung der Volkssouveränität und ihre Ersetzung durch ein an der Scharia ausgerichtetes Staatsmodell ab. Eine solche Ideologie widerspricht jedoch der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Solange tatsächliche Anhaltspunkte für eine Fortsetzung der engen Verbindungen zwischen der IGMG einerseits und Necmettin Erbakan sowie der 'Milli-Görüs'-Bewegung in der Türkei andererseits bestehen, kann auf eine Beobachtung der IGMG durch die Verfassungsschutzbehörden nicht verzichtet werden.

Umsetzung der Ideologie

Dieses Staatsmodell soll nach den Vorstellungen von 'Milli Görüs' zunächst in der Türkei, später weltweit errichtet werden. So erklärte der Vorsitzende der AMGT, der Vorgängerorganisation der IGMG, auf einer Funktionärsversammlung in Berlin 1993: „Unser Kampf ist auf die Türkei, auf Europa und die ganze Welt gerichtet.“ In der türkischen Tageszeitung 'Milli Gazete', äußern sich Vertreter der Erbakan-treuen 'Saadet Partei' ('Glückseligkeitspartei' – SP) immer wieder entsprechend. So beispielsweise Mete Gündogan, Stellvertretender Vorsitzender der SP, der die Ziele von 'Milli Görüs' wie folgt beschreibt:

„1. Eine Türkei, in der es sich leben lässt [...], 2. Eine Neue Großtürkei [...], 3. Eine Neue Welt. Die heutige Welt basiert nicht auf gerechten Grundlagen. Die globale Ordnung der Profitgier versucht mit aller Macht, die gesamte Welt zum Sklaven zu machen. So kann es jedoch nicht funktionieren. Es ist notwendig, dass zunächst unsere Region und später die gesamte Welt auf gerechten Grundlagen neu strukturiert werden. [...] Das ist die Vision der Milli Görüs.“

(‘Milli Gazete’, 7. Juni 2004).

Dieses Ziel strebt 'Milli Görüs' nicht mit Gewalt, sondern durch Beteiligung am politischen Leben an. Auch wenn Erbakan während des Wahlkampfs Anfang der 1990er Jahre einmal sinngemäß gesagt hat, dass die Bewegung entweder „süß“ oder „blutig“ an die Macht kommen würde, stellte Gewalt in seiner langen politischen Laufbahn nie eine ernsthafte Option dar. Das gleiche gilt bisher auch für 'Milli Görüs' in Europa, auch wenn hier und da in Internetforen, die der Bewegung nahestehen, manche Forumsteilnehmer eine radikalere Gesinnung an den Tag legen. Die europäische 'Milli Görüs' ist wie ihre jene in der Türkei darauf ausgerichtet, als Organisation in Gesellschaft und Politik präsent und anerkannt zu sein. Hier wird nicht selten auch vor Gericht darum gerungen, Freiräume für die Art der Religionsausübung zu schaffen, die in der Bewegung für richtig erachtet wird. Dies lässt erahnen, wie 'Milli Görüs' in Europa auftreten würde, wenn sie tatsächlich ein etablierter Repräsentant der Muslime in Deutschland wären. Genau daran arbeitet die Bewegung freilich mit aller Macht.

Betrachtet man dieses vor dem Hintergrund der religiös hergeleiteten ideologischen Sicht, wird klar, dass die europäische 'Milli Görüs', wenn sie Erbakans islamistische Ausrichtung beibehält, langfristig durchaus eine Gefahr auch für unsere Verfassungsordnung darstellen kann.

Aufstieg und Fall der Refah Partei

Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 wurde die MSP ebenso wie alle anderen Parteien verboten und ihren Spitzenpolitikern eine politische Betätigung untersagt. Als drei Jahre später das Militär die direkte politische Macht wieder an das Parlament zurückgab, gründeten Anhänger Erbakans die 'Refah Partei' ('Wohlfahrtspartei', RP), die er – wegen des noch geltenden Politikverbotes – aus dem Hintergrund leitete. Durch die Übernahme des Begriffs 'Milli Görüs' wurde die politische Kontinuität deutlich gemacht. Das Referendum vom 6. September 1987 ermöglichte den 1980 aus der Politik verbannten Politikern – darunter Erbakan –, ihre politische Tätigkeit vorzeitig auch offiziell wieder aufzunehmen. Erbakan wurde noch im selben Jahr zum Vorsitzenden der RP gewählt. Um 1991 wurde der Begriff „Adil Düzen“ („Gerechte Ordnung“) von Erbakan in die türkische Politik eingeführt. Bei den Kommunalwahlen 1994 und den Parlamentswahlen 1995 konnte die RP große Erfolge verbuchen. In zahlreichen Städten – darunter in Istanbul mit dem heutigen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan – stellte die RP die Bürgermeister. Mit etwas über 20% der Stimmen wurde sie bei den Parlamentswahlen 1995 stärkste Fraktion in der türkischen Nationalversammlung. Erbakan wurde im Rahmen einer Koalitionsregierung türkischer Ministerpräsident. Während seiner etwa einjährigen Regierungszeit setzte er „islamische“ Akzente. So initiierte er beispielsweise die 'D-8', eine Runde größerer

islamischer Staaten, deren Regierungschefs sich regelmäßig zu Konsultationen, ähnlich wie die 'G-7-Runde', treffen sollten. Zu grundlegenden Veränderungen der innen- oder außenpolitischen Ausrichtung der Türkei kam es indes nicht. Das Militär und die laizistisch ausgerichtete türkische Presse begleiteten alle Schritte Erbakans und seiner Regierung von Anfang an mit äußerster Skepsis. Am 28. Februar 1997 stellte der vom Militär dominierte Nationale Sicherheitsrat Forderungen an die Regierung Erbakan zur Eindämmung des politischen Islam, die den elementaren Interessen der RP völlig entgegengesetzt waren. Wenige Monate darauf, im Juni desselben Jahres, stürzte die Regierung Erbakans. Es folgte eine vom Nationalen Sicherheitsrat angeführte Kampagne zur Zurückdrängung islamistischen Einflusses in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und im Januar 1998 das Verbot der RP.

Spaltung

Kurz zuvor war von Anhängern Erbakans bereits eine neue Partei, die 'Fazilet Partei' ('Tugendpartei' – FP), gegründet worden, die als neue politische Heimstatt nach dem Verbot der RP fungierte. Gegen Erbakan wurde erneut ein Verbot zur politischen Betätigung für fünf Jahre erlassen, weshalb sein Vertrauter Recai Kutan offiziell der Partei vorstand. Nachdem die FP sich bei den Parlamentswahlen 1999 mit über 15% der Stimmen noch als drittstärkste politische Kraft halten können, wurde auch sie im Juni 2001 verboten. Hiernach kam es zur Spaltung der 'Milli-Görüs'-Bewegung in die 'Saadet Partei' ('Glückseligkeitspartei' – SP), die Erbakan und seiner Weltsicht treu blieb, und in die 'Adalet ve Kalkinma Partisi' ('Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei' – AKP). In letzterer sammelte sich der „Reformflügel“ der früheren RP und FP, der von Recep Tayyip Erdogan angeführt wurde. Bei den Parlamentswahlen vom 3. November 2002 errang die AKP rund 34% der Stimmen und erhielt damit die absolute Mehrheit im Parlament, so dass sie allein regieren konnte. Seit Regierungsantritt der AKP hat sich die Haltung innerhalb der SP in religiöser und nationalistischer Hinsicht weiter versteift. Die IGMG scheint nach wie vor eng mit Erbakan und der SP verbunden zu sein, und hat – trotz seit Jahren zunehmender „reformerischer“, d. h. sich von Erbakans Ideologie abwendender, Tendenzen – mit Erbakan und seinen Vorstellungen von „Milli Görüs“ und „Adil Düzen“ nicht gebrochen.

Führerkult

In der gesamten 'Milli Görüs' galt Necmettin Erbakan als unumstrittener Führer der Bewegung. Auf das Prinzip von Befehl und Gehorsam wurde großer Wert gelegt, und in einem älteren Papier hieß es, die Befehlsgewalt stelle das Nervensystem der Organisation dar. Die auch heute noch ausgeprägten patriarchalen Strukturen in der Bewegung bleiben nie-

mandem, der sich mit ihr beschäftigt, verborgen. Man muss auch feststellen, dass Erbakan immer noch über eine erhebliche Autorität und Zustimmung verfügt.

Die Regierungszeit als türkischer Ministerpräsident (1996 – 1997) stellt für Necmettin Erbakan und seine Anhänger zweifellos den politischen Zenit dar, auf den ein jäher Fall folgte. Trotz einer gewissen Ernüchterung, die danach einsetzte und der Abspaltung eines erheblichen Teils der Anhängerschaft unter Leitung von Recep Tayyip Erdogan, blieb Erbakan für einen Teil seiner Anhänger der unumstrittene „Führer von Milli Görüs“, und so wird er auch in der 'Milli Gazete' regelmäßig bezeichnet. Manches deutet darauf hin, dass auch in der IGMG Teile der Anhängerschaft dem „Führer Erbakan“ heute nicht mehr so bedingungslos folgen, wie in den 1990er Jahren. Ein Prozess der Abnabelung von Erbakan scheint hier, vorangetrieben von Teilen der IGMG, im Gang zu sein. Abgeschlossen ist dieser Prozess jedoch nicht. Die Schritte mit denen man dabei voranschreitet, sind vorsichtig. Einen offenen Bruch mit Necmettin Erbakan, der 'Saadet Partei' und seiner Ideologie wurde bis heute nicht vollzogen. Hierfür ist vermutlich die Position von Erbakans Getreuen in der Organisation nach wie vor zu stark, die auf eine Gelegenheit warten, ihre Widersacher zu entmachten und die Bindungen an den Milli-Görüs-Führer wie auch seine islamistische Ideologie wieder zu stärken.

Strukturen und Verbindungen

Die 'Milli-Görüs'-Bewegung besteht nicht nur aus der jeweiligen politischen Partei, die Necmettin Erbakan direkt oder als „Graue Eminenz“ aus dem Hintergrund führt. Neben dieser zählen zu den wichtigsten Organen der Bewegung in der Türkei die Jugendbewegung 'Anadolu Gençlik', deren Zeitschriften 'Anadolu Gençlik Dergisi' und 'Genç Istikbal Dergisi', der Fernsehsender 'TV 5', die 'Milli Gazete', das inoffizielle Sprachrohr der Gesamtbewegung, deren Deutschlandausgabe ausführlich über die Vereinsaktivitäten der IGMG berichtet sowie das 'Zentrum für Wirtschafts- und Sozialforschung' ('Ekonomik ve Sosyal Arastirma Merkezi' – ESAM).

Die Milli-Görüs-Bewegung in Europa

In Europa stellt die IGMG das Sammenbecken für die Anhängerschaft von Necmettin Erbakan dar. Ihre Zentrale befindet sich in Kerpen, nahe Köln. In Deutschland ist die IGMG organisatorisch in 15 Regionalverbände untergliedert. Darüber hinaus gehören ihr weitere 15 Regionalverbände in neun europäischen Staaten an. Den Regionalverbänden sind Ortsvereine nachgeordnet. Doch nicht alle Ortsvereine und Regionalverbände, die mit der 'Milli-Görüs'-Bewegung und damit der IGMG in Europa in Verbindung gebracht werden,

führen die Bezeichnung 'Milli Görüs' in ihrem Namen. Sowohl auf der Bundes- als auch auf der Regionalebene bestehen Abteilungen für besondere Aufgabenfelder wie: Religiöse Tätigkeiten/Rechtleitung (Irsad), Bekanntmachung (Tanıtma), Organisation (Teskilatlanma), Bildung (Eğitim), Frauen (Kadin Kollari) und Jugend (Gençlik).

Nach eigenen Angaben verfügt die IGMG in Europa über 514 Moscheen, davon 323 in Deutschland. Ihre Mitgliederzahl beziffert sie auf 87.000, die Zahl der Besucher zum Freitagsgebet auf ca. 300.000. Diese Zahlen scheinen deutlich zu hoch gegriffen, würde es doch bedeuten, dass die 514 IGMG-Moscheen jeden Freitag durchschnittlich 600 Besucher hätten, was augenscheinlich nicht der Fall ist. Dennoch ist die IGMG zweifellos einer der größten islamischen Verbände in Deutschland, und darum bemüht, in der Gesellschaft ihren Einfluss geltend zu machen.

Neben- und beeinflusste Organisationen.

Zahlreiche Frauen-, Jugend-, Hochschul- oder Sportvereine sind der IGMG zuzurechnen. Sie zählt insgesamt schätzungsweise 2.200 solcher Vereine. Daneben müssen noch weitere Vereine als Neben- oder beeinflusste Organisationen angesehen werden. Zu den wichtigsten unter ihnen zählen:

- : 'Europäische Moscheebau und Unterstützungsgemeinschaft' (EMUG)
- : 'Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland'
- : 'Internationale Humanitäre Hilfsorganisation' (IHH)
- : 'Cenaze Fonu' ('Beerdigungsfond')
- : 'Internationaler Ruhr Akademikerbund' (IRAB)
- : 'Islam Info e.V.' (Trägerverein des IslaMobil, einer mobilen Moschee)
- : 'Liegenschaftsmanagement – Gesellschaft für Finanzvermittlung und Consulting mbH' (SLM)

Die EMUG ist im Dezember 1994 durch Umbenennung aus der 'Avrupa Milli Görüs Teskilatlanlari' (AMGT) hervorgegangen. Von dieser wurden bis dahin sowohl die religiösen und politischen als auch die wirtschaftlichen Aktivitäten der 'Milli-Görüs'-Bewegung in Europa organisiert. Die EMUG beschränkte sich in der Folge auf die Verfolgung der wirtschaftlichen Interessen, während Anfang 1995 die aus einem in Bonn ansässigen Verein hervorgegangene IGMG die ideellen Aufgaben der AMGT übernahm. Die Vorstände in beiden Vereinen waren nahezu identisch mit dem der ehemaligen AMGT. Im 1986 gegründeten Islamrat, einem der beiden islamischen Spitzenverbände in Deutschland, ist die IGMG seit ihrem Beitritt 1990 die zahlenmäßig mit Abstand stärkste und damit auch seine politische Ausrichtung dominierende Kraft. Als Spendensammelstelle dient heute vor allem die IHH, die

1992 in Freiburg gegründet wurde und inzwischen ihren Sitz in Köln hat. Sie sammelt unter anderem Spenden für Tschetschenien und Palästina. Nach einem Streit und gerichtlichen Auseinandersetzungen mit einem ehemaligen hochrangigen IGMG-Funktionär und Leiter des 'Muslimischen Sozialbundes e.V.' (MSB), zu dem auch die 'Bestattungskostenunterstützungsvereinigung' (BKUV) gehört, hat die IGMG mit dem 'Cenaze Fonu' einen neuen, eigenen Bestattungsfond eingerichtet. Die IUE, eine 1976 als 'Türkische Union Europa e.V.' (TUE) gegründete und 1982 in IUE umbenannte Vorgängerorganisation von IGMG und AMGT, wurde auch nach 1984 als eingetragener Verein bis April 2007 weitergeführt, obwohl sie seit Jahren keine Vereinsaktivitäten mehr entwickelte. Da die IUE im Gegensatz zur IGMG den Status der Gemeinnützigkeit besaß, konnten über sie Spenden verbucht und finanzielle Transaktionen durchgeführt werden.

Darüber hinaus unterhält die IGMG auch Verbindungen zu anderen islamistischen Gruppen, insbesondere zur IGD (siehe Kapitel 2.8). Durch ihre Vereine, die fast alle gesellschaftlichen Lebensbereiche abdecken, versteht es die IGMG, die in der Diaspora lebenden türkischen Muslime an sich zu binden. Insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene sollen so für die IGMG gewonnen und der Einfluss der Organisation ausgeweitet werden.

Eine Organisation mit zwei Gesichtern

Folgt man der Darstellung, die die IGMG von sich gibt, so setzt sie sich neben der religiösen, sozialen und kulturellen Betreuung ihrer Mitglieder durchaus auch für deren Integration ein, indem sie den Dialog mit staatlichen Stellen und den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland sucht und pflegt. Von den Verfassungsschutzbehörden, aber auch von anderen Stellen, die die Arbeit der IGMG kritisch beobachten, wird dagegen immer wieder festgestellt, dass sie bei ihrer Tätigkeit nach innen und nach außen hin verschiedene Gesichter zeigt und ihre Positionen und Ambitionen unterschiedlich darstellt. In der Außendarstellung werden extremistische und antisemitische Aussagen nicht nur vermieden, Teile der IGMG-Führung distanzieren sich auch ausdrücklich von solchen. Andere Vertreter der IGMG vermitteln bei ihren Vorträgen und Predigten vor Milli-Görüs-Anhängern jedoch immer noch das islamistische Weltbild Erbakans und äußern sich zur „westlichen“ Kultur und seinem politischen System wie auch zu „Israel“ abgrenzend und feindlich. Diese Diskrepanz zwischen den Anhängern Erbakans und jenen, die sich von diesem und seiner Ideologie gelöst haben oder im Begriff sind, dies zu tun, kennzeichnet die IGMG seit einiger Zeit. Die IGMG-Führung ist anscheinend bemüht, die Differenzen nicht zu stark werden zu lassen und die Organisation als solche zusammen zu halten. Der Prozess der teilweisen Loslösung von Erbakans islamistischer Ideologie und der Versuch der Führungsebene, die

internen Prozesse und Differenzen nach Außen zu kaschieren, führen jedoch dazu, dass die IGMG als Organisation mit zwei Gesichtern wahrgenommen wird.

Generationswechsel in der Führung

Von der IGMG wird gern darauf verwiesen, dass in ihrer Führung ein Generationswechsel stattgefunden habe und sowohl die islamistischen Tendenzen als auch die Abschottung von der deutschen Mehrheitsgesellschaft überwunden seien. Tatsächlich werden vom Verfassungsschutz seit einiger Zeit innerhalb der IGMG durchaus Strömungen registriert, die beispielsweise eine transparentere IGMG oder mehr Beteiligung und Rechte für die Frauen einfordern. Mit anderen Worten: Auch in der IGMG bestehen Ansätze für eine Abkehr von den ideologisch islamistischen Vorgaben Erbakans hin zu einem pragmatischen und demokratischen Handeln. Auf diese Tendenzen ist auch in den Jahresberichten des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen hingewiesen worden. Andererseits hat sich die IGMG bisher nicht von Erbakan und seinen islamistischen Positionen unmissverständlich lösen können. Gerade diese islamistischen Positionen aufzuzeigen, ist die Aufgabe des Verfassungsschutzes. Damit wird keineswegs den Reformkräften „das Wasser abgegraben“. Sie sollten sich im Gegenteil ermuntert fühlen, ihre Bemühungen um eine Loslösung von der islamistischen Ideologie der „Milli Görüs“ und „Adil Düzen“ zu verstärken.

Antisemitismus

Sowohl in den Schriften Necmettin Erbakans als auch in der 'Milli Gazete' finden sich immer wieder Aussagen, die eine klare antisemitische Haltung offenbaren. Nach außen wahrzunehmende Vertreter der IGMG unterlassen solche Äußerungen und distanzieren sich vom Antisemitismus. Dennoch sind schon häufiger antisemitische Schriften und Filme bei Veranstaltungen der IGMG oder ihr nahestehender Verlage vertrieben worden. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn antisemitische Einstellungen auch in IGMG-Kreisen anzutreffen sind. Es gibt auch zu denken, wenn die IGMG sich zwar hierzulande von solchen Aussagen distanziert, aber Kolumnisten der 'Milli Gazete' aus der Türkei, von denen diese Aussagen stammen, zu ihren Veranstaltungen einlädt. Es könnte der Verdacht aufkommen, dass die Distanzierung nur deshalb erfolgt, weil solche volksverhetzenden Äußerungen in Deutschland unter Strafe stehen und dem Image der Organisation und ihren politischen Ambitionen schaden. Der Antisemitismus Erbakans und seiner Anhänger zielt nach eigener Aussage nicht auf das Volk der Juden im Allgemeinen, wie beim Antisemitismus deutscher Rechtsradikaler, sondern allein auf den Zionismus. Hierbei werden jedoch die Argumente und Klischees des europäischen Antisemitismus, wie beispielsweise die „Protokolle der Weisen von Zion“, übernommen und zu Verschwörungstheorien ausgesponnen. In der von

der RP 1991 in Ankara herausgegebenen deutschsprachigen Ausgabe der „Gerechten Wirtschaftsordnung“ schreibt Necmettin Erbakan beispielsweise:

„Der Zionismus ist ein Glaube und eine Ideologie, dessen Zentrum sich bei den Banken der New Yorker Wallstreet befindet. Die Zionisten glauben, dass sie die tatsächlichen und auserwählten Diener Gottes sind. Ferner sind sie davon überzeugt, dass die anderen Menschen als ihre Sklaven geschaffen wurden. Sie gehen davon aus, dass es ihre Aufgabe ist, die Welt zu beherrschen. Sie verstehen die Ausbeutung der anderen Menschen als Teil ihrer Glaubenswelt. Die Zionisten haben den Imperialismus unter ihre Kontrolle gebracht, und beuten mittels der kapitalistischen Zinswirtschaft die gesamte Menschheit aus. Sie üben ihre Herrschaft mittels imperialistischer Staaten aus.“

Zahlreiche weitere antisemitische Äußerungen finden sich im Internet auf der Homepage von Erbakan. Der Generalsekretär der IGMG und einige andere Funktionäre der IGMG distanzieren sich von solchen antisemitischen Tiraden. Deshalb verwundert es umso mehr, dass der aus iranischer Produktion stammende Film „Zehras blaue Augen“ („Zehra'nin mavi gözleri“), der nur als antisemitisches Machwerk bezeichnet werden kann, sogar bei der Jahresveranstaltung der IGMG-Zentrale, dem „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität“ am 4. Juni 2006 in Hasselt (Belgien), offen verkauft wurde. Hier stellt sich die Frage, warum sich die IGMG-Funktionäre, die sich von jeglichem Antisemitismus distanzieren, in ihrer Organisation mit ihrer Haltung nicht durchsetzen konnten. Auch in Bezug auf den Antisemitismus gilt dasselbe wie im Verhältnis zur islamistischen Ideologie des 'Milli-Görüs'-Führers, Necmettin Erbakan: Die Distanzierung einiger reicht nicht aus für eine nachhaltige Abkehr der Organisation von Islamismus und Antisemitismus.

Ausblick

Die Ablösung des „Reformflügels“ unter Recep Tayyip Erdogan und der politische Erfolg dieser Gruppierung in der Türkei haben bisher nicht dazu geführt, dass sich auch die Sympathisanten des Reformkurses in der IGMG von der Erbakan-Bewegung getrennt hätten, oder die IGMG insgesamt eine neue Ausrichtung erhalten hätte. Gleichwohl sind Ansätze zu einer Loslösung von der Ideologie Erbakans und seinem Führungsanspruch erkennbar. In Teilen der wissenschaftlichen Literatur zur IGMG wird hieraus – nach Auffassung des Verfassungsschutzes vorschnell – auf eine vollendete, generelle Neuausrichtung der IGMG geschlossen. Insgesamt kann nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen bei der IGMG nicht davon gesprochen werden, dass diese sich personell und ideologisch von der 'Milli-Görüs'-Bewegung und ihren extremistischen politischen Auffassungen und Zielen, die religiös begründet werden, gelöst hätte. Ob und wann dies möglicherweise geschehen wird, lässt sich nicht mit Bestimmtheit vorhersagen.

2.18 Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)

Seit dem 8. Dezember 2001 verboten – vormals: 'Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V.' ('İslamî Cemiyet ve Cemaatler Birliği' – ICCB), sogenannter 'Kaplan-Verband'.

1983 spaltete sich der ICCB als iranfreundliche Richtung von der 'Islamischen Union Europa' (aus der später die IGMG hervorging) ab und wurde 1984 in das Vereinsregister in Köln eingetragen. Unter Führung des charismatischen Verbandsvorsitzenden Cemaleddin Kaplan, der später als „Khomeini von Köln“ und in der türkischen Presse als „Schwarze Stimme“ bekannt wurde, bildete sich eine nach außen völlig abgeschottete islamistische Gemeinschaft, die wegen ihrer fanatischen Einstellung sogar anderen islamistischen Organisationen suspekt erschien.

Ideologie und Ziele

Der 'Kalifatsstaat' propagiert den revolutionären gewaltsamen Umsturz der laizistischen Republik Türkei und die Errichtung eines islamischen Gottesstaates mit dem Kalifen an der Spitze. Anlässlich einer Anti-Rushdie-Demonstration im März 1989 unterstützte Cemaleddin Kaplan die „Todes-Fatwa“ Khomeinis und stellte seine politischen Ziele wie folgt dar: den Koran zur Staatsverfassung für die gesamte Menschheit sowie den Islam zu einem einzigen, weltumfassenden Staat und zum Träger der Weltherrschaft, Weltpolitik und Weltzivilisation zu machen.

Hintergrund

Im April 1992 rief Kaplan auf einer Großveranstaltung des ICCB in Koblenz einen 'Föderalistischen Islamischen Staat Anatolien' (A.F.I.D.) aus und erklärte sich selbst zum Emir-Regenten. Das ICCB-Verbandsorgan 'Ümmet-i Muhammed' ('Die Gemeinde Muhammads') berichtete hierzu, die Gründung eines Kalifatsstaats sei notwendig gewesen, weil die unrechtmäßige, terroristische kemalistische Regierung in Ankara die Muslime nicht vertreten könne. Es sei die Pflicht aller Muslime, diese Regierung zu beseitigen. Wer sich dieser Bewegung entgegenstelle, werde vernichtet werden. Im September 1993 erging gegen Cemaleddin Kaplan wegen seiner andauernden Aufrufe zur Gewaltanwendung und zur Vernichtung des türkischen Staates eine Ausweisungsverfügung. Die Abschiebung in die Türkei konnte jedoch nicht vollzogen werden, da ihm dort die Todesstrafe gedroht hätte. Seit 1994 bezeichnete sich der Verband als 'Kalifatsstaat' ohne territorialen Zusatz. Er war in dieser Form nicht im Vereinsregister eingetragen. Die örtlichen Mitgliedsvereine des Verbandes unterstanden sogenannten Gebietsemiren, die die Weisungen des „Kalifen“

weitergaben und ihm rechenschaftspflichtig waren. Alle Mitglieder des Kaplan-Verbandes mussten einen Treueid ablegen und waren dem „Kalifen“ zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet. Eine Besonderheit des Verbandes war, dass die Mitglieder nur untereinander heiraten durften.

Ablehnung von Demokratie und Säkularismus

Die Ideologie des 'Kalifatsstaats' ist eindeutig gegen die Demokratie und den Säkularismus gerichtet. Diese werden als mit den Prinzipien des Islam unvereinbar angesehen:

„Der Islam kennt keine politischen Parteien [...] Kein Mensch kann ein Muslim und zugleich ein Demokrat sein [...] Der Islam lehnt die Demokratie ab.“ ('Ümmet-i Muhammed' vom 8. April 1999) *„Die Menschheit hat noch nie so eine dunkle Phase wie unter der Demokratie erlebt. [...] Damit der Mensch sich von der Demokratie befreien kann, muss er zuerst begreifen, dass die Demokratie dem Menschen nichts Gutes geben kann. [...] Es lebe die Hölle für die Ungläubigen! Und nieder mit allen Demokratien und allen Demokraten!“* ('Ümmet-i Muhammed' vom 24. Februar 2000)

Wie schon zuvor anlässlich der Parlamentswahlen 1999 in der Verbandszeitung 'Ümmet-i Muhammed' wurde auch vor den Parlamentswahlen vom 3. November 2002 in der Türkei in der nach dem Verbot von den Niederlanden aus vertriebenen neuen Verbandszeitung 'Beklenen Asr-i Saadet' (Nr. 33 vom 14. August 2002, S. 1) zum Wahlboykott aufgerufen:

„Geht nicht zur Wahl! Oh Menschen von Anatolien! Werden die allgemeinen Wahlen, deren Abhaltung die kemalistischen Besatzer für den 3. November 2002 beschlossen haben, etwa den Schmerz und das Wehklagen des Volkes, welche seit Jahren unvermindert bestehen, beseitigen, werden sie Balsam sein für seine Wunden und seine Probleme von Grund auf lösen? Wisse, die Demokratie ist ein Produkt des menschlichen Kopfes, eine dem Islam zuwiderlaufende Herrschaftsform!“

Antisemitismus

Neben der Demokratie und dem Säkularismus gilt vor allem das mit dem „Westen“ verbündete Judentum und der Zionismus als Hauptfeind. Zum Judentum äußerte Cemaleddin Kaplan, der Jude sei der „große Satan“. Er sei nicht nur der Feind des Islam, sondern der Feind der ganzen Menschheit: *„Die Muslime können es sich auf keinen Fall gefallen lassen, sich von den Ungläubigen falsche Grenzen setzen zu lassen, die die Freiheit, die Unabhängigkeit und die gemeinsamen Interessen (der Muslime) einschränken. Dieser Zustand kann von denjenigen, die an den Islam glauben, nicht hingenommen werden. ... Oh Ihr Muslime! Haltet*

diese Entwicklung auf! ... bereitet der Herrschaft einer Handvoll stinkender und ängstlicher Juden ein Ende.“ (Homepage des ‘Kalifatsstaats’ am 13. Oktober 2000)

Selbsternennung zum Kalifen

Im März 1994 erklärte sich Kaplan in seiner Kölner Ulu-Moschee selbst zum „Kalifen der islamischen Nation“ und schwor seine Anhänger auf bedingungslosen persönlichen Gehorsam ein. Damit hatte er den Bogen überspannt, und die Anhängerschaft begann zu bröckeln. Zusätzlich kam Unmut darüber auf, dass Kaplan die Vereinsvorstände der örtlichen ICCB-Vereine unter Druck setzte, die vereinseigenen Immobilien auf die bereits 1990 in Rotterdam errichtete ‘Stichting Dinaar aan Islam’ zu überschreiben, in deren Finanzgebaren neben Kaplan nur einige wenige Vertraute Einblick hatten. Als Cemaleddin Kaplan im Mai 1995 in Köln verstarb, wurde die Frage der Nachfolge als Kalif zugunsten seines Sohnes Metin „Müftüoglu“ Kaplan entschieden. Da er die öffentlichen Gewaltaufrufe seines Vaters fortsetzte, wurde auch gegen Metin Kaplan 1996 von der Stadt Köln ein Verbot der politischen Betätigung verfügt.

Nachfolgestreit

Im Sommer 1996 ließ sich der „Gebietsjugendemir“ von Berlin, der sich Hoffnungen auf die Nachfolge von Cemaleddin Kaplan gemacht hatte, ebenfalls zum Kalifen ausrufen. Auf diesen „Gegenkalifen“ reagierte Metin Kaplan mit einer Fatwa (islamisches Rechtsgutachten), die in der Verbandszeitung ‘Ümmet-i Muhammed’ vom 19. Juli 1996 wie folgt wiedergegeben wurde: *„Was passiert mit einer Person, die sich, obwohl es einen Kalifen gibt, als einen zweiten Kalifen verkünden lässt? Dieser Mann wird zur Reuebekundung gebeten. Wenn er nicht Reue bekundet, dann wird er getötet.“* Im Mai 1997 wurde der „Gegenkalif“ von drei maskierten, bisher unbekanntes Tätern in seiner Wohnung in Berlin erschossen. Auch zwei weitere bisher ungeklärte Morde an Kaplan-Anhängern im Jahre 1996 – ebenfalls durch Erschießen – werden mit verbandsinternen Auseinandersetzungen in Verbindung gebracht.

Jihad-Mobilisierung

In ‘Ümmet-i Muhammed’ vom 14. Mai 1998 verkündete Kaplan die allgemeine Mobilisierung zum „Jihad“. In der als Fatwa bezeichneten Erklärung an die Muslime in Anatolien und der gesamten Welt hieß es wörtlich: *„Jeder Muslim sollte in seinem Land die schlechten/bösen Regime stürzen und einen islamischen Staat aufbauen. Hierfür einen Jihad zu führen ist eine kanonische Vorschrift im Islam und zwar eine für jeden Muslim verbindliche kanonische Pflicht.“* In einem unter dem Kopf „Der Kalifatsstaat – Das Präsidium“ in deutscher Sprache veröffentlichten Flugblatt vom 22. August 1998 bekräftigte Kaplan den „Mobilisierungsruf

zum allgemeinen Glaubenskampf“. Im Hinblick auf die Vergeltungsschläge der USA auf Ziele im Sudan und in Afghanistan, mit denen die USA auf Terroranschläge auf ihre Botschaften in Kenia und Tansania reagiert hatten, heißt es: „*Wir tadeln diesen verabscheuungswerten Angriff mit aller Heftigkeit und Empörung und verfluchen den Präsidenten des aggressiven und großen Satans, sowie all diejenigen Feinde des Islam, welche ihm Unterstützung angeboten haben.*“ Ende Oktober 1998 vereitelten türkische Sicherheitskräfte einen mutmaßlichen, mittels eines Kleinflugzeugs geplanten Sprengstoffanschlag auf die zum Nationalfeiertag vor dem Atatürk-Mausoleum in Ankara versammelte Staatsspitze und eine zeitgleich in der Fatih-Moschee in Istanbul vorgesehene bewaffnete Erhebung. 25 Personen wurden festgenommen, unter ihnen mehrere aus Deutschland eingereiste Anhänger des ‘Kalifatsstaates’.

Der Mord am „Gegenkalifen“ und die Folgen

Metin Kaplan wurde im März 1999 unter dem Vorwurf, mit seiner Fatwa zum Mord am „Gegenkalifen“ aufgerufen zu haben, in Untersuchungshaft genommen. Im Februar 2000 wurde gegen ihn der Prozess eröffnet. Während des Prozessverlaufs kam es wiederholt zu Tumulten von Kaplan-Anhängern innerhalb des Gerichtsgebäudes. Im November 2000 wurde Kaplan zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Einer der mitangeklagten Verbandsfunktionäre, der einige Wochen vor dem Urteil untergetaucht war, wurde in Abwesenheit zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, der dritte Angeklagte wurde freigesprochen. Der zunächst erhobene Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen die drei Angeklagten konnte im Prozessverlauf nicht aufrechterhalten werden. Seit seiner Verhaftung wurde Kaplan von seinen Anhängern als Märtyrer verehrt, der „für die Sache Allahs in den Kerker geworfen wurde.“ Die Verbandsarbeit wurde von anderen Führungsfunktionären im Sinne Kaplans weitergeführt.

Verbot des Kalifatsstaats

Noch während der Haftzeit Kaplans wurden am 8. Dezember 2001 der ‘Kalifatsstaat’, die Stiftung ‘Dinaar aan Islam’, sowie 17 weitere Teilorganisationen durch das Bundesministerium des Innern verboten. Im Mai 2002 wurden weitere 16 Teilorganisationen verboten. Das Bundesverwaltungsgericht hat das Verbot am 27. November 2002 bestätigt. Inzwischen ist die Anhängerzahl der Organisation, die Anfang der 1990er Jahre in Nordrhein-Westfalen noch auf etwa 1.500 geschätzt wurde, auf etwa 350 gesunken.

Abschiebung Metin Kaplans in die Türkei

Nach der Verurteilung Kaplans wurden alle rechtlichen Maßnahmen eingeleitet, um ihn nach Verbüßen seiner Strafe in die Türkei abzuschicken. Die Asylberechtigung wurde

widerrufen, die Aufenthaltserlaubnis entzogen. Es erging eine Ausweisungsverfügung und eine Abschiebungsanordnung. Zugleich hatte die Türkei bereits Ende 2002 ein Auslieferungsgesuchen gestellt. Nach Ende der Haftstrafe im März 2003 verblieb Kaplan zunächst in Abschiebehaft, bis er im Mai 2003 auf Anordnung des Gerichts unter strengen Auflagen freigelassen wurde. Lange Zeit ist es Kaplan unter Ausschöpfung aller Rechtsmittel gelungen, seine Abschiebung hinauszuzögern. Dies änderte sich mit dem Beschluss des Verwaltungsgerichts Köln vom 5. Oktober 2004, der eine sofortige Abschiebung ermöglichte. Wörtlich hieß es in der Urteilsbegründung: *„Der Antragsteller ist, unabhängig davon, ob von ihm die konkrete Gefahr strafrechtlich relevanter Verfehlungen ausgeht, [...] als Identifikationsfigur für den islamischen Extremismus anzusehen; seine umgehende Entfernung aus dem Bundesgebiet ist zwingend geboten.“* Die Behörden reagierten umgehend; noch am Tag der Zustellung der gerichtlichen Entscheidung wurde Metin Kaplan in Köln in Gewahrsam genommen und mit einer Chartermaschine nach Istanbul ausgeflogen, wo er wenige Stunden später von dortigen Sicherheitskräften festgenommen wurde. In der Türkei wurde Kaplan wegen der Anschlags- und Umsturzplanungen aus dem Jahre 1998 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Das Urteil wurde aber aufgrund von Verfahrensfehlern aufgehoben. Ein neues Urteil ist bisher noch nicht ergangen.

Ausblick

Die Bedeutung des 'Kalifatsstaats' hat nach dem Verbot und den weiteren Maßnahmen zur Durchsetzung des Verbots stark abgenommen. Die Mitgliederzahl ist weiter zurückgegangen, die frühere Infrastruktur der Organisation weitgehend zerschlagen. Gleichwohl versuchen einige „Kalifatsstaats-Anhänger“ weiterhin, die Reste der Organisation zusammenzuhalten und gemeinsame Freitagsgebete sowie Koranschulungen nach ihren Vorgaben durchzuführen. Die in der Öffentlichkeit so prominente Gestalt des Metin Kaplan spielte in der Organisation seit seiner Inhaftierung 1999 nur eine untergeordnete Rolle. Der Kalif ist zu einer Symbolfigur geworden, die als Opfer der „ungläubigen feindlichen Mächte“ und als Märtyrer dargestellt wird. Seine Auslieferung an die Türkei hat an der Situation des verbotenen 'Kalifatsstaats' zunächst nichts Wesentliches geändert. Da im „Kalifatsstaat“ stets Gewalt zur Durchsetzung einer vermeintlich „islamischen Herrschaft“ befürwortet wurde, kann davon ausgegangen werden, dass die verbliebene Anhängerschaft potentiell zu Spenden für „den Jihad“ von beispielsweise islamistischen Terrorgruppen in Afghanistan bereit ist, möglicherweise sogar die Rekrutierung von Kämpfern aus ihren Reihen ermöglicht. Über die weitere Entwicklung der Organisation kann zum jetzigen Zeitpunkt aber keine abschließende Prognose gestellt werden.

2.19 Sonstige türkische islamistische Organisationen

Mitte der 1980er Jahre entstand in den vorwiegend von Kurden bewohnten Gebieten in der Türkei die 'Hizbullah' (nicht zu verwechseln mit der libanesischen Organisation 'Hizb Allah'). Sie verstand sich als islamistischer Gegenpol zur 'Arbeiterpartei Kurdistans' (PKK). In den folgenden Jahren wurden von 'Hizbullah'-Anhängern in der Türkei viele grausame Folterungen und Morde begangen. 2000 wurde die Organisation durch türkische Sicherheitskräfte weitgehend zerschlagen. Einzelne Anhänger sind danach unter anderem nach Deutschland geflohen. Hier treten sie zwar nicht unter der Bezeichnung 'Hizbullah' in Erscheinung, pflegen jedoch weiterhin Kontakte untereinander und sind bemüht, das Image einer Terrororganisation abzustreifen. Nach den Anschlägen vom 15. und 20. November 2003 in Istanbul wurde indes erkennbar, dass ehemalige 'Hizbullah'-Anhänger sich dem weltweiten Jihadismus angeschlossen und Kontakte zu den Netzwerken internationaler Mujahidin geknüpft haben. Im Jahre 2008 scheint die 'Hizbullah' aber auch in der Türkei eine legalistische Strategie zu verfolgen, denn Zeitungsmeldungen war zu entnehmen, dass sie bei den türkischen Kommunalwahlen mit unabhängigen Kandidaten antreten wolle. Das derzeitige Stillhalten der 'Hizbullah' kann jedoch nicht als eine Abkehr von der Option des Terrors gewertet werden.

Die 'Front der Kämpfer des islamischen großen Ostens' (IBDA-C) entstand ebenfalls in den 1980er Jahren in der Türkei und war dort für kleinere terroristische Anschläge verantwortlich. Im April 2001 wurde der Führer der IBDA-C in der Türkei zum Tode verurteilt. Nach Abschaffung der Todesstrafe in der Türkei wurde die Strafe in lebenslange Haft umgewandelt. Die IBDA-C ist insgesamt kaum strukturiert. Ihr Führer wirkt hauptsächlich durch seine auch vom Gefängnis aus publizierten Schriften. In den Zeitschriften 'Beklenen Yeni Nizam', 'Aylik' und 'Kaide' wird für die Ideologie der IBDA-C geworben, die sowohl nationalistische als auch islamistische Elemente enthält. Dem Stil nach und in manchen politischen Argumentationen scheint sogar linksextremistisches Gedankengut auf. Die IBDA-C geriet in die Schlagzeilen, weil sie sich zu den Terroranschlägen im November 2003 in Istanbul auf zwei Synagogen und zwei britische Einrichtungen bekannt hatte. Der Wahrheitsgehalt dieser Behauptung war von vornherein zweifelhaft und wurde durch die Ermittlungen der türkischen Sicherheitsbehörden nicht bestätigt. Von den wenigen in Deutschland lebenden Anhänger der IBDA-C ist keine bemerkenswerte Resonanz bekannt geworden.

3 Anhang

3.1 Entstehung des Islam

Der Islam wurde Anfang des 7. Jahrhunderts von dem Propheten Muhammad gestiftet und ist die jüngste der drei monotheistischen Offenbarungsreligionen. Muhammad (etwa 570 bis 632 n. Chr.) verkündete ab seinem 40. Lebensjahr in Mekka die Offenbarungen des einen und einzigen Gottes (Allah), die ihm nach muslimischem Verständnis durch den Erzengel Gabriel gesandt wurden. Da Muhammad im damals polytheistischen Mekka (Polytheismus: der Glaube an mehr als einen Gott) mit der neuen Lehre auf großen Widerstand stieß, wich er 622 mit seinen Anhängern nach Yathrib (heute Medina) aus. Die Auswanderung wird als Hijra bezeichnet und ist der Beginn der islamischen Zeitrechnung. Die folgenden Jahre waren von stetigen Auseinandersetzungen zwischen den Muslimen in Medina und ihren Widersachern in Mekka und dem Umland geprägt. Im Jahr 630 gelang es den Muslimen, nach Mekka zurückzukehren und die Stadt ohne militärische Gewalt einzunehmen. Für die Muslime sind Mekka und Medina (im heutigen Saudi-Arabien gelegen) die beiden heiligsten Stätten, denen alljährlich die Pilgerreise von Millionen Gläubigen gilt. Das drittgrößte Heiligtum ist Jerusalem mit der „al-Aqsa-Moschee“, der Überlieferung zufolge das Ziel einer nächtlichen Reise Muhammads (Koran Sure 17, Vers 1), bei der ihm ein Ritt in den Himmel ermöglicht worden sein soll. In den folgenden zwei Jahrhunderten verbreitete sich der Islam über die arabische Halbinsel, Persien und Nordafrika bis nach Spanien. Unter osmanischer Herrschaft reichte der islamische Einfluss bis nach Südost- und Mitteleuropa. Heute leben mehr als 1 Milliarde Muslime auf allen Kontinenten. In vielen Staaten Asiens und in Teilen Afrikas stellen sie die Mehrheit der Bevölkerung dar oder bilden große Minderheiten. Auch in Europa und Amerika leben große Diasporagemeinden.

3.2 Theologische Grundlagen des Islam und die Scharia

Die von Gott gesandten Botschaften wurden erst nach Muhammads Tod von seinen Anhängern zusammen gestellt und bilden den in arabischer Sprache verfassten Text des Koran, der die wichtigste Grundlage für die Theologie des Islam ist. Der Koran gilt als unmittelbares Wort Gottes und ist daher nur in arabischer Sprache authentisch. Alle Übersetzungen in andere Sprachen werden nur als sinngemäß richtig anerkannt. Ergänzend zum Koran gilt den Muslimen die Sunna als Rechtsquelle und Verhaltensnorm, das heißt die Überlieferung vom Leben und Wirken Muhammads. Ein wichtiger Teil der Sunna sind die Hadithe, die gesammelten Aussprüche und Kommentare Muhammads.

Scharia

Die wörtliche Bedeutung von Scharia ist „Quelle“ oder „Weg zur Quelle“. Nach islamischer Auffassung handelt es sich dabei um eine das gesamte menschliche Leben umfassende, von Gott geoffenbarte und daher verbindliche Ordnung. Diese Ordnung umfasst einerseits die Beziehungen zwischen dem einzelnen Gläubigen und Gott (Gottesdienst und Kultus), andererseits auch die zwischen den Gläubigen untereinander (Recht). Es ist daher nicht falsch, Scharia mit „Recht“ zu übersetzen; diese Übersetzung verleitet jedoch zu der irrigen Annahme, dass die Scharia ein Gesetzbuch sei. Tatsächlich muss eine konkrete Rechtsbestimmung erst durch die Anwendung der Lehre vom islamischen Recht (fiqh) auf den jeweiligen Fall herausgearbeitet werden. Die Quellen, aus denen sowohl das Recht wie auch die Bestimmungen des Kultes gemäß der islamischen Rechtslehre abgeleitet werden, sind:

1. Der Koran: für Muslime das direkt von Gott geoffenbarte Wort.
2. Die Sunna: der Brauch des Propheten, der in den Überlieferungen des Propheten (hadith, plural ahadith) tradiert ist.
3. Der Ijma: der Konsens der islamischen Gelehrten, der in der islamischen Frühzeit eine große Rolle spielte, heute von untergeordneter Bedeutung ist.
4. Der Ijtihad: das „eigenständige Sich-Bemühen um das Auffinden der dem Islam gemäß richtigen Regelung“. Seine Formen sind: Analogieschluss (qiyas), Gemeinwohlprinzip (istislah), Billigkeitsprinzip (istihsan) und Vernunft (aql).

Durch die vier genannten Rechtsquellen kann ein Islam-Gelehrter (Mufti/Ayatollah) Regelungen ableiten, die dem Islam entsprechen. Ein solches Gutachten nennt man Fatwa. Nun ist es möglich und kommt in der Tat sogar häufig vor, dass verschiedene Gelehrte zu unterschiedlichen Regelungen gelangen. Für diesen Fall gibt es keine Instanz, die eine für die Muslime insgesamt verbindliche Entscheidung fällen könnte. So herrscht de facto zwangsläufig eine Pluralität in den Scharia-Auffassungen der Muslime, auch wenn bestimmte Auffassungen zu bestimmten Fragen von einer deutlichen Mehrheit der Gelehrten vertreten werden.

Historische Entwicklung

Die islamische Rechtslehre und ihre Methodik waren nicht von Anfang an gegeben, sondern wurden im Laufe der islamischen Geschichte entwickelt. Dabei haben sich im sunnitischen Islam vier Rechtsschulen etabliert, die nach ihren Gründern benannt sind: Hanafiten, Ma-

likiten, Schafi'iten und Hanbaliten. Abu Hanifa (starb 767) gründete im Irak die erste noch bestehende Rechtsschule: die hanafitische. Er räumte der persönlichen Meinung und dem Urteilsvermögen des Gelehrten (ra'y) einen vergleichsweise großen Spielraum ein. Bei Malik ibn Anas (starb 795), dem Begründer der malikitischen Rechtsschule, nimmt das Gewohnheitsrecht von Medina, das weitgehend durch den Konsens der Gelehrten (ijma') gerechtfertigt wurde, eine große Bedeutung ein. Sowohl Hanafiten als auch Malikiten erwiesen sich in den durch die islamische Expansion erworbenen Gebieten als recht flexibel und akzeptierten oft lokales Gewohnheitsrecht. Die Hanafiten sind vor allem in der Türkei, Mittelasien, auf dem indischen Subkontinent und in Südostasien verbreitet, die Malikiten überwiegend in Nord- und Westafrika. Als eigentlicher Begründer der islamischen Rechtslehre gilt al-Schafi'i (starb 820), der bei den Schafi'iten den Gebrauch des menschlichen Verstandes bei der Herausarbeitung rechtlicher Bestimmungen zugunsten einer strikten methodischen Orientierung an den vier Quellen der Rechtsfindung zurückdrängte. Das Verbreitungsgebiet der Schafi'iten erstreckt sich hauptsächlich von der Ost-Türkei über die angrenzenden arabischen Länder bis nach Ägypten sowie auf Südostasien. Die hanbalitische Rechtsschule schließlich hat heute die wenigsten Anhänger, in der islamischen Geschichte spielte sie jedoch eine bedeutende Rolle. Sie geht zurück auf Ahmad ibn Hanbal (starb 855) und zeichnet sich grundsätzlich durch eine besonders strenge und wortgetreue Auslegung der religiösen Quellen aus. Das in Saudi-Arabien herrschende Königshaus hängt dieser Rechtsschule an, weshalb sie in diesem Land dominiert. Auch in den arabischen Golfstaaten sind Hanbaliten stark vertreten, in den Staaten nördlich der Arabischen Halbinsel sind sie eine Minderheit. Neben den vier sunnitischen Rechtsschulen ist für den schiitischen Islam die Ja'fariya zu nennen, die auf den sechsten schiitischen Imam Ja'far al-Sadik (starb 765) zurückgeht, zu dessen Schülern unter anderem auch Abu Hanifa und Malik ibn Anas zählten. Die Scharia hat sich demnach als Methodenlehre von Anfang des 8. bis zum Ende des 9. Jahrhunderts herausgebildet. Trotz einiger Unterschiede im Detail überwiegen bei allen Rechtsschulen die Gemeinsamkeiten.

Inhalte und Verbreitung der Scharia

Inhaltlich bezieht sich die Scharia zum einen auf die Fragen der religiösen und kultischen Pflichten des Menschen gegenüber Gott („ibadat“) und zum anderen auf die rechtlichen Beziehungen der Menschen untereinander („mu'amalat“). In den ersten Bereich gehören vor allem die sogenannten fünf Säulen des Islam („arkan al-din“). Dabei handelt es sich um die dem gläubigen Muslim auferlegten fünf wesentlichen religiösen Pflichten:

- : das Glaubensbekenntnis („shahada“): „es gibt keinen Gott außer Gott, und Muhammad ist sein Prophet“

- : das rituelle Gebet („salat“), das von jedem erwachsenen Muslim fünfmal am Tag zu festgesetzten Zeiten zu verrichten ist
- : das Almosen („zakat“); eine Art Sozialsteuer zur Unterstützung Bedürftiger
- : das Fasten („saum“); im Monat Ramadan sind Essen, Trinken, sexuelle Handlungen und das Rauchen von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang untersagt
- : die Pilgerfahrt nach Mekka („hajj“), die jeder gesunde Muslim mindestens einmal im Leben durchführen soll, wenn er finanziell dazu in der Lage ist.

Im Mittelpunkt des zweiten Bereiches, der „mu’amalat“, stehen das Familien- und Erbrecht. Hierin sind zahlreiche Maßgaben enthalten, die ein vergleichsweise hohes Maß an Rechtssicherheit schaffen, was zur Zeit des Propheten insbesondere den Frauen zugute kam, aus heutiger Sicht diese gegenüber den Männern aber benachteiligt. Weitere Abschnitte in Scharia-Handbüchern befassen sich mit Fragen des Vermögens-, Verkehrs- und Eigentumsrechts. Hier hinein gehört unter anderem das Verbot von Zinsen („riba“, wörtlich: Wucher), weshalb viele gläubige Muslime auch heute oft nach Möglichkeiten einer gewinnbringenden Kapitalanlage suchen, die nicht mit Zinserträgen verbunden ist. In einen Widerspruch zum Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit gerät oft das islamische Strafrecht, das für bestimmte Vergehen Körperstrafen („hadd“-Strafen) vorsieht, wie das Abtrennen der Hand bei Diebstahl, die Steinigung bei Unzucht oder die Todesstrafe bei schweren Fällen von Straßenraub oder Mord. Um die Schuld nachzuweisen, müssen mindestens zwei männliche Zeugen (oder ein männlicher und zwei weibliche Zeugen) aufgeboten werden, bei Unzucht sogar vier Zeugen. Solche Körper- oder „hadd“-Strafen wurden in der islamischen Geschichte zwar nie grundsätzlich in Frage gestellt, aber vergleichsweise selten angewendet.

Menschliche Handlungen werden eingeteilt in die ethischen Kategorien:

- Pflicht („wajib“),
- empfohlen („mandub“),
- erlaubt („mubah“), ethisch neutral,
- verabscheuenswert („makruh“), besser zu unterlassen, aber geduldet,
- Verboten („haram“).

Für die Bewertung einer Handlung oder ihrer Unterlassung gemäß der Scharia muss die zugrunde liegende Absicht sowie die physische und mentale Fähigkeit des Menschen berücksichtigt werden. In manchen islamischen Ländern ist die Scharia heute ganz oder

weitgehend aufgehoben und durch säkulares Recht und Rechtsprechung ersetzt (Türkei, Aserbaidshan, Turkmenien, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisien, Tunesien), in den meisten anderen gibt es Kompromisslösungen, und in einigen gilt ausschließlich oder doch weitgehend die Scharia (Saudi-Arabien, Pakistan, Sudan, Libyen, Iran). In mehreren Ländern wurde der Status der Scharia in den letzten Jahrzehnten wieder gestärkt. Aufsehen erregt hat diese Entwicklung in den hiesigen Medien dadurch, dass in Nord-Nigeria Frauen, die der Unzucht beschuldigt wurden, gesteinigt werden sollten.

Islamische Reformer

Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert wurden reformerische Ansätze, die den Islam und die Scharia in neuer Weise bewerten und damit einen Weg für die islamischen Länder in die Moderne ebneten wollten, von verschiedenen islamischen Denkern hervorgebracht. Zu den wichtigsten Namen gehören in diesem Zusammenhang Jamal ad-Din al-Afghani, Mohammed Abduh und Mohammed Iqbal. Sie plädierten dafür, jenen Teil der Scharia, der die Regeln des menschlichen Zusammenlebens („mu’amalat“) betrifft, grundsätzlich neu zu interpretieren. Diese Ansätze werden auch heute von einigen islamischen Gelehrten und Denkern auf unterschiedlicher Ebene und mit unterschiedlicher Argumentationstiefe verfolgt. Exemplarisch seien hier Nasr Hamid Abu Zaid, Mohammad Mojtahed Schabestari und Yasar Nuri Öztürk genannt. Im Kern geht es dabei um ein den gesellschaftlichen und historischen Kontext der koranischen Offenbarung berücksichtigendes Koranverständnis, das den ethischen Gehalt und die essentiellen religiösen Aussagen höher bewertet als den reinen Wortlaut des Textes. Festzuhalten ist, dass es sich bei der Scharia nicht um ein Gesetzbuch handelt, sondern um eine Methode der islamischen Rechtsfindung. Diese Methode hat sich historisch entwickelt, und Menschen haben sie ersonnen. Deshalb kann bei rationaler Betrachtungsweise nicht gesagt werden, dass die Scharia eine feste und unveränderliche Größe sei. Diese Position einzunehmen würde bedeuten, die Aussagen fundamentalistischer Islamisten zu akzeptieren und ihr Verständnis vom Islam zu übernehmen.

3.3 Spaltung der islamischen Gemeinde

Nach dem Tode Muhammads (632 n. Chr.) kam es zum Streit über die rechtmäßige Nachfolge des Propheten (Kalifat) und damit zur Spaltung der islamischen Gemeinde in Sunniten und Schiiten. Innerhalb beider Richtungen haben sich weitere Abspaltungen herausgebildet, von denen einige als Sekten gelten können (wie zum Beispiel die Ismailiten), andere sich gänzlich eigenständig entwickelt und vom Islam getrennt haben (wie die Drusen oder die Baha'i).

Sunniten

Die Sunniten stellen die Hauptrichtung des Islam dar, zu der auch heute noch 80% bis 90% aller Muslime zählen. Nach ihrer Vorstellung war für die rechtmäßige Nachfolge Muhammads ausreichende Voraussetzung, dass der Kalif fähig und geeignet für die geistliche und weltliche Führung der Muslime war.

Schiiten

Schiiten beharrten darauf, dass nur ein Blutsverwandter Muhammads die Gemeinde führen dürfe. Sie benannten sich nach Ali als 'Schi'at Ali' ('Partei Alis'), dem 4. Nachfolger Muhammads, der als sein leiblicher Vetter und Schwiegersohn von 656 – 661 n. Chr. die islamische Gemeinschaft führte. Die Hauptrichtung der Schiiten erkennt neben Ali nur noch weitere elf Imame als religiöse Führer an (daher die so genannte „Zwölferschia“). Der letzte von ihnen, al-Mahdi, wurde der Überlieferung der Schiiten nach im 9. Jahrhundert entrückt und lebt seitdem im Verborgenen. Bis zu seiner Wiederkehr sind die schiitischen Rechtsgelehrten seine Sachwalter. Zu den Schiiten gehören im weitesten Sinne auch die Aleviten. Ihre religiöse Lehre und Praxis haben aber mit dem orthodoxen Islam nur wenig gemein. Im Laufe der Geschichte entwickelten sich die beiden Gruppierungen jedoch im Bereich des Rechts, des Kultus und der Traditionen auseinander. Die Schiiten haben eine eigene, von den vier sunnitischen Rechtsschulen unabhängige Schule herausgebildet.

Auch wenn der zentrale Text des Islam, der Koran, und die Prophetentradition bis heute die Hauptreferenz der islamischen Glaubenslehre des sunnitischen wie des schiitischen Islam darstellen, so weisen doch die Glaubenspraxis der beiden Gruppen, aber auch ihre theologischen Positionen sowie in moderner Zeit die Verknüpfung von Politik und Religion deutliche Unterschiede auf. Oftmals bestehen Spannungen bis hin zu offener Feindschaft zwischen sunnitischen und schiitischen Gläubigen.

Aleviten

Aleviten sind zwar im weitesten Sinne auch Schiiten, lehnen aber mehrheitlich die Scharia ab. Religiöse Theorie und Praxis der Aleviten haben mit dem orthodoxen Islam nur wenig gemein. Sie verehren Imam Ali als Lichtwesengestalt, die von dem gleichen göttlichen Licht umgeben ist wie der Prophet Muhammad. Die Wurzeln des türkischen Alevitentums lassen sich zum einen zurückführen auf Hadschi Bektasch Veli, einen anatolischen Mystiker aus dem 15. Jahrhundert und Stifter des Bektaschi-Derwisch-Ordens, zum anderen auf die safawidischen Prediger Junayd und Haydar. Deren Nachfahre, der erste Safawidenherrscher Ismail Schah (regierte 1502 – 1524), setzte sich mit Hilfe schiitisch-alevitischer Turkmenenstämme politisch und militärisch in Persien (dem heutigen Iran) durch, das unter

seiner Herrschaft schiitisch wurde. Im Osmanischen Reich, das den sunnitischen Islam vertrat und ein politischer Rivale der Safawiden in Persien war, galten die Aleviten als Anhänger des Safawidenschahs und wurden deshalb stark verfolgt. Infolge dessen zogen sie sich zurück und waren im Herrschaftsbereich des Osmanischen Reiches von dem Kontakt mit schiitischen Gelehrten und den Entwicklungen der Schia in Persien abgeschnitten. Wegen des Verfolgungsdrucks verheimlichten sie oft ihren Glauben, hielten ihre Lehre vor Außenstehenden geheim und gaben diese nur unter den Anhängern mündlich weiter. Neben Komponenten des mystischen Volksislam haben sich so auch vorislamische schamanistische Traditionen bei den Aleviten erhalten. Vor allem in der mystischen Ausprägung konzentrieren sich Aleviten auf den „inneren Sinn“ des Koran, während die für Sunniten und Schiiten wichtige Pflichtenlehre unbeachtet bleibt. Bei ihren Zusammenkünften, den sogenannten „Cem“, spielen Musik, rituelle Tänze und Gedichte religiösen Inhalts eine große Rolle. Männer und Frauen nehmen gemeinsam teil. Auch im Alltag nehmen Frauen eine im Vergleich zu anderen Musliminnen gleichberechtigtere Position ein. Aleviten verteidigen vehement eine säkulare Gesellschaftsordnung, zumal sie sich in der Türkei häufig Repressalien von Teilen der sunnitischen Mehrheit ausgesetzt sahen. Trauriges Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit war der von Islamisten verübte Brandanschlag am 2. Juli 1993 auf ein Hotel in Sivas, in dem ein Kongress alevitischer Intellektueller und Künstler stattfand. 37 Teilnehmer kamen bei dem Anschlag ums Leben.

3.4 Islam in Westeuropa

Heute leben mehr als 10 Millionen Menschen in Westeuropa, die sich zum Islam beziehungsweise zu den geistigen und kulturellen Traditionen der islamischen Welt bekennen. Während die Muslime in Frankreich vorwiegend aus den Maghreb-Staaten und in Großbritannien aus dem indisch-pakistanischen Raum kommen, stammen rund zwei Drittel der Muslime in Deutschland aus der Türkei. Die Verbreitung des Islam in Westeuropa, die lange Jahre nicht wahrgenommen wurde, beruht vorwiegend auf der Zuwanderung aus unterschiedlichen islamischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg. In keinem der islamischen Länder ist der Islam so facettenreich wie in Westeuropa, kommen die Muslime aus so unterschiedlichen Kulturkreisen.

3.5 Islam in Deutschland

Die älteste noch bestehende islamische Einrichtung in Deutschland ist das 'Zentralinstitut Islam-Archiv Deutschland' (ZIAD), das 1927 in Berlin gegründet wurde und seit 1982 seinen

Sitz in Soest hat. Auf Initiative des langjährigen Leiters des ZIAD wurde 1986 der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Bis 1961, als verstärkt Gastarbeiter in der Türkei angeworben wurden, lebten in Deutschland nur wenige Muslime, vorwiegend Ägypter und Palästinenser. Heute bilden die Muslime in Deutschland nach den Christen die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft. Von den insgesamt etwa 3,4 Millionen Muslimen stammen etwa zwei Millionen aus der Türkei, etwa 300.000 aus arabischen Ländern, 200.000 aus dem ehemaligen Jugoslawien und etwa 100.000 aus Iran. Die Zahl der Muslime mit deutscher Staatsangehörigkeit liegt bei schätzungsweise 800.000. Dabei handelt es sich überwiegend um eingebürgerte Muslime, zum geringen Teil um Konvertiten. Hinzu kommen Muslime vom Balkan, vornehmlich aus Bosnien und dem Kosovo. In Nordrhein-Westfalen leben etwa eine 1,1 Millionen Muslime, davon rund 670.000 türkische Staatsbürger. Die Zahl der eingebürgerten Türken liegt Schätzungen zufolge zwischen 250.000 und 300.000. Entgegen landläufiger Meinung gehören nicht alle Muslime türkischer Herkunft der sunnitischen Glaubensrichtung an. Unter ihnen ist auch eine beträchtliche Zahl von Aleviten, von denen sich manche als Muslime, andere aber nicht als solche verstehen. Die Zahl der Aleviten in Deutschland beträgt schätzungsweise 500.000.

Die zweitgrößte Gruppe von Muslimen in Nordrhein-Westfalen bilden Bürger/innen aus arabischen Staaten, deren Zahl auf über 100.000 geschätzt wird, gefolgt von Muslimen aus den Balkanstaaten, Iran, Afghanistan und Pakistan sowie aus den islamischen GUS-Republiken. Nicht zu vergessen ist auch die Gruppe der deutschen Konvertiten. Der große Zustrom von „Gastarbeitern“ aus muslimischen Ländern stellte beide Seiten – Deutsche wie Zuwanderer – vor eine völlig neue Situation. Dabei ging man auf beiden Seiten lange Zeit davon aus, dass die Zuwanderer nur vorübergehend hier bleiben und bald wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden. Eine Infrastruktur, um die religiösen Bedürfnisse der Muslime zu befriedigen, wie dies für Zuwanderer aus christlichen Ländern durch die beiden großen Kirchen der Fall war, existierte nicht. Nach dem Anwerbestopp 1973 holten viele, insbesondere türkische Muslime ihre Familien nach und begannen, sich auf ein dauerhaftes Leben in Deutschland einzurichten. In diese Zeit fällt die Gründung zahlreicher islamischer Vereine, die sich die religiöse, soziale und kulturelle Betreuung ihrer Mitglieder zur Aufgabe machten. Die Vereine schlossen sich zu Dachverbänden zusammen, deren Organisation und Strukturierung etwa Mitte der 1980er Jahre abgeschlossen wurde. Die Dachverbände verfolgen zum Teil auch politische Ziele und konkurrieren um die Meinungsführerschaft beziehungsweise um den Alleinvertretungsanspruch für „die Muslime“.

3.5.1 Islamische Dachverbände

Alle großen islamischen Verbände in Deutschland haben ihren Sitz in Köln. Das mag zum einen auf die zentrale Lage Kölns innerhalb Deutschlands und Europas zurückzuführen sein, aber auch darauf, dass in Nordrhein-Westfalen eine große Anzahl von Muslimen lebt. Mehr als ein Drittel aller Türken in Deutschland lebt in Nordrhein-Westfalen.

Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB)

Die DITIB wurde 1984 in das Vereinsregister beim Amtsgericht Köln eingetragen. DITIB ist als Europazentrale dem türkischen staatlichen Präsidium für religiöse Angelegenheiten 'Diyaret' zugeordnet und vertritt die offizielle laizistische Haltung der türkischen Staatspolitik.

Verband der islamischen Kulturzentren e.V. (VIKZ)

Der VIKZ wurde bereits 1973 in das Vereinsregister des Amtsgerichts (AG) Köln eingetragen und erhielt 1980 seine jetzige Bezeichnung. Er wird von Anhängern der 'Süleymanci'-Bewegung aus der Türkei, die Ähnlichkeiten mit traditionellen religiösen Orden aufweist, geführt.

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)

Die IGMG wurde 1977 unter der Bezeichnung 'Türkische Union Europa' in das Vereinsregister beim Amtsgericht Köln eingetragen. 1982 benannte sie sich in 'Islamische Union Europa' um, um ihren universellen Anspruch für alle (sunnitischen) Muslime zu betonen. Zu den Gründungsfunktionären zählten auch Araber, die der multinationalen 'Muslimbruderschaft' angehören. 1985 entstand aus der 'Islamischen Union Europa' nach Abspaltung eines iranfreundlichen Flügels die 'Vereinigung der neuen Weltsicht' (AMGT), die seit 1995 die Bezeichnung IGMG führt. Die IGMG ist die mitgliederstärkste islamistische Organisation in Nordrhein-Westfalen (siehe Kapitel 2.17).

Föderation der Aleviten Gemeinden in Europa e.V. (AABF)

Die AABF wurde 1993 beim Amtsgericht Köln eingetragen. Sie wurde als Dachverband alevitisch-bektaschitischer Vereine gegründet. Die AABF dokumentiert die religiöse Eigenständigkeit der Aleviten, die sich von der sunnitischen Mehrheit abgrenzen wollen. Insbesondere wird der orthodox-sunnitische Einfluss auf die islamische Erziehung Jugendlicher abgelehnt.

3.5.2 Organisationsübergreifende islamische Spitzenverbände

Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland

Der 'Islamrat' wurde 1986 auf Initiative des Leiters des ZIAD gegründet. Zahlenmäßig stärkster Mitgliedsverband war der VIKZ, der jedoch 1988 aus dem 'Islamrat' wieder ausschied. Dafür wurde 1990 die islamistische Ziele verfolgende IGMG (damals AMGT) – siehe Kapitel 2.17 – in den 'Islamrat' aufgenommen, die seitdem einen dominierenden Einfluss ausübt. Die Zahl der Mitgliedsorganisationen beträgt nach eigenen Angaben 32, von denen etliche eng mit der IGMG verbunden sind.

Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD)

Der ZMD ging 1994 aus dem 'Islamischen Arbeitskreis Deutschland' hervor. Größter Mitgliedsverband war der 'Verein Islamischer Kulturzentren' (VIKZ), der allerdings im September 2000 aus dem ZMD ausschied. Neben anderen islamischen Organisationen gehört dem ZMD auch die islamische multinationale 'Muslimbruderschaft' an, die zurzeit auch den Sprecher des ZMD stellt (siehe Kapitel 2.7). Der ZMD hat 19 Mitgliedsorganisationen, darunter die IGD und weitere mit ihr eng verbundene Organisationen (siehe Kapitel 2.8) sowie das IZA und dessen Unterorganisationen (siehe Kapitel 2.9). Der ZMD hat vor und nach den Anschlägen vom 11. September 2001 klar Position gegen islamistisch motivierte Gewalt und insbesondere terroristische Anschläge bezogen. Eine im Februar 2002 vorgestellte „Islamische Charta“ des ZMD, die wohl als Markstein der islamischen Integration in den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat gedacht war, fiel dagegen – zumindest auf den zweiten Blick – weit weniger eindeutig aus. Für viele Beobachter verstärkte sich der Eindruck, dass zwar verbal mit wohl formulierten Worten der deutschen Verfassungsordnung Tribut gezollt werden sollte, sich der ZMD aber in der Substanz von einem äußerst konservativen Islamverständnis und dem Ziel, dieses auch politisch umzusetzen, nicht verabschiedet hat (siehe auch die Stellungnahme des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen: www.im.nrw.de/inn/doks/vs/islamcha.pdf).

Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland (KRM)

Im April 2007 haben die Verbände 'Islamrat', ZMD, DITIB und VIKZ auf Bundesebene einen 'Koordinierungsrat der Muslime (KRM) ins Leben gerufen, der jedoch bis Mitte 2008 noch nicht über eine eigene Rechtspersönlichkeit verfügte. Der Sprecher des KRM wechselt halbjährig im Turnus zwischen den vier Verbänden. Als Verband mit den meisten Moscheegemeinden wurde der DITIB ein Vetorecht zuerkannt. An einer Satzung auf Landesebene wird Mitte 2008 (Zeitpunkt der Drucklegung dieser Broschüre) noch gearbeitet.

4 Literatúrauswahl

Inzwischen gibt es eine fast unübersehbare Fülle von Publikationen über den Islam und über die Lebenssituation der Muslime in Westeuropa. Um dem interessierten Leser den Einstieg zu erleichtern, wird nachfolgend nur eine kleine Auswahl genannt:

Amirpur, Katajun / Ammann, Ludwig (Hg.): Der Islam am Wendepunkt. Liberale und konservative Reformer einer Weltreligion, Freiburg · Basel · Wien: Herder, 2006.

Nazih Ayubi: Politischer Islam. Religion und Politik in der arabischen Welt, Freiburg 2002.

Heiner Bielefeldt: Muslime im säkularen Rechtsstaat. Integrationschancen durch Religionsfreiheit, Bielefeld 2003.

Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Islamismus, Texte zur Inneren Sicherheit, Berlin 2003.

Bundeszentrale für politische Bildung: Themenschwerpunkt Islamismus, abrufbar unter www.bpb.de/themen/EHOB0Y,0,Islamismus.html

Ralf Elger (Hg.): Kleines Islam-Lexikon, 5. neubearbeitete Auflage, München 2008.

Werner Ende und Udo Steinbach (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, 5., aktualisierte und erweiterte Auflage, München 2005.

Gerhard Endreß: Der Islam. Eine Einführung in seine Geschichte, 3. Aufl., München 1997.

Erdmute Heller und Hassouna Mosbahi (Hrsg.): Islam – Demokratie – Moderne, München 2001.

Markus Hero / Volkhard Krech / Helmut Zander (Hrsg.): Religiöse Vielfalt in Nordrhein-Westfalen. Empirische Befunde und Perspektiven der Globalisierung vor Ort, Paderborn · München · Wien · Zürich 2008

Gudrun Krämer: Geschichte des Islam, München 2005.

Souad Mekhennet, Claudia Sautter, Michael Hanfeld: Die Kinder des Dschihad. Die neue Generation des islamistischen Terrors in Europa, München 2008

Yassin Musharbash: Die neue ‚al-Qaida‘. Innenansichten eines lernenden Terrornetzwerks, Köln 2006

Johannes Reissner: Vom Umgang mit Islam und Muslimen, Berlin 2001, abrufbar unter www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=561. [zu alt?]

Mathias Rohe: Der Islam: Alltagskonflikte und Lösungen. Rechtliche Perspektiven, Freiburg 2001.

Olivier Roy: Der islamische Weg nach Westen. Globalisierung, Entwurzelung und Radikalisierung, München 2006.

Annemarie Schimmel: Die Religion des Islam – Eine Einführung, Leipzig 1999.

Lawrence Wright: Der Tod wird euch finden. Al-Qaida und der Weg zum 11. September, München 2008

5 Abkürzungsverzeichnis

A

AABF	Föderation der Aleviten Gemeinden in Europa
A.F.I.D.	Föderalistischer Islamischer Staat Anatolien
AIS	Armée Islamique du Salut (Islamische Heilsarmee)
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei)
AMGT	Avrupa Milli Görüş Teskilatları' (Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa)
AQIM	Al-Qaida im islamischen Maghreb (ehemals GSPC)

B

BKUV	Bestattungskostenunterstützungsvereinigung
------	--

D

DITIB	Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion
-------	--

E

ECFR	European Council for Fatwa and Research (Europäischer Rat für Fatwa und Forschung)
EMUG	Europäische Moscheebau und Unterstützungsgemeinschaft
ESAM	Ekonomik ve Sosyal Arastırma Merkezi (Zentrum für Wirtschafts- und Sozialforschung)

F

FIOE	Föderation Islamischer Organisationen in Europa
FIS	Front Islamique du Salut (Islamische Heilsfront)
FP	Fazilet Partei (Tugendpartei)

G

GI	Al-Gama'a al-Islamiya (Islamische Gemeinschaft)
GIA	Groupes Islamiques Armés (Bewaffnete Islamische Gruppen)

GIMF	Global Islamic Media Front (Globale Islamische Medienfront)
GSPC	Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat (Salafitische Gruppe für Predigt und Kampf)

H

HAMAS	Harakat al-Muqawama al-Islamiyya
HuT	Hizb ut-Tahrir ul-Islami (Islamische Befreiungspartei)

I

IBDA–C	Front der Kämpfer des islamischen großen Ostens
IBP	Islamischer Bund Palästina
ICCB	Verband der islamischen Vereine und Gemeinden
IGD	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.
IGMG	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs
IHH	Internationale Humanitäre Hilfsorganisation
IJU	Islamische Jihad Union
IRAB	Internationaler Ruhr Akademikerbund
IUE	Islamische Union Europa
IZA	Islamisches Zentrum Aachen
IZK	Islamisches Zentrum Köln
IZM	Islamisches Zentrum München

J

JI Jihad Islami (Islamischer Jihad)

K

KRM	Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland
-----	--

M

MB	Muslimbruderschaft
MSB	Muslimischer Sozialbund
MSP	Milli Selamet Partei (Partei des Nationalen Heils)
MSV	Muslim Studenten Vereinigung in Deutschland

N

NRO Nichtregierungsorganisationen

P

PFLP Volksfront für die Befreiung Palästinas
PKK Arbeiterpartei Kurdistans
PLO Palästinensische Befreiungsorganisation

R

RP Refah Partei (Wohlfahrtspartei)

S

SLM Liegenschaftsmanagement Gesellschaft für Finanzverwaltung und Consulting mbH
SP Saadet Partei (Glückseligkeitspartei)

T

TJ Tablighi Jama'at
TUE Türkische Union Europa
TWH Takfir wa Hijra (Bezeichnung des Unglaubens und Emigration)

V

VIKZ Verband der islamischen Kulturzentren
VSG NW Gesetz über den Verfassungsschutz in Nordrhein–Westfalen

Z

ZIAD Zentralinstitut Islam–Archiv Deutschland

6 Stichwortverzeichnis

A			
Abdarrahman, Umar	51	al-Sharq al-Awsat	46
Abduh, Mohammed	39, 84	al-Takfir wal-Hijra	33, 42
Abu Zaid, Nasr Hamid	84	al-Tawhid	32 ff., 37
Adalet ve Kalkinma Partisi (AKP)	68	al-Zarqawi, Abu Musab	33 f.
Adil Düzen	64 ff., 72	al-Zawahiri, Aiman	16, 26 f., 49 ff.
al-Afghani, Jamal ad-Din	14, 84	Aleviten	85 ff.
al-Aqsa-Moschee	55, 80	AMAL-Bewegung	60
al-Aqsa e.V.	55, 56	Anadolu Gençlik	69
al-Arabiya	26	Anas, Malik ibn	82
al-Banna, Hassan	10, 38 f.	Ansar al-Islam	22, 28, 34 f.
al-Hesbah	30	Ansar al-Sunna	34
al-Jazeera	26	Arafat, Yasir	52, 54
al-Mahdi	85	Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	79
al-Malik Darduka, Abd; alias Abd al-Wadud	48	Atatürk, Kemal	14
al-Maududi, Seyyid Abu	40	Avrupa Milli Görüş Teskilatlari (AMGT)	66, 70 f., 88 f.
al-Mujamma al-Islami (Islamisches Zentrum)	52	Ayatollah Khomeini	11, 55 ff.
al-Muqawama al-Islamiyya (Islamischer Widerstand)	59	Aylik	79
al-Nabhani, Taqi al-Din	61	B	
al-Nahda	43	Beklenen Asr-i Saadet	75
al-Nasser, Jamal Abd	38	Beklenen Yeni Nizam	79
al-Qaida	8, 16, 20, 22 ff., 33, 37, 49 ff., 55	Bestattungskostenunter- stützungsvereinigung (BKUV)	71
Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM)	48 f., 92	Bewaffnete islamische Gruppen <i>Siehe GIA</i>	
al-Qaradawi, Yusuf	44	bin Ladin, Usama	16, 23 ff., 33 f., 37, 47, 49 ff., 57, 62
al-Rahman, Umar Abd	51	C	
al-Rashta, Atta Abu	61	Cenaze Fonu (Beerdigungsfond)	70
al-Raziq, Abd	39	Cyber-Jihad	27
al-Sadat, Anwar	49	D	
al-Sadik, Imam Ja'far	82	DAWA-Partei	60
al-Shafi, Abdullah	34		

E			
ECFR	43 f.	Hanafiten	81 f.
el-Attar, Issam	45	Hanbal, Ahmad ibn	82
Erbakan, Necmettin	63 ff., 72 f.	Hanbaliten	82
Erdogan, Recep Tayyip	67 f., 73	Hanifa, Abu	82
Europäische Moscheebau und Unterstützungsgemeinschaft (EMUG)	70	Hassad al-Mujahedin	28
Europäischer Fatwa-Rat (ECFR)	43	Hattab, Hassan	48
F		Hizb Allah	17, 55, 57 ff.
Farag, Abdassalam	50	Hizb Allah-Milizen	58
Fatah	52 f.	Hizbullah	79
Fatime Versammlung e.V.	60	Hizb ut-Tahrir (HuT)	18, 61 ff.
Fazilet Partei (FP)	68	home-grown-Netzwerke	30
FIOE	43 f.	home-grown-Terrorismus	22 f., 31
FIS	42, 46, 48	I	
Föderalistische Islamische Staat Anatolien (A.F.I.D.)	74	IGD	42 ff., 89
Föderation der Aleviten Gemeinden in Europa e.V. (AABF)	88	IGMG	6, 19 f., 63, 66, 68 ff., 88 f.
Föderation islamischer Organisationen in Europa (FIOE)	44	Ijma	81
Front der Kämpfer des islamischen großen Ostens (IBDA-C)	79	Ijtihad	81
G		Ilyas, Maulawi Muhammad	35
Gama'a Islamiyya	17, 33, 43, 49, 51	Imam Ali	85
Genç Istikbal Dergisi	69	Imam Mahdi Zentrum	60
GIA	22, 33, 43, 46 ff.	Internationale Humanitäre Hilfsorganisation (IHH)	70
Global Islamic Media Front (GIMF)	28	Internationaler Ruhr Akademikerbund (IRAB)	70
Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC)	22, 43, 48 f.	Iqbal, Mohammed	84
Gündogan, Mete	66	Iran	11 f., 55, 57 ff., 84, 87
H		Islambuli, Khalid	50
HAMAS	17, 42 f., 52 ff.	Islam Info e.V.	70
		Islamische Avantgarden	45
		Islamische Charta	89
		Islamische Gemeinschaft (GI)	42, 52
		Islamische Gemeinschaft in Deutschland <i>Siehe</i> IGD	
		Islamische Gemeinschaft Milli Görüs <i>Siehe</i> IGMG	
		Islamische Heilsarmee (AIS)	92

Islamische Heilsfront <i>Siehe</i> GIA		Koran	8, 10, 15 f., 39 ff., 47,
Islamischer Bund Palästina (IBP)	55		64 ff., 74, 80 f., 85 f.
Islamisches Zentrum Aachen (Bilal-Moschee) e.V. <i>Siehe</i> IZA		Kutan, Recai	68
Islamisches Zentrum Hamburg	60	<hr/> L <hr/>	
Islamisches Zentrum Köln e.V. (IZK)	45	Libanon	11, 13, 17, 33, 55, 57 ff.
Islamische Union Europa e.V. (IUE)	71, 74	Liegenschaftsmanagement – Gesellschaft für Finanzvermittlung und Consulting mbH (SLM)	70
Islamische Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler	24, 51	Lindh, John Walker	37
Islamische Wohlfahrts-organisation e.V. (IWO)	56	<hr/> M <hr/>	
Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland	70, 87, 89	Malikiten	81 f.
Ismailiten	84	Meliani-Gruppe	48 f.
IZA	42, 45, 55, 89	millet-i Ibrahim	64
Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden	54	Milli Gazete	64, 66, 69, 72
<hr/> J <hr/>		Milli Görüs	19, 44, 63 ff., 72 f., 88
Jama'a al-Tauhid wal-Jihad	34	Milli Nizam Partei	63
Jamal ad-Din al-Afghani	14	Milli Selamet Partei	63
Jihad Islami	17, 22, 33, 42 f., 50 f.	Mohammed, Lokman Amin	35
Jihadisten	15 f., 21 ff., 32, 48, 51, 55	Muaskar al-Battar	28
Jund al-Islam	34	Mujahedin	21 ff., 25, 37, 48, 79
<hr/> K <hr/>		Mullah Krekar	34
Kaide	79	Muslimbruderschaft (MB)	10 f., 38 ff., 49, 52 ff., 61, 71, 88 f.
Kalif	9, 41, 51, 74 ff., 85	Muslimischer Sozialbund e.V. (MSB)	71
Kalifatsstaat	18 f., 74 ff.	Muslim Studentenvereinigung in Deutschland e.V. (MSV)	44
Kaplan, Cemaleddin	18, 74 ff.	Mustafa, Shukri	33
Kaplan, Metin	18, 76 ff.	<hr/> N <hr/>	
Kaplan-Verband	74	Nida al-Aqsa (Ruf der al-Aqsa-Moschee)	55
Kebir, Rabah	46	<hr/> O <hr/>	
Khomeini von Köln <i>Siehe</i> Kaplan, Cemaleddin		Öztürk, Yasar Nuri	84
Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland (KRM)	89, 93		

P	
Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)	52

Q	
Qutb, Sayyid	10, 38 ff.

R	
Ramadan, Said	43, 55, 83
Refah Partei (RP)	67 f., 73
Reid, Richard	37

S	
Saadet Partei (SP)	66, 68
Sahraoui, Abdelbaki	46
Sahraoui, Nabil	46, 48
Schabestari, Mohammad Mojtahed	84
Schafi'iten	82
Scharia	8 ff., 21, 39 ff., 46, 54, 65 f., 80 ff.
Scheich Yasin	52
Schiat Ali (Partei Alis)	85
Schiiten	11, 16, 57, 60, 84 ff.
Stiftung al-Haramain	32
Stiftung Dinaar aan Islam	76 f.
Sunna	34, 39 f., 80, 81
Sunniten	12, 84 ff.

T	
Tabligh-i Jamaat (TJ)	22, 35 ff.
Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB)	88
Türkische Union Europa e.V. (TUE)	71
TV 5	69

U	
Ümmet-i Muhammed (Die Gemeinde Muhammads)	74 ff.

V	
Veli, Hadschi Bektasch	85
Verband der islamischen Kulturzentren e.V. (VIKZ)	88
Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB)	74
Vereinigung der neuen Weltsicht (AMGT)	88
Verein Islamischer Kulturzentren (VIKZ)	89
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)	52

Y	
Yatim Kinderhilfe e.V.	56

Z	
Zallum, Abdalqadir	61
Zentralinstitut Islam-Archiv Deutschland (ZIAD)	86
Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD)	42, 89
Zentrum für Wirtschafts- und Sozialforschung	69

Publikationen des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen



Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit gibt der Verfassungsschutz jedes Jahr einen Jahresbericht und einen Zwischenbericht heraus. Der aktuelle Bericht über das Jahr 2006 ist derzeit vergriffen. Dieser, wie auch die Berichte der Vorjahre stehen im Internet zum Download zur Verfügung.



Comic „Andi... Tage wie dieser“

Rechtsextremisten versuchen junge Menschen mit ihrer fremdenfeindlichen und antidemokratischen Propaganda zu ködern. Der Comic „Andi ... Tage wie dieser“ zeigt, wie so etwas ablaufen kann und wie Andi und seine Mitschüler mit dieser Herausforderung umgehen.



Musik – Mode – Markenzeichen

Die Broschüre gibt Antworten auf häufig gestellte Fragen von Eltern und Lehrern über Kleidungsstile und Musikrichtungen, Symbole oder Strafbarkeit. Wir bitten um Ihr Verständnis, wenn wir wegen unseres beschränkten Vorrats zur Zeit keine Klassensätze oder größere Stückzahlen abgeben können.



Islamismus – Missbrauch einer Religion

Diese Broschüre befasst sich insbesondere mit der Situation muslimischer Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland. Sie eröffnet Multiplikatoren in der Jugend- und Bildungsarbeit die Möglichkeit, sich kurz und einführend mit dem Themenfeld des islamischen Extremismus auseinander zu setzen.



Islamistische Organisationen in NRW

Die Broschüre stellt islamistische terroristische Organisationen und Strukturen dar und beschäftigt sich mit islamistischen Organisationen, die in NRW aktiv sind.



Wirtschaftsspionage

Information und Prävention

Diese Broschüre will die Verantwortlichen in den Unternehmen für die Gefahren der Wirtschaftsspionage sensibilisieren, über Methoden und Ziele informieren und Hilfestellung anbieten, um Schäden zu vermeiden.



Verfassungsschutz in NRW – Aufgaben - Befugnisse - Kontrolle

Welche Aufgaben hat der Verfassungsschutz? Was darf er? Und: wie findet überhaupt die Kontrolle statt? Eine neue 32-seitige Broschüre gibt Ihnen zu diesen Fragen einen kurzgefassten Überblick.



Linksextremismus in NRW

Welche Ideologie verfolgen Linksextremisten? Wer gehört dazu? Wie verfolgen sie ihre Ziele? Eine 32-seitige Broschüre des Verfassungsschutzes gibt einen knappen Überblick über Linksextremismus in NRW.

Diese Broschüren des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes können Sie im Internet unter <http://www.im.nrw.de/verfassungsschutz> online bestellen oder downloaden. Dort finden Sie auch eine Vielzahl weiterer Broschüren, Fachaufsätze und anderes Informationsmaterial des Verfassungsschutzes.

Sie können auch eine Email an bestellung.verfassungsschutz@im.nrw.de senden, bzw. unter folgender Anschrift bestellen:

Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Abteilung Verfassungsschutz
Postfach 103013

40021 Düsseldorf

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für die Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Der Inhalt dieser Broschüre wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Innenministerium des
Landes Nordrhein-Westfalen

Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/871 - 01
Telefax: 0211/871 - 3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de

